Nr. 25. 18. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 30. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

## Die Verantwortlichkeit im Hypothekenkrach.

Man schreibt uns:

Als vor Wochen das Schwindelgebäude der Preußischen Hypotheken-Aktienbank zum Einsturz kam, da ging durch die gesamte bürgerliche Presse ein verlegenes Erstaunen. Man war oder that vollkommen überrascht. Und doch mußten die Sachkenner seit nahezu zwei Jahren darauf gefaßt sein, daß eines schönen Tags auf diesem Gebiet ein Zusammenbruch erfolgen müsse. Es war im Mai 1899, als der inzwischen bei einer Gebirgspartie verunglückte Privatdocent Dr. Paul Voigt seine Broschüre: „Hypothekenbanken und Beleihungsgrenze" veröffentlichte, in der er gegen die Hypothekenbanken den Vorwurf erhob, daß sie in ihren Beleihungen weit über die zulässige Grenze hinausgingen, und diesen Vorwurf durch wirkliches, schwerwiegendes Material zu stützen wußte.

Wir haben ja nun die Wirkungen der Schwindelwirtschaft erlebt. Man hat die Direktoren verhaftet, man hat unerhörte Unregelmäßigkeiten in dem Geschäftsgebahren und in der Buchführung festgestellt, man hat weniger die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit darauf gelenkt, daß die letzte Ursache des Krachs die übermäßig hohen Beleihungen von Grundstücken gewesen sind.

Daß thatsächlich die Beleihungen in unzulässiger Höhe vorgenommen worden sind, beweist der Bericht der „staatlichen Revisionskommission". Diese hat von den zur Deckung der Pfandbriefe dienenden Hypotheken der Preußischen Hypotheken-Aktienbank 1763 Beleihungen mit einem Darlehnsbetrage von 263 000 000 M. geprüft. Hiervon waren 106 Hypotheken mit einem Betrage von 18 500 000 M. nicht erststellig. Im ganzen hat die Kommission von den bisher geprüften 263 000 000 M. „etwa" 241 000 000 M. „als zur Pfandbriefunterlage geeignet" befunden. „Bezüglich der abgesetzten 22 000 000 Mark ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß dieser Betrag durchaus nicht als wertlos anzusehen ist, vielmehr bei ruhiger sachgemäßer Abwicklung ein beträchtlicher Teil derselben sich als vollwertig erweisen wird." Mit andern Worten also: gelangen die von der Bank beliehenen Grundstücke zur Subhastation, so werden die voraussichtlich zu erzielenden Preise nicht im stande sein, den Hypothekenbetrag von 263 Millionen Mark — im ganzen sind ca. 360 Millionen Mark an Pfandbriefen der Bank in Umlauf — voll zu decken. Diese eine Aufstellung zeigt bereits aufs schlagendste, in welch' unerhörter Weise man bei den Begebungen von Beleihungen den Vorschriften des Gesetzes zuwider gehandelt hat. Auf Grund der gesetzlichen Normativbestimmungen enthalten die Statuten der preußischen Hypotheken-Aktienbanken folgende Bestimmungen:

Die Beleihung von Grundstücken darf, soweit die auf denselben gewährten Hypotheken und Grundschulden als Unterlage für Hypotheken-Pfandbriefe benutzt werden, nur nach folgenden Bestimmungen erfolgen: 1. Die Beleihung ist in der Regel nur zur ersten Stelle zulässig; sie darf: a) bei ländlichen Grundstücken $^2/_3$, b) bei den städtischen Grundstücken die Hälfte, bei besonders gut gelegenen Grundstücken in größeren Städten mit normal fortschreitender Entwicklung $^6/_{10}$ des ermittelten Werts nicht übersteigen."

Dieser Wert ist auf's sorgfältigste und so zu ermitteln, daß er dem selbst unter ungünstigen Verhältnissen noch zu erzielenden Verkaufswert entspricht. Die Subhastation eines solchen in korrekter Weise beliehenen Grundstücks müßte also stets in einer erheblichen Ueberdeckung der darauf lastenden Hypothek resultieren. Dagegen halte man, was aus dem oben erwähnten Bericht hervorgeht!

Bei dieser Lage der Dinge wird aber die Frage dringend: Wie war es möglich, daß der Aufsichtsbehörde die den Grund zum Zusammenbruch legenden übermäßigen Beleihungen entgangen sind? Hinter die Schiebungen, die gefälschten Bilanzen ꝛc. der Sanden zu kommen, dazu hatte die Aufsichtsbehörde allerdings wohl kaum die Mittel, aber besaß sie auch nicht die Möglichkeit, die Quelle des Unheils, die unzulässigen Beleihungen zu kontrollieren? Herr Dr. Max Wittenberg, der sich in einer gegen Voigt gerichteten Broschüre: „Mündelgelder und Hypothekenbanken" als ein begeisterter Freund der Hypothekenbanken zu erkennen gab, bietet auf diese Fragen folgende Antwort:

„Die Aufsichtsbehörde, das ist in Preußen das Landwirtschaftsministerium, und als sein Vertreter für die in Berlin domizilierenden Banken das **königliche Polizeipräsidium, müßten arger Pflichtvergessenheit geziehen werden,** wenn sie bisher, **obgleich ihnen alle Unterlagen über die Beleihungen der Hypothekenbanken in die Hand gegeben sind,** ihr Kontrollrecht thatsächlich nur mangelhaft ausgeübt haben sollten."

Auf die Beamtenschaft des hier genannten Ressorts haben gewisse Vorgänge der jüngsten Zeit ein Licht geworfen, das in weiten Schichten der Bevölkerung das Ansehen dieser Behörde kaum gesteigert haben dürfte, es liegt daher im eigensten Interesse dieser Behörde, wenn öffentlich darüber Klarheit geschaffen wird, ob die oben angeführte Behauptung Wittenbergs als richtig angesehen werden darf. Ist es wahr, daß der Aufsichtsbehörde „alle Unterlagen über die Beleihungen der Hypothenbanken in die Hand gegeben sind," so wird man öffentlich darüber Aufklärung fordern müssen, wie es gekommen ist, daß der Aufsichtsbehörde seiner Zeit die übermäßig hohen Beleihungen entgangen sind, welche die oben von uns citierte „staatliche Revisionskommission" jetzt festzustellen vermochte.

Wir wollen hoffen, daß die genaue Untersuchung über das Verhältnis der Aufsichtsbehörde zu den Hypothekenbanken keinerlei Fingerzeige bringe, wie sie Dr. Max Wittenberg in der citierten, heute wie eine Anklageschrift anmutenden Verteidigung der Banken giebt. Er schreibt dort:

„Die Banken richten sich eben nach ihren eignen Ermittelungen und prüfen Grundstücke und Beleihungsanträge von Fall zu Fall. . . . Und die mit ihren Ermittelungen betrauten Personen sind **sehr oft** mit den von der Regierung zu gleichen Zwecken **angestellten Beamten** identisch."

Das würde also sagen, daß die Aufsichtsbehörde, wenn sie die „Ermittlungen der Banken" auf ihre Richtigkeit hin prüfen will, sehr oft auf dieselben Leute angewiesen ist, die, obwohl „von der Regierung angestellte Beamte" vorher als höchste Organe der Banken dieselben Ermittlungen ausgeführt haben, also in der angenehmen Lage wären, sich selbst zu kontrollieren. Herr Dr. Max Wittenberg ist Herausgeber eines Montags-Blatts, dessen Inseratenteil in der Hauptsache aus Bank- und Börsenannoncen besteht und dessen Text ein dementsprechender ist, er ist jetzt zum Präsidenten des Aufsichtsrats der Deutschen Grundschuldbank gewählt worden, man darf wohl annehmen, daß dieser früher auch mit Sanden Beziehungen unterhaltende Herr in den einschlägigen Dingen ausreichende Informationen besitzt. Seine damals zur Deckung für die Banken angeführte obige Behauptung stellt sich unter den heutigen Verhältnissen jedoch als eine so schwere Beschuldigung einer bisher in noch unangetastetem Rufe stehenden Beamtenkategorie dar, daß man von Herrn Dr. Wittenberg im öffentlichen Interesse verlangen muß, seine Kenntnisse im einzelnen mitzuteilen und Namen zu nennen. Würde der genannte Herr hierzu nicht im stande sein, würde er eine Namensnennung unterlassen, so würde er selbst damit seine damalige Behauptung als eine Unwahrheit charakterisieren, erfunden, um mit dem guten Ruf gewisser Beamten die faulen Machinationen gewisser Banken zu decken. Bereits Voigt hatte in seiner Broschüre Andeutungen gegeben, die auf ähnliches hinausliefen, Voigt ist indessen tot und seine Hinweise müssen daher außer Spiel bleiben, aber Dr. Wittenberg lebt, und er muß für seine Behauptungen einstehen.

Der hier berührte Punkt hat aber eine besondere Bedeutung noch aus einem andren Grunde. Bei der Beratung des Ausführungsgesetzes im Bürgerlichen Gesetzbuch im preußischen Landtage 1899 sollten die Pfandbriefe der 11 preußischen Normativbanken auf Kommissionsbeschluß unter die mündelsicheren Papiere aufgenommen werden, eine Maßregel, welche der Sanden-Clique einen neuen Raubzug und vielleicht noch eine Gnadenfrist für ihr Schwindelhandwerk ermöglicht hätte. Bei dieser Beratung hat die Voigtsche Broschüre die Hauptrolle gespielt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein: „Wenn auch der Antrag Ihrer Kommission nicht gestellt wäre, würde mir als Aufsichtsinstanz die Pflicht obgelegen haben, mich über die Richtigkeit der Voigtschen Schriftbehauptungen zu unterrichten." Dies hat der Minister gethan. Es ist von ihm „durch einen von zuverlässiger Seite empfohlenen, erfahrenen, beamteten Sachverständigen eine formelle Nachtaxierung eingeleitet worden". . . . „Das bisherige Ergebnis der in ca. 40 Fällen ausgeführten Nachtaxierungen hat ergeben, daß gegen das Geschäftsgebahren der Hypothekenbanken berechtigte Vorwürfe nicht erhoben werden können." Angesichts der Thatsache, daß die gegen das Geschäftsgebahren der Hypothekenbanken von Voigt erhobenen Vorwürfe sich im Fall der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank mehr als bestätigt haben, angesichts der oben angeführten Wittenbergschen Behauptung, angesichts der in der letzten Zeit enthüllten Korruptionsfülle, hat die Oeffentlichkeit ein Recht, volle Aufklärung zu fordern. Ist es doch die Ergebnislosigkeit der damaligen ministeriellen Nachtaxierungen gewesen, welche es verhindert hat, daß man damals bereits der Sanden-Clique die schmutzigen Pfoten band. So ist es gekommen, daß die Verantwortung für den Hypothekenkrach heute in noch weit schärferem Maße, als es damals der Fall hätte sein können, auf den Staat fällt, der die Aufsicht zu führen hatte.

Das preußische Abgeordnetenhaus dürfte sich bereits Mittwoch oder Donnerstag mit dem Hypothekenbankkrach beschäftigen. Man hätte bei diesem Anlaß allen Grund, der von Wittenberg damals zu Gunsten der Banken behaupteten teilweisen Personalunion der Bank- und der Staats-Taxatoren nachzuforschen. —

* * *

### Mit dem Krach auf dem Hypothekenmarkt

hat sich die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gelegentlich der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung beschäftigt. Nach dem soeben erschienenen Bericht ist die Frage nach drei Richtungen hin erörtert: 1. bezüglich der Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe, 2. bezüglich der Staatsaufsicht über die Bankbetriebe und 3. bezüglich der Stellung, Rechte und Pflichten der Treuhänder. Gegen die Regierung wird der Vorwurf erhoben, daß bereits im Frühjahr und Sommer 1899, als sowohl der Chef des aufsichtsführenden Ministeriums wie der Dezernent für die Beaufsichtigung der Hypothekenbanken alle Hypotheken-Pfandbriefe für gleichmäßig sicher erklärten, mindestens bei einer dieser Hypothekenbanken die allertraurigsten Verhältnisse herrschten. Die Staatsaufsicht habe sich also als wenig wirksam erwiesen; wirksam würde sie nur dann sein, wenn jede einzelne Taxe und auf Grund derselben jede einzelne Beleihung geprüft würde. Das würde aber große Kosten seitens des Staats verursachen, während der ganze Gewinn in die Taschen der Aktionäre fließe. Auch das durch Reichsgesetz vom 13. Juli 1899 geschaffene Institut der Treuhänder sei wenig wirkungsvoll gewesen. In hohem Grade unerwünscht und dem Ansehen der Staatsbehörde schädlich sei die Uebernahme des Postens des Treuhänders seitens eines Beamten aus dem aufsichtführenden Ministerium.

Aus der Antwort der Regierungsvertreter ergiebt sich, daß im Jahre 1898 der Aufsichtsbehörde Beschuldigungen zugegangen waren, nach denen die Direktoren der Preußischen Hypotheken-Aktienbank unter Benutzung des Bankkredits Grundstücks-Spekulationen in größerem Umfange unternehmen sollten; auch war auf die Beziehungen der Preußischen Hypotheken-Aktienbank zu der neuen Berliner Baugesellschaft aufmerksam gemacht. Infolgedessen ordnete der Landwirtschafts-Minister eine Prüfung derjenigen geschäftlichen Beziehungen an, welche die Direktoren des Instituts mit Verwandten, die sich in leitender Stellung bei angegliederten Gesellschaften befanden, und mit der neuen Berliner Baugesellschaft unterhalten sollten. Nachdem die daraufhin angestellten Ermittlungen den Verdacht hatten begründet erscheinen lassen, daß einzelne Direktoren anscheinend gewerbsmäßig sich behufs Durchführung von Grundstücks-Spekulationen den Kredit des von ihnen geleiteten Instituts nutzbar zu machen suchten, wurden alle diejenigen Beleihungen ermittelt, welche seitens der Bank in den letzten fünf Jahren auf Grundstücke gewährt wurden, die zur Zeit der Beleihung oder vorher oder nachher im Eigentum oder Miteigentum der einen oder andren ihrer Direktoren oder deren Verwandten gestanden haben. Das Ergebnis der Revision veranlaßte die Bank, bei mehreren Beleihungen den als Unterlage für die Pfandbriefe benutzten Betrag vorläufig herabzusetzen; zu erheblicheren Bemängelungen gab die Revision indessen keinen Anlaß. Die Aufsichtsbehörde habe bei jeder sich darbietenden Gelegenheit von ihrem Aufsichtsrecht Gebrauch gemacht; wenn es ihr nicht gelungen sei, die Verhältnisse der Preußischen Hypotheken-Aktienbank in allen Punkten zu klären, so liege das an den Verschleierungen und strafbaren Handlungen der geschäftsleitenden Personen. Es ist also den Sanden und Konsorten gelungen, den Staat hinters Licht zu führen. Das geht auch hervor aus der im Bericht abgedruckten Erklärung, die der Sekretär des Polizeipräsidiums als der aufsichtführenden Behörde in der Ende Dezember stattgehabten Versammlung der Pfandbriefinhaber der Preußischen Hypotheken-Aktienbank abgab und die dahin geht, daß die aufsichtführende Behörde schon seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit beiden Banken (der Hypotheken-Aktienbank und der Grundschuldbank) gewidmet habe, weil zur Kenntnis gelangt sei, daß dieselben zu Terraingesellschaften und industriellen Unternehmungen enge Beziehungen unterhielten, und aus diesen Beziehungen gewisse Bedenken gegen die Leitung dieser Banken obgewaltet hätten. Die Aufsichtsbehörde habe aber damals im Interesse der Bank und der Pfandbriefinhaber von einer eingehenden Prüfung der Geschäftslage vorläufig Abstand genommen und sich damit begnügt, mit Hilfe des neu ernannten Bankinspektors eine Nachprüfung nur bei besonders auffallenden Beleihungen zu veranstalten. Erst nachdem die Katastrophe über beide Banken an der Berliner Börse eingetreten und die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieselbe gelenkt sei, habe die Aufsichtsbehörde den Bankinspektor mit einer genauen Prüfung der Verhältnisse beauftragt.

Das Ergebnis der Kommissionsberatung ist der Antrag der Budgetkommission: das Haus wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen 1. die Staatsaufsicht bei den Hypothekenbanken, insbesondere durch Ernennung von Staatskommissaren bei den einzelnen Instituten, zu verschärfen; 2. die Rechte der Treuhänder — nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung — im Interesse der Besitzer von Hypotheken-Pfandbriefen wirksamer auszugestalten.

* * *

### Herr Direktor Kohnitz,

richtete am Montag an die in der Versammlung der Grundschuldaktionäre anwesenden Berichterstatter die Mahnung, bei ihren „Prinzipalen" dahin zu wirken, daß die beunruhigenden Artikel aufhören. Es scheint, daß selbst die der Börse nahestehende Presse nicht geneigt ist, die Heimlichkeiten der „Gesundungs"-Ausschüsse zu unterstützen. „Das „Berliner Tageblatt", das in diesen Tagen von dem Gerücht Notiz genommen hatte, nach welchem die Liquidatoren der Grundschuldbank zusammen 85 000 Mark Gehalt beziehen sollen, rügt neuerdings den Umstand, daß den Aktionären nichts von den Verhandlungen mitgeteilt ist, die zwischen der Grundschuldbank und den Interessenten der Trebertrocknungs-Gesellschaft in Kassel schweben, und die auf Annullierung eines großen Tauschgeschäfts in Aktien hinauslaufen. Diese Heimlichkeit ist aber nichts als ein Einzelfall aus einem System. Es lag viel unter dem Tisch am Montagabend und alle Anwesenden wußten das. Die Aktionäre mögen selbst sehen, was ihnen passend scheint, aber alles, was da geschieht und unterlassen wird, wirkt auf die Besitzer der Obligationen, kleine Leute zum großen Teil, denen man jetzt die Papiere anscheinend zu niedrigen Kursen abkaufen will, bis aus diesen Verlusten der kleinen Sparer der Bank ein hinreichender Gewinn erwächst, daß auch für die Aktionäre etwas abfällt.

Ueber die riesige Liquidation der Tochtergesellschaften, über den Regreß gegen die Aufsichtsräte, Treuhänder ꝛc. ist am Montag fast gar nichts gesagt worden. Als wenig zu sagen war, weil man noch nicht klar sehen konnte, in den ersten Versammlungen wurden gedruckte Berichte gegeben. Jetzt, wo man klar sehen kann, speist man die Oeffentlichkeit mit einer kurzen Komödie ab.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Januar.

### Zollerhöhung und Ausland.

Noch bei allen Redeleistungen des Grafen Bülow erklang auch aus dem gesamten Umkreis der Nachbarstaaten vielfaches Echo höchster Bewunderung. Ganz andren Widerklang jedoch erweckte die neueste Ankündigung des preußischen Ministerpräsidenten, daß die Regierung sich zur wesentlichen Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle entschlossen zeigte.

Mit Recht macht der „Hamb. Corresp." darauf aufmerksam, daß das „Wolffsche Telegraphen-Bureau", das bisher in der Regel die auswärtigen Preßstimmen über die Bülow-Reden sorgfältig gesammelt und schleunigst über das ganze Reich verbreitet hatte, diesmal **seine Leser ganz im Stiche lasse.**

Eine Mitteilung der östreichischen Preßäußerungen über die Erklärung des Grafen Bülow würde die schweren Gefahren, die für die Erneuerung der Handelsverträge aus den Absichten der Regierung erwachsen, offenbar machen. Die Wiener „Sonntagsblätter" haben sich über die neueste Kundgebung des Bülowschen Genies **durchweg in ungünstigem** Sinne ausgesprochen und erklärt,

**daß sich die Aussichten der Erneuerung der Handelsverträge bedeutend verschlechtert hätten.**

Die „Neue Freie Presse" beispielsweise schreibt:

„Daß aber der „gesteigerte Zollschutz" für das Getreide zugleich in sehr erschwerender Weise der Erneuerung der Handelsverträge präjudiciert, dafür bedarf es kaum eines Beweises; man kann nur mit Befremden über die Höhe des Preises staunen, welchen Graf Bülow den Agrariern für die Annahme der Kanalvorlage zu zahlen sich entschlossen hat."

Aber nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Schwierigkeiten als Folge der jetzigen deutschen Zollpolitik kündigt das genannte Wiener Blatt an:

„Es ist umsonst, sich dem Wahne hinzugeben, daß die politischen und die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen großen Nachbarreichen durch einen Graben getrennt seien; sie wirken naturnotwendig auf einander und sind von einander abhängig. Aus diesem Grunde haben wir auch in Oestreich-Ungarn Anlaß, die Erklärung des Grafen Bülow im preußischen Abgeordnetenhause mit einigem Befremden hinzunehmen und angesichts der Vorbereitungen zur Erneuerung unsres Handelsvertrags mit Deutschland uns zu fragen, ob die in Aussicht gestellte Steigerung des Getreidezolls nicht eine beträchtliche Erschwerung bedeutet. Wir sind wiederholt in der Lage gewesen, solche Erschwerung zu empfinden, und haben zu der Zeit, da das arge Wort vom „Tribut" fiel, die Erfahrung machen können, wie verstimmend handelspolitische und wirtschaftliche Dissense auch auf das lebhafteste und zweifelloseste politische Zusammengehörigkeitsgefühl wirken können."

Auch im ungrischen Abgeordnetenhause ist die Sperrpolitik des Weltpolitikers der „offnen Thür" bereits am Montag besprochen worden. Bei der Beratung des Budgets des Handelsministeriums wies der oppositionelle Abg. Polonyi auf die aus der Erklärung des Grafen Bülow folgende Gefährdung der ungrischen Landwirtschaft hin, die durch Erschwerung der Einfuhr von Borstenvieh nach Deutschland ohnehin geschädigt sei. Polonyi bezweifelt unter solchen Umständen die Möglichkeit des Abschlusses der Handelsverträge.

Aeußerungen der russischen Presse sind noch nicht bekannt. Man wird bald begreifen, warum das offiziöse Telegraphenbureau sie totzuschweigen beliebt.

Zu Liebe der Handvoll wohlgemästeter Grundbesitzer soll nicht nur die Masse der deutschen Arbeiter geschröpft, sondern auch schwerste Erschütterung der politischen Beziehungen des Reichs zu großen Nachbarstaaten, selbst zum intimen Dreibundsfreunde gewagt werden! —

---

### Im Reichstag

wurde heute dem Grafen Posadowsky das Gehalt bewilligt. Wir haben recht behalten mit unsrer Prophezeiung. Jedes Tausend der berühmten 12 000 M. hat der Staatssekretär des Innern mit einem Tage Etatsdebatte bezahlen müssen. Es war immerhin noch ein Schlußantrag nötig, um der allgemeinen Redelust ein Ende zu machen. Noch bevor die Abgeordneten Fischbeck und Bebel gesprochen hatten, wollte die Rechte den Schluß herbeiführen. Da aber die Abgeordneten in nur beinahe beschlußfähiger Anzahl versammelt waren, erzwangen sich die beiden Abgeordneten der Opposition das Recht der Antwort auf die Angriffe der Rechten.

In der Hauptsache war es die in den letzten Tagen angeschnittene Agrar- und Zolldebatte, die die heutige Sitzung ausfüllte. Fürst Herbert Bismarck fühlte sich gedrungen, auf die neuliche Rede des Abg. v. Siemens zu erwidern und dabei seine ökonomischen Kenntnisse, die er sich in seinen 50 Lebensjahren nur sehr allmählich angeeignet hat, auf den parlamentarischen Markt zu bringen. Er schloß mit einem inhaltsschweren Wort, das die Haltlosigkeit des Ausdrucks „Brotwucher" beweisen sollte: Großgrundbesitzer sind keine Bäcker. Die Herren Bäckermeister, die Lieblinge der Konservativen, werden von dieser liebenswürdigen Redewendung, die ihnen das Odium des Brotwuchers aufhalst, nicht sehr erbaut sein.

Herr Dr. Pachnicke von der freisinnigen Vereinigung sprach dann gegen die Getreidezölle. Er weiß, daß seine Partei nur aus Offizieren ohne Soldaten besteht und möchte doch so gern Soldaten hinter sich haben. So erhob er denn gegen unsre Partei den auch schon in der „Nation" von Dr. Barth erhobenen Vorwurf, daß sie nicht rechtzeitig gegen die Getreidezollerhöhung mobil gemacht habe.

Auf Herrn Pachnicke folgte wieder Herr Dr. Oertel. Sein kugelrunder Korpus zierte wieder eine glänzend weiße Weste und er sieht in diesem schneeigen Kleidungsstück noch dicker, noch falstaffmäßiger als gewöhnlich aus. Mit groben und platten Scherzen bestrebte er sich eifrig, Saal und Tribünen zu unterhalten und erzielte auch von Zeit zu Zeit, namentlich bei seinen in den Anforderungen an gute Witze wirklich recht bescheidenen Freunden einige Heiterkeit.

In das Horn der Getreidewucherer stieß auch kräftig der bayrische Centrumskaplan Gerstenberger.

An den Roggen- und Weizenzöllen sind seine kleinbäuerlichen Wähler zwar nicht sonderlich interessiert, wohl aber an höheren Hafer-, Tabak und Weinzöllen. Und all' diese guten Dinge hoffen sie durch das Bündnis mit den Ostelbiern zu erzielen.

Der freisinnige Abgeordnete Fischbeck polemisierte erfolgreich gegen den Fürsten Herbert Bismarck. Dann fand die zwölftägige Redeschlacht ihren Abschluß in einer großen Rede Bebels, die in ihrem ersten Teile der Polemik mit den Herren Stöcker, Dr. Arendt und Oertel gewidmet war, in ihrem zweiten Teile aber den Brotwucherern galt. Schon jetzt ist das Einkommen der Arbeiter durch die bestehenden Zölle auf die Nahrungsmittel mit einer Steuer von 5 Proz. belegt, eine Steuer, die um so ungerechter ist, weil sie als Kopfsteuer wirkt. Und diese Steuer soll durch Zollerhöhungen auf 7—8 Proz. gesteigert werden. So rief Bebel der Rechten zu und fragte sie, ob sie nicht über Vermögenskonfiskation schreien würde, wenn die Einkommen von 20 000 M. mit einer Steuer von 5000 M. belastet würde.

Bebels berechtigte Abwehr der Stöckerschen Verdächtigung, er habe den Tucker-Brief erfunden, hatte mit ihren scharfen Ausdrücken den Vicepräsidenten v. Frege, den sein böses Geschick heute wieder bei der Rede eines Socialdemokraten in den Präsidentenstuhl gesetzt hatte, in nicht geringe Verlegenheit gebracht. Herr v. Frege hat eine begründete Abneigung dagegen, neue Belege für seine Unfähigkeit in der Führung der parlamentarischen Geschäfte zu liefern. Er überlegt es sich dreimal, bevor er eingreift. Heute hielt er einen langen Kriegsrat mit den Schriftführern ab und zog das Stenogramm der Bebelschen Rede zu Rat, bevor er endlich einen Ordnungsruf gegen unsren Redner aussprach, der viel zu verspätet kam.

Mittwoch wird die Etatsdebatte durch einen Schwerinstag unterbrochen.

Auf der Tagesordnung stehen die 3 Schlußreden zu den Initiativanträgen auf Reform in der Wohnungsfrage und die Abstimmungen über diese Anträge. Dann soll über den Antrag der freisinnigen Volkspartei auf Beseitigung der Theater-Censur durch Abänderung der Gewerbe-Ordnung beraten werden.

---

### Das Abgeordnetenhaus

setzte am Dienstag die zweite Lesung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort und bewilligte nach längerer Debatte das Gehalt des Ministers. Die Diskussion drehte sich, soweit sie nicht auf Fragen lokaler Natur und andrer Einzelheiten abschweiften, in der Hauptsache wieder um die Frage der Zollerhöhung. Auf seiten der Gegner eines höheren Getreidezolls operierten die Abgg. Dr. Hirsch, Gothein und namentlich Dr. Barth stellenweise recht geschickt, während für die Brotwucherer die Herren Frhr. v. Zedlitz und der Centrumsagrarier Schmitz das Wort führten. Herr v. Zedlitz scheint, seitdem er im Solde von August Scherl in Volksverdummung macht, jeder ruhigen Ueberlegung bar zu sein. Suchte er doch allen Ernstes nachzuweisen, daß der Brotkonsum der Arbeiter geringer ist als der der Bevölkerung im Durchschnitt! Von dem Abg. Schmitz erfuhr man, daß das Centrum von einem 8 Mark-Zoll, wie ihn am Montag Frhr. v. Wangenheim vorschlug, nichts wissen will. Nun, die Herren werden schon noch mit sich handeln lassen.

Im übrigen sind aus den Verhandlungen die Mitteilungen der Regierungsvertreter über den Stand des Weingesetzes und des Fideikommißgesetzes von Interesse. Ersteres soll „voraussichtlich in kürzester Frist" an den Reichstag gelangen, letzteres soll dem Landtage in der nächsten Session zugehen.

Am Mittwoch wird die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt. Einer Mitteilung des Präsidenten zufolge wird Montag die erste Lesung der Kanalvorlage beginnen. —

---

### Ein Generalmajor gegen den Gamaschendrill.

Daß sich im Militärwesen mehr noch als in andren konservativen Institutionen eine Unmasse veralteter Traditionen von Generation zu Generation fortschleppt, ist eine allgemein bekannte Thatsache. Wie oft ist z. B. über die gefährliche Sinnlosigkeit der schreiend bunten, mit blitzenden Metallteilen unpraktisch verzierten Uniformen gespottet worden. Trotzdem würde sich diese bei der modernen Gefechtsweise geradezu unzweckmäßige Art der Uniformierung bei uns wahrscheinlich noch Jahrzehnte hindurch konserviert haben, wenn nicht endlich auf Befehl von oben das einfarbige schlichte Khakigewand den glänzenden, bunten Uniformrock verdrängen sollte.

Gegen eine ganze Reihe ähnlicher veralteter, durch die Revolutionierung der Gefechtsweise nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich gewordener militärischer Einrichtungen richtet im hiesigen Organ des Bunds der Landwirte der Generalmajor a. D. v. Puttkamer eine sehr zeitgemäße Kritik. Der militärische Kritiker sagt freilich nichts wesentlich Neues, aber es ist immerhin interessant, daß Urteile, zu denen der gesunde Menschenverstand auch den aufmerksamen Laien befähigt, von einem hohen Offizier anerkannt werden.

v. Puttkamer beschäftigt sich zunächst mit einigen Kardinalvorschriften des Exerzierreglements. Schon die Vorschrift, die die Grundstellung der Infanteristen betrifft, wonach die Absätze nahe aneinander zu stellen sind und von den Füßen annähernd ein rechter Winkel zu bilden ist, findet ganz und gar nicht seine Billigung.

Diese Stellung ermüde nicht nur den Soldaten ganz unnötig, sondern mache ihm sogar den vernünftigen Gebrauch der Waffe nahezu unmöglich.

Ebenso schlimm sei die vorschriftsmäßige Haltung des Beins beim Marschieren. Das Auswärtsbiegen der Fußspitze und das Durchdrücken des Knies beim Niedersetzen des Fußes erfordere ungeheuere Zeit und Mühe, dabei sei diese bei den Fanatikern des Parademarsches so hoch in Gunst stehende Art des Marschierens der damit verbundenen Anstrengung wegen vollständig zwecklos: „Man kann ein mustergültiger Feldsoldat sein auch ohne durchgedrückte Knie beim Marschieren und ohne auswärts gebogene Fußspitzen. Wir sollten auf diese Aeußerlichkeiten weniger Zeit und Mühe verwenden."

Trotzdem aber bilde der Parademarsch einen wichtigen Faktor für die Beurteilung des Hauptmanns — so daß der famose Parademarsch nicht nur die Kriegstüchtigkeit der Mannschaften, sondern auch die Qualität des Offizierscorps beeinträchtigt.

Gerade unglaublich mutet aber folgende Reglements-Vorschrift an:

„Muß nach Ausführung eines Bajonett-Angriffs zurückgegangen werden, so gehen die geschlossenen Abteilungen und die Schützen — erstere in festem Tritt und strenger Ordnung — gleichzeitig zurück."

Man dauf es dem Generalmajor a. D. auch ohne besondere Beteuerung glauben, daß bei der Beobachtung dieser vorsintflutlichen Vorschrift im Ernstfalle von der zurückweichenden Kolonne nicht ein Mann lebendig oder unverwundet davonkommen würde. Im Manöver mache sich nach erfolgter Entscheidung des Schiedsrichters ein solches Zurückgehen freilich sehr schneidig. Fast ebenso schneidig wie die neuerdings zum Manöverbild gehörenden malerischen Massenattacken der Kavallerie, die im Ernstfalle ebenfalls neun Zehntel der Mannschaften dem sicheren Verderben preisgeben würden.

Nicht minder vernichtend lautet schließlich das Urteil v. Puttkamers über die Fahnen. „Ist das leblose Stück Fahnentuch", fragt er, „all' das warme lebendige Blut wert, das darum geflossen?!"

Der militärische Kritiker fährt dann fort:

In welchem Maße die Fahne taktisch ein Nachteil wird, das möge man die Offiziere fragen, welche im Felde bei einer Truppe mit Fahne im Infanterie-Nahfeuer gelegen haben. Die ehrliche Antwort wird das Geständnis sein, daß die Fahne häufig eine Verlegenheit, bisweilen ein impedimentum (ein Hindernis) war für die Compagnie, welcher sie zugeteilt war. Man scheute sich, diese Compagnie (also je eine von vieren!) so zu verwenden, wie es durch die Gefechtslage geboten war. Wenn das ganze Bataillon in einer Schützenlinie im Feuer lag, wo blieb da die Fahne?

Von zwölf Compagnien ist eher eine in der Schützenlinie zu entbehren, die mit der Fahne die geschlossene Reserve bildet.

Sicher wäre Acceptierung dieses Vorschlags ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand, der für **den vierten Teil** unsrer Infanterie (!) **keine uneingeschränkte Verwendung gestattet!"**

Man wird also künftig bei Militärdebatten den salzlosen Witzeleien der Herren Kriegsminister über die Miliz das vernichtende Urteil eines preußischen Generals über die unbegreiflichen Thorheiten des Gamaschendrills der gepriesensten Armee Europas entgegenhalten können.

Vor allen Dingen wird man aber auch mit diesem Urteil die Forderung einer ganz bedeutenden weiteren Herabsetzung der Dienstzeit unwiderleglich begründen können. Fällt das Knöpfeputzen und das Ueben des Parademarsches fort, so fällt damit zugleich der größere Teil der Hantierungen weg, mit denen man die Soldaten während der zwei Jahre des Heeresdienstes so nützlich und anregend zu beschäftigen pflegte. —

* * *

## Deutsches Reich.

**Dem Grafen Bülow** ist zu den zahlreichen Ehrungen, die seine staatsmännischen Verdienste belohnen, nunmehr auch die Bescheinigung seiner Verdienste um die Rechtswissenschaft zu teil geworden. Die juristische Fakultät der Universität Königsberg hat den Reichskanzler aus Anlaß der 18. Januar-Feier ehrenhalber zum Doktor beider Rechte promoviert. Er hat dem Dekan der Königsberger juristischen Fakultät mit den Worten gedankt:

„Mit nicht geringer Freude erfüllt über die hervorragende Ehrung, deren mich die illustre Königsberger juristische Fakultät für würdig erachtet, ersuche ich Sie, jenen gelehrten und ausgezeichneten Männern meine dankbaren Gefühle zu bezeugen und zu vermitteln.

Graf Bernhard von Bülow,
Reichskanzler,
Königsberger Doktor beider Rechte."

Offenbar hat die juristische Fakultät der Universität Königsberg den Grund ihrer Bülow-Ehrung in der von ihm feierlich verkündigten Austilgung aller moralischen Grundsätze aus den Beziehungen der Völker erblickt. —

**Die Kündigung der Kohlenverträge mit dem Staat** durch Kommerzienrat Arnhold (Cäsar Wollheim) ist offenbar nichts als bestellte Arbeit. Herr Brefeld ist den Herren vom Großhandel und der Großindustrie ein allzeit bequemer Mann gewesen. Die Enthüllung des zweiten Bueck-Briefs ist ihm lästig — Herr Arnhold, der mit Herrn Brefeld auf gutem Fuße steht, bietet sich als Retter an. Selbstverständlich hätte Herr Arnhold die Verträge auf jeden Fall gekündigt, denn die Kohlenpreise gehen einem starken Rückgang entgegen. Die Aeußerung des Handelsministers über das „notwendige Uebel" giebt einen prächtigen Anlaß, die Kündigung mit einer allerliebsten Komödie des Schmollens zu verbinden und Herrn Brefeld die Gloriole eines Antibörsianers zu verschaffen. Wenn der Frühling kommt, wird sich schon alles finden. —

**Die „Vorwärts"-Nummer zum 18. Januar.** Die reaktionären Abgeordneten des Reichstags haben sich einige Tage lang eifrig mit der „Jubiläums-Nummer" des „Vorwärts" beschäftigt, die er am 18. Januar herausgab. Herr Stöcker meinte, daß er nie „etwas Hundsgemeineres und Ekelhafteres" gesehen habe als diese Nummer, und Herr Oertel assistierte dem würdigen Scheiterhaufenmann.

Die Kritik, die diese Herren unsren geschichtlichen Erinnerungen gewidmet haben, entspringt ja lediglich denunziatorischer Absicht. Um aber die Wahrheit, die Herr Stöcker ja hundsgemein und ekelhaft finden muß, sonst würde er sie nicht so ängstlich scheuen, um den Thatbestand vor den Verdrehungen und Fälschungen dieser Musterparlamentarier zu schützen, stellen wir folgendes fest:

Erstens: Es ist von keiner Seite auch nur der Versuch gemacht worden, irgend eine von den im „Vorwärts" mitgeteilten historischen Erinnerungen zu bestreiten.

Zweitens: Es ist eine blanke Erfindung und eine bewußte Lüge, wenn behauptet wird, der „Vorwärts" habe nur nebensächliche Einzelheiten tendenziös zusammengestellt, er habe nur die Schattenseiten erwähnt usw. Demgegenüber erinnern wir daran, daß wir abgesehen von dem großzügigen Totalbild an leitender Stelle, die abschließenden Gesamturteile eines bürgerlichen Historikers, Schlossers, über die Hohenzollern zusammengestellt haben, daß wir auch sein überschwengliches Lob Friedrichs des Großen nicht verschwiegen haben, daß wir endlich aktenmäßig die Weltanschauung Friedrichs II. dargestellt haben, die ja den Pfaffen à la Stöcker sehr unangenehm sein mag, die er aber doch hoffentlich nicht für hundsgemein und ekelhaft erklären wird.

Es charakterisiert die ganze sittliche Verwahrlosung unsrer Reaktionäre, daß sie nicht nur über die geschichtliche Vergangenheit geflissentlich Legenden verbreiten, sondern daß sie sich nicht einmal scheuen, im Parlament die Abgeordneten des deutschen Volks über den wirklichen Inhalt eines Zeitungsblatts zu täuschen, das erst vor wenigen Tagen erschienen ist.

Im übrigen wird es den Stöcker und Oertel nicht gelingen, die Wahrheit auszurotten, so eifrig sie für ihre Person auch in dieser Richtung thätig sein mögen. —

**Der vergeßliche Frege.** In unsrer letzten Sonntagsnummer hatten wir einige Aeußerungen vom Kaiser, dem König von Sachsen, den Reichskanzlern Caprivi und Hohenlohe wiedergegeben, die sämtlich gegen den Brotwucher gerichtet waren. Wir hatten endlich auch daran erinnert, daß gerade der Agrarhäuptling Kanitz sich seiner Zeit gegen Getreidezölle erklärt hat. Natürlich haben diese fatalen Citate nicht die Freude der „Deutschen Tageszeitung" und der gesinnungsverwandten Organe erregt. Da es nicht möglich war, die Aeußerungen des Kaisers oder der Kanzler oder des Grafen Kanitz irgendwo anzuzweifeln, stürzte man sich auf eins der Citate, das minder bekannt geblieben ist und versuchte nun den Eindruck, den unsre Erinnerungen machen mußten, dadurch abzuschwächen, daß man die Aeußerung des Königs von Sachsen als eine „plumpe Erfindung" der Socialdemokratie ausgab. Oertels „Deutsche Tageszeitung" teilt diese Entdeckung in der folgenden Form mit:

„Daß die im gestrigen Abendblatt erwähnte angebliche Aeußerung des Königs von Sachsen, die er nach dem „Vorwärts" dem Vicepräsidenten des Reichstags gegenüber gethan haben soll, nicht gefallen sein kann, haben wir von vornherein angenommen und durch die Spitzmarke „Ein angeblicher Ausspruch" angedeutet. Jetzt erfahren wir, daß dem Vicepräsidenten v. Frege von dieser Aeußerung nichts bekannt ist, die damit in das Reich der Erfindungen zu verweisen ist und zwar der recht plumpen Erfindungen, durch welche die socialdemokratische Presse sich ja im allgemeinen auszuzeichnen pflegt."

Daß Herr v. Frege von jener Aeußerung nichts mehr weiß, ist nicht verwunderlich. Es würde schlecht zu dem Bilde passen, das die Oeffentlichkeit von den intellektuellen Fähigkeiten des ersten Vicepräsidenten des Reichstags gewonnen hat, wenn dieser geistige Führer der Konservativen über eine Gedächtniskraft verfügen würde, die Geschehnisse, die sechs, sieben Jahre zurückliegen, in der Erinnerung zu bewahren vermag. Da aber die „Deutsche Tageszeitung" die Gedächtnisschwäche des Herrn v. Frege benutzt, um mit wahrhaft Stöckerscher Unverschämtheit von einer Erfindung der Socialdemokratie zu reden, so sei darauf hingewiesen, daß die Aeußerung des sächsischen Königs 1894 von der bürgerlichen Presse mitgeteilt worden ist, daß

sie damals nicht bestritten wurde und daß sie infolgedessen in dem bekannten eher konservativ als unparteiisch oder gar radikal gehaltenen „Deutschen Geschichtskalender" von Wippermann wiedergegeben worden ist. Dort kann die verleumderische „Deutsche Tageszeitung" die „plumpe Erfindung der socialdemokratischen Presse" nachlesen, wenn ihr daran liegen sollte, sich um die Hebung des Gedächtnisses ihres Führers Frege einiges Verdienst zu erwerben.

**Die goldene Hand.** Rechtsanwalt Jansen in Berlin teilt mit, daß er namens des Herrn Dr. Liman wegen der Artikel der „Kölnischen Zeitung" in Nr. 908 „Eine Boerenkugel" und des offenen Briefs in Nr. 1018 Privatklage erhoben habe. Diese Artikel bildeten die Antwort auf die von Dr. Liman unter der Spitzmarke „Die goldene Hand" verfaßten und in Nr. 346 und 351 der „Leipziger Neuesten Nachrichten" erschienenen Artikel, in denen mitgeteilt ist, daß nach einem Geheimbericht der de Beers-Compagnie eine erhebliche Summe in Köln und Berlin als Agitationsunkosten gezahlt sei. —

### Der Renommier-Arbeiter des Centrums.

Aus Essen wird uns geschrieben: Der Reichstags-Abgeordnete für den Wahlkreis Essen ist nebenbei Redacteur eines in seinem Wahlkreise täglich erscheinenden Centrumsblatts, in dem frömmelnd mückerischen Tendenzen gehuldigt wird. Und dies Blatt bemogelt seine Leser auf eine ganz sonderbare Weise. Es hält sich den „General-Anzeiger" für Hamburg-Altona, entnimmt diesem alle interessanten Lokalnotizen, ändert die Straßennamen und bringt sie als Essener Vorkommnisse! Nun ist bei dieser Geschichte am interessantesten, daß ein andres Centrumsblatt, das sich durch ein skrupelloses, demagogisches, jesuitisches Geschäftsgebahren zu einem großkapitalistischen Unternehmen aufgeschwungen hat, die Schwindelei der frommen Schwester an die Oeffentlichkeit brachte. Bei dem Vorgehen ist aber nicht, wie man wohl annehmen könnte, die Devise: „Für Wahrheit und Recht" maßgebend gewesen, sondern die christliche Absicht, den Abgeordneten Stötzel zu stürzen. Die Leute, die hinter dem kapitalistischen Centrumsorgan stecken, arbeiten nämlich schon seit Jahren daran, Stötzel beiseite zu drängen und einen Centrumsaristokraten an dessen Stelle zu bringen. Die Fraktion der „Volkspartei" kann nicht einen einzigen Arbeiter in ihrer Mitte vertragen. —

**Der Hosenbandorden** ist von Eduard VII. dem deutschen Kronprinzen verliehen worden. Bei der eigenhändigen Ueberreichung desselben hielt Eduard VII. eine Ansprache, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die beiden befreundeten Nationen „fortfahren würden in ihrer gemeinschaftlichen Arbeit in der Sache des Friedens und der Civilisation der Welt." „Fortfahren" ist nicht übel, bildete doch die ganze Regierungszeit Victorias nur eine ununterbrochene Kette von Kriegen! —

**Zum Nörgler** bildet sich mehr und mehr die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" aus. Die Ernennung Wilhelm I. zum britischen Feldmarschall behagt ihr wieder einmal nicht. Das Blatt schreibt:

„Das deutsche Volk mag die Tote ehren, Liebe zu ihr kann es nicht hegen, denn unter ihrer Regierung und auf ihre formale Unterschrift hin hat England in brutalster Weise einen uns nächstverwandten Stamm mit Krieg überzogen, um ihn auszurauben. Augenscheinlich beabsichtigt Eduard VII. König von Großbritanien und Irland dem deutschen Kaiser damit eine Ehre zu erweisen. Der Umstand, daß die englische Armee sich nicht einmal fähig zeigt, ein kleines Volk von 20 000 Streitern zu besiegen, sich heute in einem Zustand der völligen Zerrüttung befindet sowie einen Mangel an sittlichen und soldatischen Ehrbegriffen gezeigt hat, läßt diese Ehre als eine minder hohe erscheinen."

Die „Rhein. Westf. Ztg." mißt einem belanglosen höfischen Akt zu viel Bedeutung bei. Ob Wilhelm II. seine neue Titular-Feldmarschallschaft als Ehre empfindet oder nicht, ist seine private Angelegenheit; das deutsche Volk zerbricht sich über so schwierige Probleme des höfischen Ceremoniells überhaupt nicht den Kopf.

Das Blatt erinnert übrigens an die wahrscheinlich nicht allzubekannte Thatsache, daß Wilhelm II. auch bereits britischer Admiral ist. Eduard VII. soll, wie bereits ein Blatt wissen will, zum Admiral à la Suite der deutschen Marine ernannt werden. —

**Gegen das englische Humentum** erhebt im „Neuen Wiener Journal" Bertha von Suttner Protest. Sie teilt gleichzeitig mit, daß das Komitee der Internationalen Union in Paris, deren intellektueller Urheber Herbert Spencer sei, an alle Mächte der Haager Friedenskonvention einen Appell gerichtet habe, um die Vernichtung respektive Annektierung der südafrikanischen Republiken zu verhindern. Die Haager Konvention soll die neue Klausel acceptieren, daß jeder Nation, welche schiedsgerichtliche Entscheidung angerufen habe, so lange ihre Selbständigkeit gesichert bleibe, bis das Schiedsgericht selbst diese anerkannt habe. Der Appell sei von den namhaftesten Vertretern der internationalen Friedensbewegung unterzeichnet. Bertha v. Suttner wird die bittere Erfahrung machen müssen, daß trotz all' der schönen Reden und persönlichen Sympathieerklärungen der Mitglieder des Haager Friedenskongresses, dessen Bedeutung sie so überschwänglich gefeiert hat, der Appell des Internationalen Friedenskomitees sang- und klanglos in den Papierkorb wandern wird.

Von dem Befehl Kitcheners, keinen Pardon mehr zu geben, nehmen endlich auch die „Berliner Neuesten Nachrichten" Notiz, ohne indes ein Wort der Kritik an die Sache selbst zu verschwenden. Das Blatt hat wenigstens den Mut der Konsequenz. —

**Etwas schwerfällig im Begreifen** ist zuweilen die „Post". Auch heute müssen wir ihr die Arbeit des Denkens aus Gutmütigkeit etwas erleichtern. Das Stumm-Blatt will nämlich die Unaufrichtigkeit des socialdemokratischen Programmsatzes, daß Religion als Privatsache anzusehen sei, mit dem Fall Stegmüller beweisen:

„In irgend einem deutschen Bundesstaate hatte ein Abgeordneter Namens Stegmüller für kirchliche Zwecke Geld bewilligt; er wurde dafür sofort von seiner eignen Presse als Kirchenrat verhöhnt und flog mit Glanz aus der Partei hinaus. Der Mann war der irrtümlichen Meinung gewesen, Religion sei Privatsache."

Umgekehrt wird ein Schuh daraus, liebe „Post". Gerade weil der brave Stegmüller „im Widerspruch" zu unserm Programmpunkt aus öffentlichen (kommunalen) Mitteln Gelder für kirchliche Zwecke, die aus den privaten Aufwendungen der Interessenten hätten bestritten werden müssen, bewilligt hatte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. —

## Ausland.

**Das Gesetz Millerand vor dem höchsten Gerichtshof.** Das Gesetz Millerand vom 30. März (11 Stunden) verbietet auch das Relaissystem in gemischten Betrieben. Durch dieses Arbeitssystem konnten die Unternehmer jede Kontrolle über die Beschäftigungsdauer der Arbeiter unmöglich machen. Sollten die Frauen und Kinder geschützt werden, so mußte für alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter die Stunde des Arbeitsschlusses die gleiche sein. Die Spitzenfabrikanten in Calais waren, wie wir bereits kurz mitgeteilt, von dem Fabrikinspektorat angeklagt, Verstöße gegen das Gesetz Millerand begangen zu haben. Das Gericht von Boulogne sprach aber die Fabrikanten frei. Erwachsene Arbeiter könnten im Relais, d. h. in Wechselschichten beschäftigt werden, die jugendlichen Arbeiter und Frauen würden ja doch in andren Räumen beschäftigt. Diese Auslegung öffnete der Umgehung des Gesetzes, das für alle Arbeiter in gemischten Betrieben die 11 stündige Arbeitszeit festlegt, Thür und Thor. Der Minister selbst appellierte denn an den Kassationshof. Dieser hat nun ein Urteil gefällt, das ganz den Absichten und dem klaren Sinn des Gesetzes entspricht. Das Gesetz verlange, so heißt es in dem Urteil, daß in den gemischten Betrieben der Beginn und das Ende der Arbeitszeit, sowie die Arbeitspausen für das gesamte Personal auf die gleichen Stunden fallen müssen.

Der Ausgang des Prozesses ist für die Arbeiter von höchster Bedeutung; der Versuch des Unternehmertums, das Gesetz Millerand unwirksam zu machen, ist abgeschlagen.

### Dänemark.

**Bei den dänischen Reichstagswahlen** wird die geheime Stimmabgabe eingeführt. Das Landsthing nahm am Freitag den Gesetzentwurf betreffs geheimer Abstimmung mit 42 gegen 2 Stimmen an, nachdem das Folkething ihn bereits am 15. November vorigen Jahres mit 85 gegen 2 Stimmen acceptiert hatte. Der Minister des Innern, Bramsen, hat erklärt, daß das Gesetz vom König sofort sanktioniert werden wird und schon bei den bevorstehenden Folkethingswahlen zur Anwendung gelangen soll.

Die Wahlhandlung geht so vor sich, daß jedem Wähler im Wahllokal ein Stimmzettel, auf dem die Namen aller Kandidaten seines Kreises gedruckt sind, und ein Couvert eingehändigt werden. Er hat sich hiermit in den hierfür hergerichteten, abgeschlossenen Raum zu begeben, wo er bei dem Namen dessen, für den er stimmt, ein Kreuz anbringt und den Zettel couvertiert, um ihn dann zur Wahlurne zu bringen. Die Wahlmännerwahlen zum Landsthing werden in Zukunft in derselben Weise vorgenommen.

Die Aussichten der Socialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen werden durch die Einführung der geheime Abstimmung bedeutend verbessert. Nicht nur in Kopenhagen und in mehreren kleineren Städten hofft man weitere bedeutende Erfolge zu erzielen, sondern ganz besonders auch in ländlichen Wahlkreisen, in denen bisher eine unerhörte Beeinflussung durch die Gutsbesitzer stattgefunden hat. —

### Asien.

**Aus China** liegen folgende Meldungen vor: Hsutschenhi, der Sohn des bekannten Fremdengegners Hsutung, und Tschihfiu, Mitglied des Tsung-li-Yamens, welche beide bei den jüngsten Unruhen eine verantwortliche Führerrolle gespielt haben, sind am 27. Januar im japanischen Viertel in Peking verhaftet worden und werden bis zu ihrer Bestrafung gefangen gehalten.

Einem Telegramm der „North China Daily News" aus Peking zufolge leidet Li-Hung-Tschang an hochgradigem Fieber. An seinem Wiederaufkommen werde gezweifelt.

### Afrika.

**Vom Kriegsschauplatz.** Nach einer Kapstädter Meldung sind die Boeren im Distrikt von Oudtschoom eingefallen. Damit hätten die Boeren einen weiteren Vorstoß nach Süden unternommen.

Wie das Heroldbureau mitteilt, erklärte ein Londoner Militärkritiker in einem Sportklub, Lord Kitchener müsse vierzehn Tage nach Zerstörung der Natal-Eisenbahn, welche die letzte Verbindungslinie zur Zufuhr von Lebensmitteln und Munition ist, den Rückzug mit dem Gros seines Heeres antreten.

Nach unbestätigten Londoner Meldungen betraute die Königin Victoria kurz vor ihrem Tode den deutschen Kaiser mit der Intervention zwischen England und den Boeren, damit dem Transvaalkriege ein schnelles Ende gemacht werde. Es wird sich wohl nur um die Ausstreuung eines Witzbolds handeln. —

## Parlamentarisches.

### Die Budgetkommission

behandelte am Dienstag sehr ausführlich die schon in der vorigen Sitzung besprochene Forderung von 4 800 000 M. zum Ankauf von Grund und Boden für Verlegung des Metzer Bahnhofs. Zwei Minister, der Kriegsminister v. Goßler und der preußische Eisenbahnminister v. Thielen, traten wiederholt lebhaft für die Forderung ein, deren Ablehnung in der vorigen Sitzung beantragt worden war, weil die Kosten des Gesamtprojekts zu hoch seien. Der Kriegsminister wies besonders auf die Vorteile hin, die die Verlegung des Bahnhofs für die Stadt selbst bringe. Er schilderte die hygienisch höchst bedenklichen Zustände in dieser Stadt, in der der Typhus beständig auftrete und in der die Sterblichkeit fast doppelt so groß als in den andren Städten Elsaß-Lothringens wäre. Schließlich wurde eine Subkommission zur nochmaligen Prüfung der Forderung eingesetzt, die aus den Abgg. Müller-Sagan (freis. Vp.), v. Vollmar (Soc.), Riff-Straßburg (freis. Vg.), Möller (natl.), Müller-Fulda (C.) und einem Konservativen besteht.

Der Reichseisenbahn-Etat wurde im übrigen erledigt.

Mittwoch beginnt die Beratung der Chinavorlage, mit der die „Reliktenvorlage" für die Chinatruppen verbunden ist.

## Aus der Frauenbewegung.

**„Die freie Liebe und die Frauen"**, ein Vortrag von Elisabeth Mießner, ist jetzt im Verlage von Hermann Walther hier im Druck erschienen. Die Verfasserin bemerkt in der Einleitung, sie habe dieses Thema behandelt, um einen größeren Kreis zur Durchleuchtung des Dunkels und der Verworrenheit anzuregen, in welchen sich die betreffende Frage — und zwar gegenwärtig recht geräuschvoll — dahinwindet. Gewiß ein äußerst verdienstliches Streben; nur will uns leider scheinen, daß auch die Broschüre der verehrten Dame sich in äußerster Verworrenheit in Bezug auf alle die historischen, socialen und psychologischen Grundbegriffe „dahinwindet", deren Kenntnis für die Rettung der menschlichen Gesellschaft aus Irrtum und Dunkel doch zuweilen unerläßlich ist. Allerdings entwirft E. Mießner zuvörderst in kühnen Zügen ihren Lesern ein Bild des Liebeslebens in den Urzuständen der Menschheit wie unter den sogenannten Wilden.

„In den zuerst sich bildenden, lockeren Gruppen der Menschen giebt es keine feststehende Ordnung. Unstät und unsicher, wie die Beziehungen der Menschen zu einander, sind auch die Beziehungen zwischen Mann und Weib. Es giebt keinen andren Führer für ihr Verhalten, — als — die Leidenschaften des Augenblicks. Bei den niedrigsten Wilden finden wir die Beziehungen der Geschlechter zu einander im wesentlichen ähnlich denen der niederen Geschöpfe." Dieser Urzustand, in dem „ein Weib viele Männer und jeder dieser Männer viele Weiber hat" und in dem je nach der Gesamtzahl der vorhandenen Männer und Frauen Polyandrie oder Polygamie herrschen soll, wird nun in Bezug auf seine socialen Folgen, ebenso wie das sich hieraus entwickelnde Mutterrecht, in äußerst schwarzen Farben geschildert; besonders erwiesen sich solche Zustände als ein schwerer Nachteil für die Frauen.

In dieser Art geht es eine Weile fort. In unsäglich kritikloser Weise würfelt die Verfasserin ein paar herausgerissene Stellen aus einzelnen wissenschaftlich-ethnologischen Werken wüst durcheinander, indem sie auch das wichtigste einfach beiseite schiebt, wenn es ihr gerade nicht in ihre Argumentation hineinpaßt. Von einigermaßen gebildeten Lesern wird sie schwerlich selbst verlangen, in einer derartigen Darstellung angeblich historischer Thatsachen auch nur die leiseste Spur eines Beweises für ihre Anschauungen zu sehen.

Indessen, die Vertreter der freien Liebe gründen ihre Forderungen ja auch weder auf das Verhalten der „niederen" Geschöpfe, noch sogar auf die Urgeschichte und das Mutterrecht; jedenfalls kann, wie E. Mießner selbst betont, der Naturzustand der Menschheit für uns nicht mehr maßgebend sein; die Frage läßt sich also sehr viel besser auf weniger schwankendem Grunde ausfechten.

„Da das erotische Liebesleben die Erhaltung der menschlichen Gesellschaft zur Folge hat, mag es nun im einzelnen Falle erwünscht sein oder nicht, so hat man zu ihrem Schutze — wie die Kultur überall zum Wohle der Gesamtheit den Einzelnen zum Zähmen seiner egoistischen Gelüste zwang —, auch das egoistische Begehren des Einzelnen nach Ungebundenheit und Abwechselung in dem erotischen Liebesleben, dem Wohle der Gesellschaft untergeordnet.

„So ist eben die Kultur immer bemüht, die Grausamkeiten der blinden Natur zu mildern, ihre Unvollkommenheiten zum Wohle der Menschheit auszugleichen, und die überschüssigen Triebe zu beschneiden, wie der Gärtner dies an dem Weinstock thut, damit die wilden Triebe ihm nicht die Kraft zum Hervorbringen der edlen Früchte rauben."

Ein herrliches Gleichnis in der That! Wie vorteilhaft hebt sich solch ein Beispiel einer wahrhaft idealen Geschichtsauffassung doch von der geistigen Nüchternheit ab, die die sog. materialistische Geschichtstheorie in gewissen Kreisen des Socialismus erzeugt hat! Weshalb aber treten viele, trotzdem nun schon vor Jahrtausenden die weise vorsorgende Kultur zum Schutze für die Gesellschaft die Ehe geschaffen hat, jetzt dennoch für freie Liebe ein? Die Verfasserin erklärt sich dies aus verschiedenen Ursachen: einem mißleiteten Freiheitsdrang der geistig selbständigen Frauen, dem Einfluß der dekadenten modernen Litteratur (!) und schließlich aus der traurigen, aber unbestreitbaren Thatsache, daß durchaus nicht sämtliche Ehen diesem ursprünglichen weisen Kulturideal entsprechen, weil entweder bei der Eheschließung schon ganz andre Motive als die Liebe ausschlaggebend waren, oder weil die eheliche Treue — die Voraussetzung unsres Ideals — von den Gatten, besonders dem Manne — ganz und gar nicht immer heilig gehalten wird. Es sei indessen — so meint E. Mießner — ein ganz irrtümlicher Schluß, wenn man um solcher Unvollkommenheiten willen die Eheform als solche überhaupt verwerfen wolle. Das heiße nur, das Kind mit dem Bade ausschütten. Die wirklich unglücklichen Ehen, deren Zahl verhältnismäßig gering sei, müßten vielmehr getrennt und zu diesem Zweck die Scheidungsbedingungen erleichtert werden; die Fälle von Treulosigkeit und Ehebruch dagegen bewiesen höchstens, daß insbesondere die Männer von vollkommener Sittlichkeit noch weit entfernt seien. Es erscheine gerade als die höchste Aufgabe der geistig hochstrebenden, selbständigen Frauen, den Mann allmählich zur Höhe ihrer eignen, edleren Veranlagung emporzuheben. Das vorläufig offenbare Mißlingen aller ethisierenden Bestrebungen nach dieser Richtung hin dürfte demnach, wie wir vermuten, nur auf die bisher noch zu schwache Ausbreitung der frauenrechtlerischen Ideen zurückzuführen sein.

Es würde wahrlich nicht der Mühe lohnen, auf geistige Erzeugnisse vom Schlage dieser Broschüre auch nur ein Wort der Kritik zu wenden, wenn es nicht interessant und in gewissem Sinne lehrreich wäre, von Zeit zu Zeit die sogenannte Weltanschauung wieder einmal zu studieren, die in der bürgerlichen Gesellschaft und ganz besonders in manchen Kreisen der bürgerlichen Frauenwelt heute noch herrscht. Ist es nicht unbegreiflich, daß diese Mädchen und Frauen, deren ganzes Leben ein Kampf gegen die blödesten gesellschaftlichen Vorurteile ist, es dennoch nicht vermögen, auch nur mit einem Blick über diese bürgerliche Gesellschaft hinauszusehen, gerade als sei an einem bestimmten Punkte die ganze, weite Welt für sie mit dicken Brettern verschlagen?

Die Verfasserin will eine Strömung wie die der freien Liebe kritisieren, die — man möge darüber im übrigen denken, wie immer man wolle — jedenfalls doch aufs tiefste verknüpft ist mit dem socialen Aufbau der gesamten Gesellschaft und deshalb natürlich nur aus dem geschichtlichen Werden dieser Gesellschaft wie aus ihren gegenwärtigen Lebensbedingungen heraus begriffen werden kann. Was aber geht Frl. Mießner, die sich in den Grundsatz verrannt hat — oder wahrscheinlich richtiger —, die in dem Grundsatz erzogen worden ist: die Ehe allein sei sittlich —, was geht sie historischer Zusammenhang, was geht sie das Dasein der Welt außerhalb der bürgerlichen Familie an?

Sie erzählt ihren naiven Hörern, die Menschen hätten, seitdem sie „kultiviert" sind, in der monogamischen Ehe gelebt, und sie unterdrückt dabei nur die offenbar völlig belanglose Thatsache, daß diese monogamische Ehe von Anbeginn an basiert hat und nur basieren konnte auf dem Untergrund einer mehr oder weniger mißachteten und ausgestoßenen Klasse von Prostituierten. Sie weiß, wie es scheint, nichts davon oder will nichts davon wissen, in welch furchtbarer Weise diese Prostitution in der modernen Gesellschaft anwächst und damit zugleich ihre ganze grauenhafte Gefolgschaft von Elend, Siechtum und Verkommenheit, wie sie unsern socialen Organismus allen medizinischen und wirtschaftlichen Eingriffsversuchen zum Trotz allein schon von diesem Giftherd aus immer von neuem durchseucht.

Und auf der andern Seite versteht Frl. Mießner zwar sehr rührend und empfindsam die veredelnde Wirkung des Familienlebens, der Mutter- und Vaterliebe zu schildern; aber so oft sie als Frauenrechtlerin auch vermutlich hervorgehoben hat, daß dieses Familienleben heute infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Tausenden von Bürgermädchen versagt ist, plötzlich scheint ihr auch diese Erkenntnis verloren gegangen. Oder nein; sie weist ja selbst darauf hin, daß „die noch in allen Winkeln herumspukende, traditionelle Anschauung überwundener Kulturstufen, es sei die vornehmste Lebensaufgabe und das einzige Glück des Weibes, Mutter zu werden", viele Frauen, die nicht heiraten können, der freien Liebe in die Arme treibe. Da aber die Frauenrechtelei bekanntlich nach Ansicht ihrer Vertreterinnen mit dieser traditionellen Anschauung aufgeräumt hat, so ist für Frl. Mießner der Beweis gegen die Notwendigkeit der freien Liebe damit geschlossen, und alle die bürgerlichen Mädchen, die infolge unsrer idealen Familien-Auffassung ihr Leben lang Liebe und Mutterglück entbehren müssen, sie können aus dieser schönen Welt dafür mit dem Troste scheiden, daß sie die höhere Mission des Frauentums bethätigt und nach bester Kraft an der Erziehung des männlichen Geschlechts zu erhöhter Sittlichkeit mitgewirkt haben.

Sollte denn der Verfasserin niemals der Gedanke gekommen sein, daß es sich hier nicht sowohl um die „Lebensaufgabe" des Weibes, als um ihr ursprünglichstes, einfachstes Menschenrecht handelt, und hält sie die Sittlichkeit wirklich für so viel gefährdeter da, wo beide Gatten die Freiheit haben, einen liebeleeren Bund zu lösen als heut, wo man die Liebe auf der Straße verschachert? Z.

**Daß die Lage der Konfektionsarbeiterinnen** namentlich in der Hausindustrie eine schlechte ist, dürfte allgemein bekannt sein. Die Ausbeutung der Arbeiterinnen wird am schamlosesten namentlich von den sogenannten Zwischenmeistern betrieben, welche größere Posten der fertig zu stellenden Arbeiten von einem größeren Geschäft beziehen und diese Arbeit dann außer dem Hause anfertigen lassen. Die Bezahlung für diese Arbeit spottet jeder Beschreibung: am miserabelsten handeln in dieser Hinsicht diejenigen Zwischenmeister, welche sich in den Vororten niedergelassen haben in der Annahme, hier besonders willige und billige Arbeitskräfte zu finden. In dieser Voraussetzung haben diese Personen bis dahin auch noch keine Enttäuschung erfahren. Zwingt doch die in der zahlreichen Arbeiterschaft der Vororte herrschende Not die Proletarierinnen, von jeder sich irgendwie darbietenden Arbeitsgelegenheit Gebrauch zu machen. Zu der Erkenntnis, gemeinsam gegen diese Ausbeutung Front zu machen, sind leider diese ausgebeuteten Arbeiterinnen noch nicht gekommen.

Ein besonders starkes Stück leisten sich in Neu-Weißensee einige Zwischenunternehmerinnen, welche Blusen anfertigen lassen. Für ein Dutzend solcher Blusen zu nähen zahlen sie **siebenzig Pfennige.** Hiervon haben die Näherinnen noch Auslagen für Garn ꝛc. zu leisten. Wer da weiß, wie viel Arbeit zur Fertigstellung eines Dutzend solcher Sachen gehört, wird verwundert sein, daß sich noch Arbeiterinnen finden, welche für dieses Spottgeld arbeiten. Möchten endlich die Frauen und Mädchen einsehen, daß durch Organisation solchen ausbeuterischen Praktiken ein Ziel gesetzt werden kann.

## Sociales.

### Gegen das Trinkgeld.

Wie in Deutschland, so ist auch in Frankreich das Trinkgeldwesen zu einer wahren Landplage geworden. Namentlich ist es im Café,

Restaurant und Hotel für den Gast einfach unmöglich, ohne Trinkgeld auskommen zu können. 10 Proz. und mehr der Zeche muß erlegt werden, wenn der Gast „anständig“ bedient sein will. An diesem Zustand sind aber weniger diejenigen schuld, die das Trinkgeld erhalten, als vielmehr die Beschäftiger der Kellner, Portiers, Hausdiener 2c. Nicht allein, daß diese Leute in der Regel gar kein Gehalt beziehen, sondern in vielen Fällen müssen sie noch für die Erlaubnis, arbeiten zu dürfen, ihrem Arbeitgeber eine bestimmte Summe zahlen. So giebt es in Paris Lohn-Hauskellner, die am Morgen vor Beginn der Arbeit dem Wirt drei, fünf, auch acht Franken auf den Tisch legen müssen, wenn sie für den Tag an einer Anzahl Tische die Gäste ihres Herrn Arbeitgebers bedienen wollen. Andre Wirte lassen sich etwa 10 Prozent des Umsatzes vom Kellner zahlen. Den Kellnern wird also hier eine Art Pacht auferlegt, die sie wiederum aus den Gästen ihres Pachtherrn herausschlagen müssen.

Außer den gastwirtschaftlichen Arbeitern sind es aber noch viele Kategorien von Bediensteten und Angestellten, welche in ihrem Erwerb auf Trinkgeld angewiesen sind, so die Barbiere, Kutscher, Portiers, Diener öffentlicher Gebäude 2c. Um diesem Unwesen zu steuern, hat der socialistische Deputierte Antide Boyer im Namen der socialistischen Kammerfraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Es ist verboten, anders als gegen direkte Bezahlung arbeiten zu lassen und es ist dem Dienstherrn, Arbeits- oder Auftraggeber jeder Art verboten, sich von den Trinkgeldern oder Geschenken, die ihre Bediensteten, Angestellten oder Beauftragten erhalten, irgend etwas in irgendwelcher Form abgeben zu lassen.“

Es wird gewiß nicht allzu leicht sein, diese Materie gesetzlich zu regeln, noch weniger, den gesetzlichen Bestimmungen zu prompter Durchführung zu verhelfen; daß es möglich ist, beweist England. Dort ist es verboten — und der Wirt ist dafür verantwortlich —, daß die Barmädchen Trinkgelder annehmen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung! Fabrik- und Hilfsarbeiter!** In der Farbenfabrik von Fritz u. Co., Inhaber Lemme, Koloniestr. 107/8, sind sämtliche dort beschäftigten 9 Arbeiter gemaßregelt worden, weil sie gemeinsam eine Lohnerhöhung forderten und der Inhaber der Firma bei dieser Gelegenheit erfuhr, daß alle 9 Arbeiter dem Verbande der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands angehören. Wir ersuchen sämtliche Arbeiter, die Fabrik zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

**Zur Steinsetzer-Bewegung.** Der Steinsetzermeister Bielefeldt in Nieder-Schönhausen hat den Tarif ebenfalls bewilligt. — Zu der gestrigen Mitteilung über die Kontrolle ist nachzutragen, daß die Geschäftsstunden der Kommission auf 10—12 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags festgesetzt sind.

**Steinarbeiter.** Am Montag haben bei Bauer (Schöneberg) die Steinmetzen wegen Nichteinhaltung des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Vertrauensmann.

**Die Agitationskommission der Maurer der Provinz Brandenburg** beruft zum 10. März nach Berlin eine Landeskonferenz ein, mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. die Situation im Baugewerbe, unsre Taktik bei Neuforderungen, sowie bei Reduzierungen der bestehenden Lebenshaltung und Agitation, 3. der Bauarbeiterschutz in Preußen, 4. Anträge. Alle Zahlstellen werden aufgefordert, sich durch Delegierte auf dieser Konferenz vertreten zu lassen. Die Organisation des Verbands der Maurer hat auch im verflossenen Jahr einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen, so stiegen die Zahlstellen um 23 im Agitationsbezirk, es bestehen nunmehr 165. Zu 377 Versammlungen außerhalb des Lohngebiets Berlin wurden Referenten durch die Kommission entsandt. Die Einnahme betrug im Jahr 1900 4891,50 M., Ausgabe 3719,60 M., Bestand 1171,90 M.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Gasanstalts-Arbeiter Deutschlands!**

Die erste Generalversammlung des Verbands der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten beauftragte den unterzeichneten Vorstand, im Jahre 1901 einen Kongreß für sämtliche in Gaswerken beschäftigte Personen einzuberufen.

Wir bringen hiermit unsren erhaltenen Auftrag zur Ausführung und rufen den

ersten deutschen Gasfabrikarbeiter-Kongreß zum Oktober 1901 nach Frankfurt a. M. ein.

Die provisorische Tagesordnung desselben lautet:

1. Arbeitszeit und Arbeitsleistung der Betriebsarbeiter der Gaswerke.
2. Die Lohnfrage der Betriebsarbeiter.
3. Gesundheitliche Fürsorge für die Betriebsarbeiter.
4. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hofarbeiter.
5. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Handwerker, Installateure 2c.
6. Die Lohn-, Dienst- und Ruheverhältnisse der Laternenwärter.

Der nähere Zeitpunkt der Tagung 2c. wird später bekannt gegeben werden.

Da die Kosten des Kongresses (Fahr-, Zehrgelder usw.) nach den Beschlüssen der oben genannten Generalversammlung durch freiwillige Sammlungen in den interessierten Kreisen aufzubringen sind, so werden wir demnächst die notwendigen Sammellisten herausgeben.

Wir ersuchen nun die allerorts in Gaswerken thätigen Personen, sich baldigst darüber in Versammlungen zu entscheiden, ob sie sich an dem Kongreß beteiligen wollen, welches wir in angesichts der wichtigen Verhandlungspunkte des Kongresses für selbstverständlich halten. Die Beschlüsse der betreffenden Versammlungen sind dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Der Vorstand des Verbands
der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
J. A.: Br. Boersch, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 25.

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

**Eine große Protestbewegung der Bäckergesellen** gegen die bevorstehende Abänderung der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 und Ersetzung des 12stündigen Maximalarbeitstags durch eine 10stündige Minimalruhezeit, unter Fortfall der Kontrolle durch die sogenannte Kalendertafel, ist, wie eine Berliner Lokalkorrespondenz zu melden weiß, in Vorbereitung. In Berlin findet bereits in den nächsten Tagen eine Massen-Protest-Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr, Mitglied der Reichskommission für Arbeiterstatistik, das Referat übernommen hat.

**Die Aussperrung der Metallarbeiter** auf der Seebeckschen Werft in Bremerhaven liefert einen klassischen Beweis kapitalistischer Frivolität. Es stellt sich nämlich jetzt heraus, daß der Konflikt von der Firma nur deshalb provoziert wurde, weil sie von den Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden entbunden sein wollte. Es waren mehr Bestellungen angenommen, als die Firma liefern konnte; in den Lieferungsverträgen waren der Firma für den Fall der Nichtinnehaltung desselben hohe Konventionalstrafen auferlegt, gegen Streiks jedoch hatte sich die Firma durch die Streiklausel versichert. Es war also für die Firma das einfachste Mittel, den Ausstand zu provozieren. Die Arbeiter ließen sich nicht zum Streik hinreißen, daher wurde schließlich der nichtigste Vorwand gewählt, um die Arbeiter auszusperren. Jetzt ist die Firma von den Lieferungsverträgen entbunden und möchte nun gern die Arbeit wieder beginnen. Sie bemüht sich, aus allen Städten Arbeitswillige zusammen zu holen; bis jetzt hat sie nur geringen Erfolg gehabt, die meisten der Angeworbenen gehen bald wieder ihrer Wege.

**Sämtliche Rohrleger, Gas- und Wasser-Arbeiter in Wiedenbrück** (Westfalen) haben wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. Die Gesellschaft ist bemüht, in Berlin Arbeiter anzuwerben. Man halte den Zuzug fern.

**In Wahrung berechtigter Interessen.** Der Schiffseigentümer Krüger in Wittenberg hatte im öffentlichen Lokal den Hafenarbeiter Decker aus Magdeburg aufs schwerste beleidigt. Decker hatte am Tage vorher in demselben Lokal in einer Versammlung der Bootsleute gesprochen und diese „aufgehetzt“, daher der Groll des Unternehmers. Der Beleidigte stellte Strafantrag und erzielte auch eine Bestrafung. Das Gericht erachtete Beleidigung für vorliegend, billigte aber dem Beklagten mildernde Umstände zu, da er in „Wahrung berechtigter Interessen“ gehandelt habe; Krüger wurde zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. — Wir sind mit der milden Auffassung des Gerichts über Beleidigungen, die in der Hitze des Gefechts, zwischen Leuten mit gegensätzlichen Interessen, fallen, durchaus einverstanden. Wer vermöchte aber auch nur einen Fall anzuführen, wo Arbeiter, die in berechtigtem Zorn in der Wahl ihrer Worte gegenüber einem profitwütigen, herzlosen Unternehmer zu weit gegangen sind, solch milde Richter gefunden hätten.

**In eine Protestbewegung** sind die Arbeiter im Herzogtum Sachsen-Altenburg eingetreten, weil die Staatsregierung ein Verfahren gegen die Gewerkschaften anwendet, das darauf hinausläuft, die Arbeiterorganisationen lahmzulegen. In dem Umstande, daß die einzelnen Gewerkschaften die „Weber“ von Gerhart Hauptmann recitiert, daß Vorträge gehalten wurden über die Entstehung der Leibeigenschaft in Deutschland, hat das Altenburger Landgericht eine politische Bethätigung erblickt. Auf diesem Urteil fußend, sind bereits zwei Gewerkschaften als politische Vereine erklärt worden, und das Ministerium hat in der Begründung gesagt, daß die Gewerkschaften nur über Lohn- und Arbeitsbedingungen, die einen bestimmten Arbeitgeber betreffen, verhandeln dürfen. Sobald sie über ein Eingreifen der Gesetzgebung verhandeln, betreten sie das Gebiet der Politik. Die Arbeiterschaft will sich eine derartige Verkümmerung der Koalitionsfreiheit nicht gefallen lassen, weshalb in diesen Tagen allenthalben Protestversammlungen abgehalten werden. Die erste Protestversammlung, die am Donnerstag in Altenburg stattfand, wurde nach dem Referat des Genossen Stücklen polizeilich aufgelöst. Dieser Anfang ist ja vielversprechend.

**Gegen den Porzellanarbeiter-Verband.** Wir teilten kürzlich mit, daß die Porzellanfabrik von W. Heene in Gräfenroda i. Th. allen Arbeitern, die dem Verbande angehören, gekündigt habe; zehn Mann sind bereits entlassen. Es scheint sich hier um einen sorgfältig vorbereiteten Kampf gegen die Organisation zu handeln; das geht deutlich aus nachstehendem Inserat des „Gerathal-Boten“ hervor:

Die endesunterzeichneten Thonwaren-Fabrikanten erklären hiermit, daß sie dem Vorgehen der Firma W. Heene folgend, überein gekommen sind, von heute an keine Leute mehr zu beschäftigen, die dem „Berliner Verbande“ angehören.

Gräfenroda, den 25. Januar 1901.

Louis Romeiß. C. W. Aug. Schmidt.
A. F. C. Heißner. Eckardt u. Mentz. Ch. C. Heyer.

Das ist eine förmliche Kriegserklärung und wird es wohl zu harten Kämpfen zwischen den beiden Parteien kommen. Die Abhaltung des Zuzugs ist vor allem notwendig.

### Ausland.

**Die Angestellten der Pariser Stadtbahn** haben die Arbeit eingestellt. Sie haben folgende Forderungen aufgestellt: Feste Anstellung für das gesamte Personal; Festanstellung aller Neueintretenden nach sechsmonatiger Dienstzeit; Erhöhung der Gehälter; strikte Innehaltung der vereinbarten Arbeitszeit; eine 10prozentige Extra-Entschädigung (nach dem Gehalt bemessen) während der Dauer der Weltausstellung. Die Angestellten haben einen Verband gegründet; da die Direktion nicht unterhandelte, stellten sie die Arbeit ein; der Verkehr ruht vollkommen.

**Nach Monceau les Mines,** wo, wie bereits mitgeteilt, etwa 10 000 Bergleute streiken, hat die Regierung gegen 3000 Mann Soldaten entsandt. Das Kommando hatte sie dem Hauptmann Michelin anvertraut, demselben, der bei dem Aufstand in Chalon die Füsilade angeordnet hatte. Dem heftigen Protest der socialistischen Blätter Rechnung tragend, hat die Militärbehörde diesen berüchtigten Massakreur abberufen und durch einen andren Offizier ersetzen lassen.

## Versammlungen.

**Die städtischen Laternenwärter** waren am Montag zahlreich im Englischen Garten versammelt. Sie besprachen zunächst die Ablehnung ihres Gesuchs um Beschaffung von Unterkunftsräumen, in denen sich die Laternenwärter, die jetzt vor Beginn des Dienstes auf der Straße antreten müssen, zusammenfinden und vor den Unbilden der Witterung schützen können. Wie in der Versammlung gesagt wurde, sind in verschiedenen Bezirken derartige Räume beschafft worden; also könne man annehmen, daß dies auch für alle Bezirke möglich sei. Notwendig seien die Unterkunftsräume, denn die Laternenwärter müßten auf den Sammelplätzen oft 35 bis 40 Minuten warten, ohne den geringsten Schutz vor Regen, Wind 2c. zu haben. Im Interesse der Gesundheit müsse man an der Forderung festhalten. Es wurde hervorgehoben, daß beispielsweise die Stadt Leipzig für ihre Laternenwärter Unterkunftsräume eingerichtet habe, in denen sogar Ruhebetten vorhanden sind. Was andre Städte in dieser Hinsicht leisten, das sollte doch in Berlin auch durchgeführt werden können. — Die Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, nochmals bei der Verwaltung wegen Beschaffung von Unterkunftsräumen für alle Laternenwärter vorstellig zu werden.

Auf eine Petition an die Stadtverordneten-Versammlung um allgemeine Lohnaufbesserung haben die Petenten die Antwort erhalten, daß ihr Gesuch nicht im Plenum erörtert werden könne, weil sie den Instanzenweg nicht innegehalten haben. — In der Besprechung, die sich an die Mitteilung dieses Bescheides knüpfte, wurde betont, daß der jetzige Lohn von 60—75 M. pro Monat keine ausreichende Bezahlung für die Arbeit des Laternenwärters sei, da dieselbe täglich 7—8 Stunden in Anspruch nimmt und eine andre Berufsarbeit daneben nicht mehr geleistet werden könne. Es wurde auf andre Städte verwiesen, wo die Laternenwärter besser gestellt sind wie in Berlin. So erhalten sie in Hamburg einen Wochenlohn von 21 M. und haben die Möglichkeit, nach fünfzehnjähriger Dienstzeit 300—400 M. Pension zu bekommen. In Altona giebt es im ersten Jahr 18 M., im zweiten Jahr 19 M., im dritten Jahr 21 M. Wochenlohn. — Die Berliner Laternenwärter glauben nichts Unbilliges zu verlangen, wenn sie fordern, daß ihre Beschäftigung nicht als Nebenarbeit angesehen wird, sondern daß man sie als ständige städtische Arbeiter betrachte und demgemäß bezahle. — Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, nunmehr bei der Verwaltung der Gaswerke wegen der geforderten Lohnaufbesserung vorstellig zu werden.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** ersucht uns, an dem Versammlungsbericht vom gestrigen Tage richtig zu stellen, daß die Sammelkarten zum öffentlichen Streikfonds nicht im Gewerkschaftshause, sondern Grenadierstr. 33 bei Schulz ausgegeben werden.

**In dem Bericht der „Freien Volksbühne“** in unsrer Dienstag-Nummer erklärt uns Herr P. M. Grempe, daß er zu der Zeit, als er den fraglichen Antrag stellte, selbstverständlich Mitglied gewesen sei. Dies hätte auch dem Fragesteller Schurig bekannt sein müssen.

**Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter** hielten am 17. ds. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung bei Fiebig ab. Der Kollege Pankow erstattete Bericht über die Verhandlungen beim Einigungsamt und wurde folgende Resolution angenommen: „Da die Verhandlungen vor dem Einigungsamt am 16. Januar cr. zu einem Vergleich der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geführt haben, erklären die Maschinenarbeiter, die Einigungsbeschlüsse des Einigungsamts anzunehmen und den Beschluß vom 20. Dezember 1900 außer Kraft zu setzen.“ Sodann wurde ein Antrag angenommen, Kollegen, welche wegen Verweigerung der Unterschrift entlassen werden, so lange zu unterstützen, bis dieselben wieder in Arbeit sind.

Die Abrechnung ergab an Einnahme im 4. Quartal 6433,10 M., an Ausgaben 2281,40 M. Es erfolgte dann Bericht des Vorstands und der Kommissionen. Aus den nun vorgenommenen Wahlen gingen hervor: Als 1. Vorsitzender L. Hofmann, als 2. Vorsitzender W. Piehl; als 1. Schriftführer A. Gober, als 2. Schriftführer Sauer; als 1. Kassierer F. Koch und als 2. Kassierer G. Kühn. In die Rechtsschutzkommission werden Henke, Frank und Fr. Hinz, in die Arbeitsnachweis-Kommission Komponino, Lange und Kutzner, als Bibliothekar Reese gewählt. Es wurde ferner beschlossen, in der nächsten Generalversammlung Stellung zu der Achtzehner-Kommission zu nehmen.

**Eine öffentliche Versammlung der Hausdiener und Packer** fand am 2. ds. Mts. in den „Arminhallen“ statt. Regierungs-Baumeister Keßler sprach über die Frage der Lokal- und Centralorganisation und empfahl die erstere. In der Diskussion traten ihm mehrere Redner entgegen, die sich für die Centralisation aussprachen. Zu einem Beschluß kam es nicht, da der Vorsitzende die Versammlung vorzeitig schloß.

**Die Kartonarbeiter und Arbeiterinnen** hatten am Montag eine sehr gut besuchte Versammlung in der Belfortstraße. Paul Jahn hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krisen“. Von einigen Rednern wurde in der Diskussion bemerkt, daß sich gegenwärtig in der Kartonbranche ebenfalls ein Rückgang zeigt, was bereits zu Lohndrückereien benützt wird. Sonstige Mißstände, wie Ueberzeitarbeit bei ungenügender Bezahlung, unwürdige Behandlung der Arbeiterinnen 2c. in einzelnen Betrieben, wurden von einigen Rednern ebenfalls besprochen und scharf gerügt. Wie Haberstroh mitteilte, ist bei der Firma Rosenhain u. Kaufmann, durch Vermittelung der organisierten Vertrauenspersonen, nicht nur der Neunstundentag eingeführt, sondern auch die entsprechende Bezahlung der Ueberstunden erlangt worden. Um Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche aufzurütteln und dem „Deutschen Buchbinderverband“ anzugliedern, sollen in nächster Zeit weitere Versammlungen stattfinden.

**Die Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker** hielt am Dienstag, den 22. d. M., ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach der Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder und dem Bericht des Kassierers wurde der Versammlung unterbreitet, daß der Verein Lese- und Diskutierklub „Süd-Ost“ bei einem Vergnügen im Gewerkschaftshause unorganisierte Musiker (Lehrlingskapelle des Musikleiters der Jugendwehr Martin Lehmann, Treptow) beschäftigt hat, was von der Versammlung mit Mißfallen entgegengenommen wurde, da der betreffende Verein nie Beschwerde geführt hat betreffs der Musik und trotz Aufforderung unsrerseits keine Erklärung erfolgt ist. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

**Die Berliner Modell- und Fabriktischler** hielten am 23. Januar im Weddingpark ihre erste diesjährige Branchen-Versammlung ab. Dr. R. Steiner hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Der Ursprung des Menschen“. Leider läßt das gewerkschaftliche Interesse der Modelltischler noch sehr viel zu wünschen übrig. Bedauerliche Folgen solcher Interesselosigkeit zeigen sich besonders darin, daß trotz gegenwärtig herrschenden schlechten Geschäftsgangs in verschiedenen Betrieben fortgesetzt Ueberstunden gearbeitet werden. Die Werkstatt-Kontrollkommission erklärte einem gemachten Vorwurf gegenüber, daß es bei dem bisherigen indifferenten Verhalten vieler Kollegen in einer großen Zahl von Fällen geradezu unmöglich gewesen sei, gegen diese Unsitte einzuschreiten.

**Lichtenberg.** In vier gutbesuchten Versammlungen, welche in den einzelnen Bezirken am Montag, den 21. Januar, in Wilhelmsberg bei Trinkaus, am Dienstag, den 22. Januar, bei Schulz, Prinzenallee, am Mittwoch, den 23. Januar, im Deutschen Reichs-Garten, am Donnerstag, den 24. Januar, im Kronprinzen-Garten hierselbst tagten, nahmen die Wähler zur bevorstehenden Gemeindewahl Stellung. Nach den einleitenden Referaten der Genossen Wilke und Litfin entwickelten die aufgestellten Kandidaten ihr Kommunal-Programm. Die Genossen Grauer, Welk, Kette und Wedemeyer geißelten eingehend die hiesigen Verhältnisse und das Verhalten der bürgerlichen Parteien unsres Ortes, welches es den Wählern zur Pflicht mache, den Ring der Hausbesitzer zu durchbrechen und den Kandidaten der Socialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Aufgestellt sind seitens des socialdemokratischen Wahlkomitees im 1. Bezirk: Schankwirt Oswald Grauer und Barbier Bernhard Weißflug; im 2. Bezirk: Bildhauer Paul Kette und Kürschner Franz Wedemeyer; im 3. Bezirk Gastwirt Zimmermann und Weber Treue; im 4. Bezirk Maurer Franke und Spediteur Carl Welk. Durch Annahme einer Resolution erklärten sich die Versammelten mit den Ausführungen der Redner einverstanden und versprachen, mit allen Kräften für die Wahl der aufgestellten Kandidaten zu wirken. Die bisherigen bürgerlichen Vertreter glänzten trotz Einladung durch Abwesenheit. Die bei Schulz abgehaltene Versammlung verfiel dadurch der polizeilichen Auflösung, weil für das betreffende Lokal Polizeistunde eingetreten war.

**Weißensee.** Die Möbelpolierer hielten am Sonnabend, den 19. d. M., ihre Monatsversammlung ab. Es wurden als Bevollmächtigter W. Wischner, als Kassierer E. Müller, als Schriftführer W. Buchholz; in die Kontrollkommission G. Wall, H. Wischner und K. Schneider gewählt. Bibliothekar und Delegierter blieben Görsch und Faber. Sodann hielt der Genosse Caro einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Naturheilkunde“.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Französische Deputiertenkammer.

**Paris,** 29. Januar. (W. T. B.) Die Beratung des Vereinsgesetzes wird fortgesetzt. Abbé Lemire tritt für einen Gegenentwurf ein, der dem von Goblet im Jahre 1886 vorgelegten gleicht. Lemire erklärt, der Regierungsentwurf widerspreche den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit und dem bürgerlichen Recht. Der Gegenentwurf wird, nachdem der Berichterstatter sich gegen ihn ausgesprochen, mit 411 gegen 85 Stimmen abgelehnt.

### Das Hochwasser.

**Köln,** 29. Januar. (W. T. B.) Wegen Hochwassers wurden, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, die Saarwehren von Ensdorf bis Güdingen niedergelegt. Der Wasserstand in Saarlouis beträgt 2,9 Meter.

**Stuttgart,** 29. Januar. (W. T. B.) Die **Kammer** schloß heute die Generaldebatte über den Etat. Freiherr v. Woellwarth gab im Namen von zwölf Vertretern der Ritterschaft die Erklärung ab, sie seien geneigt in Verhandlungen über eine **Verfassungsreform** einzutreten, doch dürfe der Ersatz für die Privilegierten nicht auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erfolgen. Der Ministerpräsident forderte alle Parteien auf, ihre guten Absichten in die That umzusetzen und die zur Erreichung des angestrebten Ziels erforderlichen Opfer zu bringen.

**Innsbruck,** 29. Januar. (W. H.) Hier traten neuerdings 14 Professoren zum Protestantismus über, darunter der Neffe des Budweiser Bischofs Rzika.

Verantwortl. Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Badina in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

# Reichstag.

86. Sitzung vom Dienstag, den 29. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die **zweite Beratung** des Etats des **Reichsamts des Innern** wird **fortgesetzt** (Titel Staatssekretär).

Abg. Fürst **Bismarck** (wildkons.):

Ich teile durchaus die Ansicht der „Freisinnigen Zeitung", daß eine Art der Debatte, wie sie hier seit über acht Tagen geführt wird, indem die verschiedenartigsten Themata angeschnitten worden sind, nicht angebracht ist, bin aber gezwungen, noch mit kurzen Worten auf die Kritik meiner neulichen Rede einzugehen. Neues kann ja in der Zolldebatte überhaupt nicht gesagt werden, es kann hier nur immer wiederholt werden, was bedeutend besser 1879 und 1885 gesagt worden ist. Ob die Entscheidung über die Getreidezölle heute oder über ein Jahr erfolgt, das Stimmenverhältnis wird sich nicht im geringsten verschieben.

Ich wende mich zunächst zu Herrn v. Siemens, der wie ich dankbar anerkenne, in durchaus weltmännischen Formen gegen mich polemisiert hat. Wenn meine Ausführungen sich mit denen des früheren Reichskanzlers Bismarck decken, so kann das für mich doch kein Vorwurf sein, ich rechne mir diese Thatsache im Gegenteil zur höchsten Ehre an. (Bravo! rechts.) Wenn der Freihandel recht hätte, mußte er doch auch werbende Kraft haben. Die Tendenz des Schutzzolls hat aber heute bei fast allen Regierungen die Oberhand, ich erinnere nur an Rußland und Amerika. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hätte gar nicht stattfinden können, wenn man die Dinge 1879 hätte laufen lassen, wie sie waren. — Was die Anbaufähigkeit von Getreide in Deutschland betrifft, so sind noch über 2 Millionen Hektar unbebaut und außerdem können durch erhöhte Intensität der Bebauung noch Millionen von Kilogramm Getreide mehr produziert werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr v. Siemens meinte, wir würden die sogenannte Landflucht durch die Erhöhung der Getreidezölle noch vermehren, so verweise ich ihn auf England, wo keine Getreidezölle bestehen und die Landflucht weit mehr grassiert als bei uns. Lord Rosebery hat das Bestehen dieser Landflucht in England mit ihren traurigen Folgen für die Volksgesundheit ausdrücklich konstatiert.

Weiter soll die Landwirtschaft die Viehhaltung vernachlässigen. Herr v. Siemens hat da wohl ganz die Schafzucht vergessen, die in bedeutendem Umfange auf den großen Gütern stattfindet. Wenn übrigens die Herren der Linken so für Viehzucht sind, müßten sie doch auch für den Schutz des Viehs zum Beispiel gegen die Maul- und Klauenseuche sein. (Sehr richtig! rechts.) Zur Viehhaltung gehört doch auch Stroh, und wenn wir kein Getreide mehr bauen, woher bekommen wir dann die nötige Streu. (Sehr richtig! rechts.) Die Herren auf der Linken haben nicht das geringste Recht, sich immer allein als Vertreter des Volks hinzustellen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man meint, die Socialdemokratie werde allein durch die Getreidezölle gefördert, so verweise ich darauf, daß es eine Socialdemokratie lange vor dem Bestehen der Getreidezölle gegeben hat. — Das so häufig gebrauchte Schlagwort „Brotwucher" ist ganz unangebracht. Die Großgrundbesitzer sind doch keine Bäcker! (Sehr richtig! rechts, Lachen links!)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.):

Die Debatte über die Getreidezölle ist von der Rechten provoziert. (Widerspruch rechts.) Das zwingt uns, auch unsrerseits zu antworten. Wir sind außerdem auf dem Wege zu den neuen Verträgen auf einem Stadium angelangt, wo wichtige Entscheidungen fallen. Es ist ja kein Zufall, daß die Debatten im preußischen Abgeordnetenhause und hier über dasselbe Thema gleichzeitig stattfinden. Das immer erneute Drängen nach bestimmten und beschleunigten Erklärungen der Regierung und Ihre Drohungen machen viel mehr den Eindruck der Schwäche. (Sehr richtig! links.) Die Handelsverträge müssen ja unbedingt erneuert werden, und das Odium dieses verhindert zu haben, darf keine Partei auf sich nehmen. An dieser Klippe werden Ihre Pläne vielleicht noch scheitern.

Wir werden den Kampf gegen die Getreidezölle mit allen Kräften führen. Unterstützt werden wir dabei von den hervorragendsten Vertretern gerade der modernsten Wissenschaft. Herr Singer warf uns schwächliche Haltung vor. Demgegenüber erinnere ich ihn an die Haltung seiner eignen Partei. Der Herr Abg. Schippel hat in den „Socialistischen Monatsheften" mit besonderem Eifer eine Beweisführung versucht, die alles weniger ist als ein Sporn zur Abwehrthätigkeit gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Es finden sich dort Sätze wie folgt: „So lange die Lohnarbeit weiter in Kraft besteht, liegt die aktive Teilnahme an der handelspolitischen Bewegung keinem so fern, wie gerade der Arbeiterklasse. . . . Und warum soll sich gerade der Arbeiter dazu hergeben, in den ersten Reihen für den Konsumentenstandpunkt zu fechten." Und zum Schluß heißt es: „In der Praxis hat von der Arbeiterbewegung der reine Konsumentenstandpunkt, wie man ihn von der bürgerlichen Linken Norddeutschlands unbesehen übernommen hatte, streng niemals festgehalten werden können." Ich weiß ja, daß auf dem Stuttgarter Parteitag eine, mit der Unterschrift der Herren Singer, Bebel, des verstorbenen Liebknecht und v. Vollmar versehene ganz andre Resolution angenommen worden ist, die erklärt, daß die Schutzzoll-Politik unvereinbar ist mit den Interessen des Proletariats. Aber solche Aeußerung des Herrn Schippel legt sich doch wie ein Mehltau auf jede Blüte einer kräftigen Volksbewegung. Ich hoffe, daß nunmehr die elementare Bewegung, von der Herr Singer gestern sprach, entfesselt werden wird. Es ist jedenfalls die höchste Zeit dazu. Es ist bedauerlich, daß sich ein großer Teil der nationalliberalen Partei für die höheren Getreidezölle erklärt, während die übrigen Parteien der Linken sich doch durchaus ablehnend verhalten. — Herr Dr. Arendt sagte gestern, es sei ganz undenkbar, daß die Handelsverträge so wie sie damals abgeschlossen seien, auch nur in ihren Grundzügen erneuert werden könnten. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte das gar nicht für so undenkbar. Die Handelsverträge haben sich durchaus bewährt für die gesamte Entwicklung des Vaterlandes. Die deutsche Ausfuhr hat doch einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen, einen Aufschwung, der Ihnen die Beweislast zuschiebt, wenn Sie das System ändern wollen. Die Ausfuhr ist doch ein notwendiges Ventil gegen die Nachteile der Ueberproduktion. Ist dies Ventil nicht vorhanden, so muß die Ueberproduktion notwendig einen Preisdruck hervorrufen. Und warum sprechen Sie so despektierlich von den Handelsverträgen, die viele Ihrer Freunde mitgemacht haben? Für die Herren v. Levetzow, Manteuffel ist es eine Ehre, bei den Handelsverträgen mitgewirkt zu haben. Sie klagen immer über die Not der Landwirtschaft. Prof. Conrad — Sie sehen auch die moderne Nationalökonomie steht auf unsrer Seite — sagt: „Die Lage wird wirklich pessimistischer aufgefaßt, als sie ist". Gegen die zunehmende Verschuldung helfen Ihnen keine Getreidezölle, daß einzige Mittel dagegen ist die innere Kolonisation, Ersetzung der verschuldeten Großgrundbesitzer durch kleine Bauern. Uebrigens hat der Bericht des Landwirtschaftsrats selbst feststellen müssen, daß die Getreideernte im Jahre 1899 als „im ganzen gut" zu bezeichnen ist. (Hört! hört! links.) — Was die Wirkung der Kornzölle anlangt, so behauptet man immer wieder, daß das Ausland den Zoll trägt. Professor Conrad wieder ist es, der einwandsfrei ermittelt hat, daß der Zoll im wesentlichen von dem Inland getragen wird. Gegenüber der Behauptung, die deutsche Landwirtschaft sei im stande, den einheimischen Bedarf zu decken, verweise ich nochmals darauf, daß die Bevölkerung in bedeutend höherem Maße wächst als die Möglichkeit einer Ausdehnung der Anbaufläche für Getreide. — Wer trägt denn in Wirklichkeit den Nutzen von einer Erhöhung der Getreidezölle davon? Unbestreitbar ist, daß nur der am Kornzoll verdient, der mehr Getreide baut als er verbraucht. Die Enquete des Bauernvereins Nordost hat aber ergeben, daß der Kleinbesitz von 5 bis 20 Hektar kein Getreide verkauft, sondern noch zu Futterzwecken zukaufen muß. Dieser kann also keinen Nutzen von Kornzöllen haben. (Sehr richtig! links.)

Wenn Sie also etwas für die kleinen Landwirte thun wollen — Sie werden dieselben ja nächste Woche wieder um sich versammeln — so sorgen Sie für besseres Wahlrecht, für bessere Wege, die Getreidezölle haben für die Bauern keinen Wert. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Oertel** (k.):

Ich will dem Herrn Abg. Dr. Pachnicke auf den verschlungenen Pfaden seiner docierenden Rhetorik nicht folgen. Von unsrer Seite ist diese Agrardebatte nicht begonnen worden. Ich beschränke mich auf eine kurze Erwiderung. Nicht wir tragen die Erregung in die Landbevölkerung; wir müssen sie im Gegenteil eindämmen. Herr Dr. Pachnicke hat die kleine Drohung ausgesprochen, daß der neue Zolltarif mit derselben Gründlichkeit durchberaten werden würde, wie die Kanalvorlage. Gegen diese Verquickung, die ein männlicher oder weiblicher Rindviehhandel herbeisehnt, wenden wir uns mit aller Energie. Zur gründlichen Beratung des Zolltarifs gehört, daß er uns bald vorgelegt wird. Kommt er erst im November, dann dürfte es dafür zu spät sein. Die entscheidenden Interessentengruppen stehen auf unsrer Seite. **Die Wissenschaft darf nicht das ausschlaggebende Wort haben.** Ein Professor kann kein Urteil über die Notlage der Landwirtschaft haben. (Bravo! rechts). Wir wissen am besten, wo uns der Schuh drückt. (Bravo! rechts). Uebrigens sind nicht alle Männer der Wissenschaft auf Ihrer Seite, ich nenne nur die Professoren Oldenberg und v. Rümpler. **Auf Ihrer Seite ist nur der ganze Kathedersocialismus, der immer den Interessen der deutschen Arbeit entgegen gewesen ist.** (Bravo! rechts.) Redner verteidigt dann die Bismarcksche Schutzzoll-Politik mit dem Hinweis darauf, daß unter ihrer Wirkung die passive Handels-Unterbilanz, die vorher eine Milliarde betrug, vollständig verschwunden ist. Wenn das Ausland nicht den Zoll trüge, könnten ihm unsre Zollsätze ja höchst gleichgültig sein. Sie behaupten ja immer, daß hohe Kornzölle den Abschluß von Handelsverträgen verhinderten. In zwölf Jahren wird die deutsche Landwirtschaft, wenn sie wirksam geschützt wird, in der Lage sein, den heimischen Bedarf an Brotfrucht zu decken. Die landwirtschaftlichen Kenntnisse des Abgeordneten Dr. Pachnicke schätzt auch die „Freisinnige Zeitung" nicht sehr hoch ein. Sie wissen doch, wie Sie dieses Blatt nennt? (Abg. Dr. **Pachnicke:** Nein!) Es nennt Sie den Wirklichen Geheimen Oberbauern. (Große Heiterkeit.) In unsren Reihen stehen viel mehr Landwirte, als bei Ihnen. (Abg. **Fischbeck:** Aber keine Bauern!) In Sachsen war der kleine Bauer vor einem Menschenalter noch freisinnig. Jetzt kann der letzte freisinnige Bauer in Sachsen nur noch im Glaskasten im Raritätenkabinett gesehen werden. (Große Heiterkeit rechts. Abg. **Fischbeck:** Pommern!) Nun, es giebt Provinzen, in denen sich die politische Bildung schwerer durchringt als in andern. (Lebhafte Zustimmung links! Ruf: Sehr gut!) Ich hoffe, daß auch Pommern dem Beispiel Sachsens folgen wird und bald kein Mitglied für den „Nordost" mehr stellen wird. Redner fordert die Abgeordneten Dr. Pachnicke und Fischbeck auf, mit ihm vor sächsischen Bauern über die Getreidezölle zu debattieren. Ich garantiere freies Geleit und verhältnismäßig gute Bauernverpflegung. Zu einem Heerbann gegen die Brotwucherer haben sich also die Socialdemokratie, Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung zusammengethan. Mit der Einigkeit sieht es recht windig aus. (Heiterkeit rechts.) Die „Freisinnige Zeitung" nennt den Verein, der unter der Leitung des Dr. v. Siemens steht, immer nur den Kommerzienratsverein und flickt ihm etwas am Zeug, wo sie nur kann. Ich sage: sehr richtig, und freue mich darüber. Die Freisinnige Vereinigung wieder klagt über die Socialdemokratie, daß sie als stärkste Partei nicht energisch genug den Kampf aufnehme. Die Socialdemokratie wieder schiebt die ganze Schuld auf die freisinnige Vereinigung, die viel zu sehr zur großen reaktionären Masse gehöre. Diese häuslichen Auseinandersetzungen gehen uns ja nichts an, aber ergötzlich sind sie doch. (Große Heiterkeit rechts.) Fürchten Sie sich nicht. (Zur Linken.) Die Socialdemokratie wird Ihnen schon helfen, Sie brauchten sie gar nicht so demütig anzubetteln, wie Sie es gethan haben. (Widerspruch links.) Die Socialdemokratie gehorcht noch immer Karl Marx, der erklärt hat, daß Freihandel die sociale Revolution fördere. Darum ist sie für den Freihandel. Hat nicht auch auf dem Berliner Parteitag ein Herr Fischer, ich glaube, es ist der jetzige Abg. Fischer, gesagt: „Die besitzenden Bauern können wir nicht haben, sie müssen erst bankrott werden; dann kann der Zukunftsstaat kommen"? (Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Ich gebe zu, daß der „Vorwärts" in der **Konsumvereinssache** schon einigemale Stellung genommen hat. Wenn man seine Tonart sonst kennt, so kann man sagen, das war kein Rüffeln der Leute, sondern nur ein leises Säuseln. Aber fahren Sie nur so fort, je stärker Sie die Konsumvereinsleiter rüffeln, um so mehr Freude macht es mir. (Heiterkeit rechts!) Der Abg. Singer hat darauf hingewiesen, daß auch wir Verfassungsänderungen wünschten und schon durchgesetzt hätten. Was die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts anlangt, so bin ich durchaus dagegegen. In meiner Partei kenne ich kaum einen, ich kann sagen keinen (Abg. **Singer:** Graf Mirbach), der für Abschaffung des Wahlrechts wäre. Gewiß waren wir für die Verlängerung der Legislaturperiode, einige sind auch bereit, für die Einführung von Tagegeldern mit Ihnen einzutreten. Man muß aber bei der Verfassung zwischen ihrer Grundlage und Ausputzbestimmungen unterscheiden. Die Grundlage der Verfassung ist die Monarchie. Wer sie untergräbt, steht außerhalb der Verfassung, und das kann mit sonstigen Verfassungsänderungen nicht in Parallele gebracht werden. (Bravo! rechts.)

Herr Singer hat zugegeben, daß die Artikel des **„Vorwärts" vom 18. Januar** tendenziös waren und nur die Schattenseiten hervorhoben. Er sagt aber, unsre Presse hätte nur die Lichtseiten gegeben, das sei auch tendenziös, und so gliche sich beides aus. Zunächst bestreite ich, daß unsre Presse die dunklen Punkte in der Geschichte der Hohenzollern ganz unerwähnt läßt. Es kommt aber auch darauf an, ob man derartige Reminiscenzen historisch erwähnt oder an einem Gedenktag geflissentlich zusammenträgt. Nehmen Sie mir einmal folgendes Beispiel nicht übel. Gesetzt, der „Große Kladderadatsch", der immer weiter datiert worden ist, käme endlich. (Heiterkeit rechts.) Nach 100 Jahren würde sein Jubiläum gefeiert, und es bestände ein altes reaktionäres Blatt und das veröffentlichte einen Artikel, in dem alles zusammengestellt wäre: der Fall „Katzenstein" (Große Heiterkeit rechts.), die „Veruntreuung von Parteigeldern" (Widerspruch b. d. Socialdem.) [Rufe: Frhr. **v. Hammerstein**], der Fall „Schoenlank", die Geschichte von dem Wanzlebener Vertrauensmann, der wegen Mißhandlung seiner Frau 2 Jahre Gefängnis erhielt, die Aeußerung Auers in Hannover von dem „überflüssigen Gegacker der Rosa Luxemburg, die ein Windei gelegt habe" (Große Heiterkeit rechts), als auch die Aeußerung der Rosa Luxemburg über die Nullen, die bei Ihnen drüben sitzen. Wenn dies alte reaktionäre Blatt eine derartige Zusammenstellung brächte, was würde dann mit ihm geschehen? Es würde doch mindestens konfisciert werden! (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie noch im stande sind, unparteiisch zu urteilen, werden Sie sagen, daß ebenso, wie es ungerecht wäre, wenn eine derartige Zusammenstellung an einem Jubiläumstage von Ihnen gebracht war, es auch eine geschichtliche Unwahrheit von Ihnen ist, wenn Sie am 18. Januar eine derartige Zusammenstellung gebracht haben. Das Urteil über die Hohenzollern steht geschichtlich fest. Was sie für das Volk gethan haben, wird auf den Tafeln der Geschichte eingezeichnet bleiben, wenn Ihre Namen längst vergessen sind. Die Aeußerung Singers, daß uns die Religion Geschäft sei, war wohl nicht so böse gemeint. Mir ist sie auch nicht Privatsache, sondern Staatssache. Ich stehe noch auf dem Boden des christlichen Staats, den ich so ausgestalten möchte, daß die Lebensmächte und Heilswahrheiten des Christentums auf unsre ganze Staatsverwaltung übergingen. (Bravo! im Centrum und rechts.)

Abg. Dr. **Gerstenberger** (C.):

Für die kleinen Bauern sind die Getreidezölle gerade so eine Lebensfrage wie für die Großgrundbesitzer. Die ganze Bauernbewegung in Süddeutschland ist ja im wesentlichen eine Folge der letzten Handelsverträge. Und schließlich haben doch auch die 26 000 Großgrundbesitzer das gleiche Recht darauf, geschützt zu werden, wie zwei Dampfschiffahrts-Gesellschaften. (Sehr richtig! links und rechts.) Der Hauptsache nach sollen aber die Getreidezölle die mittleren und kleinen Bauern schützen. Sie (nach links) verwechseln immer landwirtschaftliche Betriebe und Bauern. Ein übergroßer Theil der sogenannten landwirtschaftlichen Betriebe gehören zur Industrie. Wer behauptet, daß die Bauern kein Getreide verkaufen, hat keinen blauen Dunst von der Bebauungsfolge. (Sehr richtig! im Centrum.) Sie sprechen auch immer nur von Weizen und Roggen, die kleinen Bauern sind aber vor allem auch beteiligt am Gerste- und Haferbau. Sind Sie bereit, hierauf einen Zoll zu gewähren? (Zuruf links.) Ja? Dann können wir uns vielleicht darin verständigen. Hier haben Sie keinen Nachteil für das Brot des kleinen Manns, also stimmen Sie mit uns für Hafer- und Gerstezoll. Heute leiden die Bauern gerade darunter, daß sie ihre Gerste nicht verkaufen können, wegen der Konkurrenz des Großhandels, der die Gerste billig vom Auslande einführt. Auch für Obstzoll und Weinzoll werden Sie (nach links) aber wohl schwerlich zu haben sein, darum müssen wir uns eben nach der andern Seite wenden, die uns die Getreidezölle gewähren wollen. (Sehr gut! im Centrum.) Natürlich haben nicht alle kleinen Betriebe den gleichen Nutzen, aber auch die kleinen industriellen Betriebe haben doch kein unmittelbares Interesse an dem Schutz der großen Exportindustrie. — Herr Singer verlangte gestern Auflösung des Reichstags und Appell an das Volk. Nun der letzte Wahlkampf ist bereits unter dem Zeichen der Getreidezölle ausgefochten worden, was wollen Sie noch einen Appell. Ihre Agitation bei den Arbeitern wird recht wenig Erfolg haben. (Abg. **Singer:** Abwarten!) Die Arbeiter kommen zum größten Teil aus der Landwirtschaft und kennen die Verhältnisse besser als irgend ein Agitator, der aus irgend einem Socialisten-Dorado wie Frankfurt 2c. kommt. — Von der Beseitigung der Getreidezölle hat nur der Großhandel den Vorteil. (Sehr richtig! im Centrum.) Dieser legt sich ja ganz natürlich auf die Produkte, bei denen das geringste Risiko und der größte Profit liegt. Die Parteien der Linken ziehen beide an demselben Strick, nur von verschiedenen Enden, und in der Mitte des Stricks steckt der Bauer in der Schlinge. (Heiterkeit und Bravo! im Centrum.) Hoffen wir, daß es ihm gelingt, seinen Kopf aus der Schlinge zu bringen, dann mögen Sie ruhig an dem Strick weiter ziehen. (Lachen links; Bravo! im Centrum.)

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.):

Fürst Bismarck meinte, die Zollpolitik von 1879 habe den wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt. Von diesem wirtschaftlichen Aufschwung war aber in den 80er Jahren noch nichts zu merken, er trat erst ein in den 90er Jahren nach Abschluß der Handelsverträge. (Sehr gut! links.) Wenn Sie also den wirtschaftlichen Aufschwung anerkennen, dann verfolgen Sie diese Politik der letzten Handelsverträge weiter. **Fürst Bismarck** sprach von dem **Schlagwort des Brotwuchers.** Er hat **jedenfalls vergessen, daß dies Wort von dem Kaiser stammt,** der sich dagegen verwahrt hat, einen schändlichen Brotwucher zu treiben. (Sehr gut! links.) — Fürst Bismarck meinte, wir möchten uns doch von den Bauern wählen lassen, wenn wir ihre Sympathien haben. Diese Aufforderung ist bezeichnend angesichts der Art und Weise, wie bekanntlich konservative Wahlen zu stande kommen. Ich würde mich schämen, auf eine Art und Weise in den Reichstag gekommen zu sein wie Fürst Bismarck, der schließlich doch nichts andres ist, als der Sohn seines Vaters. (Unruhe rechts; Beifall links.)

Abg. **Bebel** (Soc.):

Ich muß das Wort ergreifen, da ich im Laufe der Debatte wiederholt persönlich angegriffen worden bin, teils in ganz unqualifizierbarer Weise, das letztere speciell von dem Abgeordneten Stöcker. Der edle Herr hat die Dreistigkeit gehabt, hier zu erklären, daß der Tucker-Brief von mir erfunden worden sei! Wenn ein Abgeordneter hier eine Thatsache dem Hause mitteilt, wissend, daß er sie erfunden hat, so wäre dieser Abgeordnete ein erbärmlicher elender Kerl; indem ein solcher Vorwurf gegen einen Abgeordneten erhoben wird, ohne daß der Betreffende, der die Beschuldigung erhebt, auch nur im geringsten wagt, den Beweis dafür zu führen, so ist in gleicher Weise, der die Beschuldigung erhebt, ein infamer Kerl, denn ein Mensch von Ehre würde nicht so verfahren. (Unruhe rechts. Vicepräsident v. Frege sieht sich hilflos um und greift zur Glocke. Heiterkeit.) Als ich seiner Zeit den Tucker-Brief verlas, habe ich ihn selbstverständlich im besten Glauben mitgeteilt, in der Ueberzeugung, daß die Quelle, aus der er stamme, unzweifelhaft eine gute war. Ich habe damals mitgeteilt, daß der von mir im Wortlaut angezogene Brief in den Akten der Church Missionary Society enthalten sei und führte als Zeugen an die Herren Hamilton und Kenrick 2c. Ich nahm an, daß das „Auswärtige Amt", was ja damals durch den Mund des Herrn Kolonialdirektors erklärte, eine nochmalige Untersuchung der ganzen Affaire vornehmen zu wollen, auch meine Zeugen vernehmen würde. Ob das geschehen ist, habe ich bis heute nicht erfahren. Ich speciell habe persönlich Schritte in England gethan, um festzustellen, ob dieser Brief vorhanden sei. Tucker war damals schon gestorben und konnte nicht angegangen werden. (Abg. Dr. Arendt: Er ist angegangen!) Von mir nicht! Ich habe durch eine sehr einflußreiche Person konservativer Gesinnung, von der ich annehmen durfte, daß sie einen bedeutenden Einfluß bei jener Missionsgesellschaft habe, die Aufforderung dorthin richten lassen, man möge, wenn der Brief vorhanden sei, mir ihn abschriftlich mitteilen. Darauf haben die Testamentsvollstrecker erklärt, daß sie überhaupt nichts aus den Akten herausgeben könnten. Ich war also vollständig außer stande, noch irgend etwas in dieser Sache zu thun. Richtig ist ja, daß mein damaliger Brief in erster Linie Veranlassung war, daß das Kolonialamt die Disciplinar-Untersuchung gegen Peters wieder aufnahm. Aber das geschah nicht allein auf diesen Brief hin. Ein Beweis dafür ist eine damalige Erklärung des Abgeordneten Dr. Lieber, daß seine Darstellung des Falls von dem Ministerialdirektor als noch belastender für Peters aufgefaßt sei, als die meinige! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Herr Dr. Arendt hat gestern bestritten, daß die Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen mit Recht Zuchthausvorlage genannt werden könne. Als er dann den § 8 verlas, wird er seinen Irrtum wohl eingesehen haben. Dieser Paragraph verhängt schwere Zuchthausstrafen, wenn durch einen Streik oder eine Aussperrung eine Gefährdung der Sicherheit des Reichs und des Eigentums herbeigeführt würde. Die Vorlage, die schlimmer als das Socialistengesetz war, ist ja auch zurückzuführen auf jene Rede des Kaisers in Bielefeld (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), in der es hieß: Zuchthaus dem, der es wagt, einen Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten. Und dieser Aufforderung hat die Regierung im § 8 nachzukommen vermocht. Wäre er Gesetz geworden, Tausende von Arbeitern wären schon gepackt worden (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.), die streikenden Hafenarbeiteiter in Hamburg im letzten Sommer, über welche die Lüge verbreitet wurde, sie hätten gestreikt, um den Abgang der Schiffe nach China zu verhindern, streikende Kohlenarbeiter, Maschinen-, Eisenbahnarbeiter, Arbeiter der Staatswerkstätten, wenn sie etwa versucht hätten, durch einen Streik ihre Lage zu verbessern, sie alle wären unzweifelhaft ins Zuchthaus gewandert. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Die Herren Dr. Arendt und Dr. Oertel haben über die Stellung unsrer Parteipresse zum 18. Januar geklagt. Aber seien Sie doch aufrichtig, wenn Sie solche Vorwürfe erheben wollen. Was hat denn der „Vorwärts“ veröffentlicht? Zunächst nichts als die Urteile einiger Mitglieder des Hohenzollernhauses über den ersten preußischen König, die Urteile seiner Gemahlin, die Urteile Friedrichs des Großen 2c. Und zum Abdruck dieser Urteile wurde unsre Presse gereizt durch einen Byzantinismus, der die geschichtlichen Thatsachen so darstellt, als sei alles das Werk der Könige und das Volk hätte nichts damit zu thun. Gegenüber diesem **widerlichen Byzantinismus** (Bravo! b. d. Soc.) war es notwendig, grade das Urteil von Leuten über den König abzudrucken, die durch ihre verwandtschaftliche und sociale Stellung befähigt waren, sein Wesen zu beurteilen. Würden Sie in Ihrer Verherrlichung der Könige Maß halten, wir kämen viel seltener in die Lage, eine solche Kritik zu üben. Da Sie aber beständig übertreiben, mußten wir auch einmal die geschichtliche Wahrheit zu Wort kommen lassen. Neben den Urteilen von Mitgliedern des Hohenzollernhauses sind Urteile von bürgerlichen Geschichtsschreibern abgedruckt worden, die mit der Socialdemokratie nichts zu thun haben, aber Rückgrat genug hatten, der Wahrheit die Ehre zu geben, was man leider von den modernen Geschichtsschreibern nicht sagen kann.

Herr Dr. Oertel — der den Humor des Hauses schon zu wecken pflegt, wenn er sich erhebt (Große Heiterkeit links) — hat von einem Artikel zum Jubiläum des großen Kladderadatsches gesprochen, den eine Erbin der „Deutschen Tageszeitung“ (Heiterkeit bei den Socialdemokraten) dann etwa veröffentlichen würde. Ach, verehrter Herr Oertel, wenn ein Blatt so einfältig wäre, solche kleinen läppischen Dinge, wie sie sich in der letzten Zeit abgespielt haben, zu veröffentlichen, dann würde der Redacteur nicht ausgeschlossen, sondern ausgelacht werden von den Socialdemokraten (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten), die dann sicher an der Herrschaft sein werden.

Herr Dr. Oertel ist wieder auf die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen zurückgekommen. Wer in einem Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Abg. Gamp: Sehr richtig!) Sie (nach rechts) hätten doch am wenigsten Ursache, die Lage der Arbeiter zum Gegenstand der Diskussion zu machen, denn gerade der ostelbische Großgrundbesitzer bezahlt seine Arbeiter am schlechtesten und erbärmlichsten. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Soll ich Sie wieder an den Befehl des Präsidenten der Ansiedelungskommission erinnern, der darauf dringt, daß der **Durchschnittspreis von 40 Pfennigen** täglich ausreicht, um einen erwachsenen Arbeiter gut und ausreichend zu beköstigen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und dieser Herr wird den Osten Deutschlands doch wohl recht genau kennen. Die gesamten ostelbischen Arbeiter sind in der untersten Klasse der Invaliditäts- und Altersversicherung. Das zeigt, was für Löhne dort gezahlt werden. Fürst Bismarck hat gesagt, daß die Löhne, die vor 60, 70 Jahren 50 Pfennig betragen hätten, heute auf 1,70 M. gestiegen wären. Das ist gar kein Maßstab. Es kommt auf die Kaufkraft des Gelds an. Auch Sie haben vor 60, 70 Jahren ganz andre Preise gehabt. (Rufe rechts: Ja, höhere.) Nun auch das Produktenquantum ist entscheidend und Sie produzieren jetzt zwei-, dreimal so viel, als zu Anfang des Jahrhunderts.

Wenn Herr Fischbeck der freundlichen Einladung des Herrn Dr. Oertel nachkommt, dann rate ich ihm, nicht bloß vor den Bauern in dem Wahlkreis des Herrn Oertel zu sprechen, sondern auch vor den Arbeitern. Die Arbeiter dieses Wahlkreises werden erbärmlich bezahlt. Bei diesen Arbeitern sollte man sich einmal erkundigen, was sie zur Erhöhung der Getreidezölle sagen, und im neunten sächsischen Wahlkreise ist die Zahl der Arbeiter unendlich viel größer als die Zahl der Bauern. Auch Fürst Bismarck wird ja wissen, wieviel socialdemokratische Stimmen in seinem überwiegend agrarischen Wahlkreise abgegeben sind. Wir haben hier socialdemokratische Abgeordnete, die in überwiegend ländlichen Wahlkreisen gewählt sind. Wir haben in Württemberg bei den Landtagswahlen eine ganz überraschende Zunahme von Stimmen in den Kreisen der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter zu verzeichnen. Geben Sie uns nur erst die Freiheit der Agitation, dann werden Sie besonders in Ostelbien Ihr blaues Wunder erleben. Ich behaupte, daß gerade in Ostelbien die Arbeiter bei freier Agitation am leichtesten für uns gewonnen werden können, weil man ihnen gewaltige Vorteile bei kommunistischer Wirtschaftsweise in Aussicht stellen kann.

Es ist nun viel von der Notwendigkeit der Zollerhöhung geredet worden, Beweise dafür haben Sie aber nicht beigebracht. Gewiß ist es, daß der gesamte Kleinbauernstand ein einer erbärmlichen Lage sich befindet. Es ist selbstverständlich, daß diese Existenzen nicht mit den großen Betrieben konkurrieren können und dadurch in Notlage und Abhängigkeit geraten. Wir bestreiten nur, daß diesen Leuten grade mit den Getreidezöllen geholfen werden kann. Und andrerseits ist es zweifellos, daß für Sie, die die Getreidezölle in Anspruch nehmen, dieselben großen Vorteil bringen und gerade, weil sie Ihnen Vorteil bringen, vielen andren Schaden zufügen. Dabei ist **die Zahl derer, die Schaden haben, gewaltig größer, als derjenigen, die Vorteil haben.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Den Kleinbauern im Spessart z. B. könnte Herr Kollege Gerstenberger weit eher nützen durch ein gutes Wildschadengesetz. (Sehr richtig! links.)

Die Landwirtschaft ist durchaus rentabel, wenn das nötige Kapital vorhanden ist, um alle technischen Forschritte benutzen zu können, dann kann eine glänzende Rente herausgewirtschaftet werden und dann würden Sie auch im stande sein, den Getreidebedarf für eine größere Bevölkerung als die jetzige zu decken! (Hört! hört! rechts.) Das ist ja ganz selbstverständlich, dazu wären aber Millionen von Kapital nötig und außerdem sind die Klein-Bauernwirtschaften dazu nicht geeignet; das könnte nur durch genossenschaftliche Vereinigungen erreicht werden. Auf diesem Wege wollen wir Sie gern unterstützen. Wir sind **durchaus bereit, Sie zu expropriieren** und wollen Ihnen einen guten Kaufpreis zahlen. (Beifall links. Unruhe rechts.)

Thatsache ist, daß die Landwirtschaft sich gehoben hat, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte Butter, Eier, Milch sind gestiegen. Sie können auch nicht bestreiten, daß die Regierung in den letzten Jahren außerordentlich viel für die Landwirtschaft gethan hat, ich erinnere an die Unterstützung bei Schulbauten, Unterstützung des Genossenschaftswesens usw. Herr Gerstenberger behauptete, die kleinen Bauern hätten einen Vorteil von den Getreidezöllen. Fürst Hohenlohe aber, der doch gewiß in solchen Dingen sachverständig war, hat am 29. März 1895 erklärt, daß die Betriebe unter 5 Hektar kein Getreide verkaufen und daß diese die große Mehrzahl bilden. Dies stimmt ja auch mit der Statistik überein. Wir haben 1895 5 000 000 landwirtschaftliche Betriebe gehabt, darunter 4 255 000, also 76,9 Proz. mit unter 5 Hektar. Diese 4 Millionen hatten 5 Millionen Hektar der landwirtschaftlichen Fläche inne. Durchschnittlich kam auf einen Betrieb 1,15 Hektar. Weiter hatten wir 25 061 Großbetriebe, d. h. 1,5 Proz. Diese hatten inne 7 831 000 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche, also durchschnittlich für jeden Betrieb 312 Hektar. Es ist also klar, daß **vor allem die Großgrundbesitzer den Vorteil von den Getreidezöllen** haben.

Eine weitere Thatsache ist, daß die Zahl der Personen, die zur Landwirtschaft gehören, stetig abnimmt. 1882 kamen von je 100 beschäftigten Personen auf die Landwirtschaft 42,45, 1895 war diese Zahl trotz der Zunahme der Bevölkerung auf 35,7 gefallen. Das mögen wir und Sie beklagen, zu ändern ist an dieser Thatsache nichts. Uebrigens ist nicht etwa die Zahl der selbständigen Personen in der Landwirtschaft gesunken, im Gegenteil diese haben seit 1895 infolge der Parzellierungen um ein paar Hunderttausend zugenommen. Zu alledem kommt noch, daß wir uns gegenwärtig in einer absteigenden Linie der industriellen Entwickelung befinden. Die Arbeiter haben in immer erhöhtem Maße mit Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen zu kämpfen, dabei sind die Miets- und die Kohlenpreise ständig gestiegen. In einem solchen Moment des Niedergangs muß natürlich auch die geringste Erhöhung des Brotpreises eine ungeheure Erregung unter den Arbeitern hervorrufen. Die wohlhabenden Klassen brauchen viel weniger Brot als gerade die Arbeiter. Diese leiden umsomehr unter den erhöhten Getreidepreisen, je zahlreicher ihre Familie ist. Was Sie für einen Segen Gottes halten, das wird diesen Arbeitern zum Fluch. Die Herren vom Centrum lassen die Arbeiter beten: Unser täglich Brot gieb uns heute, andrerseits verteuern sie ihnen dies Brot. Sie lassen sie um einen guten Erntesegen beten, und wenn er kommt, raisonnieren Sie, weil die Getreidepreise niedrig sind. So sieht der christliche Staat aus, von dem Herr Oertel sprach. Würde Christus noch einmal unter uns auftreten, **so würde er Sie, wie die Geldwechsler aus dem Tempel, Sie hier aus dem Reichstag hinauswerfen als Brotwucherer, die dem armen Mann das Brot verteuern.** Die ganze Entwicklung drängt zu einer Erhöhung der Getreidepreise. Sehr interessant ist ein Artikel der „Kreuz-Zeitung“ aus dem Sommer 1897. Als das Resultat der Volkszählung von 1895 bekannt wurde, schrieb sie, das Wachstum der industriellen Bevölkerung würde zur Folge haben, daß die Lebensmittelpreise, besonders Brot und Viehpreise in ungemessene Höhe steigen. Daher hat die Landbevölkerung vom Standpunkt ihres Geldbeutels keine Ursache gegenüber dieser Erscheinung zu verzagen. Bei den hohen Lebensmittelpreisen werden Ackerbau und Viehzucht rentabel bleiben. Wir haben jetzt eine Volksvermehrung, die in zehn Jahren die Einwohnerzahl Deutschlands um 9 Millionen vermehrt, aber kaum einen Fußbreit freien Boden. Die Ausdehnung der Städte, die Vermehrung der Fabrikanlagen auf dem Lande nimmt immer mehr bestellbaren Boden für sich in Anspruch. Die Folge muß ein Steigen der Lebensmittelpreise sein. Es ist falsch, wenn Sie auf die überseeische Konkurrenz hinweisen. Amerika hat seine Bevölkerung in einem Jahr von 60 auf 75 Millionen vermehrt. Mit jedem Jahrzehnt muß seine Ausfuhr von Nahrungsmitteln geringer werden. Die Konkurrenz des mesopotamischen Weizens steht heute noch in weiter Ferne. So wie die Dinge liegen, ist es die arbeitende Bevölkerung, der die höheren Brotzölle zu Gunsten weniger Großgrundbesitzer in erster Linie aufgehalst werden sollen. Je mehr diese Thatsache den Massen ins Bewußtsein kommt, um so mehr muß ihre Unzufriedenheit steigen. (Unruhe rechts. Sehr wahr! links.) **Schon heute stellt die Brotsteuer eine fünfprozentige Einkommensteuer** für die Arbeiter vor. Wenn eine direkte Einkommensteuer von 5 Prozent auf Einkommen von 20 000 Mark gelegt werden sollte, würden Sie (nach rechts) über Vermögens-Konfiskation schreien. Haben Sie doch schon geschrien, als die Einkommen über 100 000 M. 4 Prozent zahlen sollten. Den Arbeitern aber wollen Sie jetzt **6, 7, 8 Prozent aufhalsen.** Nun, die Wirkung dieser Maßregel kann nur uns zu gute kommen! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Vicepräsident **v. Frege:**

Herr Abg. Bebel, Sie haben im Eingang Ihrer Rede wenn auch im hypothetischer Form eine Aeußerung gethan, die sich nur auf den Herrn Abg. Stöcker beziehen konnte. Ich rufe Sie auf Grund des Stenogramms wegen dieses Ausdrucks, den ich nicht wiederholen will, zur Ordnung. (Gelächter bei den Socialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird hierauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Freisinnigen angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Fürst **Bismarck** beklagt sich über persönliche Angriffe des Abg. Fischbeck. Vielleicht findet der Herr bessere Formen, wenn er länger Mitglied des Hauses ist. (Lachen links. Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Oertel:** Herr Bebel hat von mir gesagt, daß ich den Humor des Hauses schon zu wecken pflege, wenn ich mich erhebe. Herr Bebel weckt den Humor des Hauses allerdings erst, wenn er sich setzt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Arendt** behauptet, daß der Bischof Tucker noch bei Lebzeiten zu den Akten erklärt habe, er habe nie einen Brief an Peters gerichtet. Stöcker habe er nicht verteidigt, denn es sei alles eher als eine Verteidigung, wenn er sage, der Tucker-Brief sei noch schlimmer als der Stöcker-Brief. (Heiterkeit.)

Abg. **Fischbeck:** Wenn ich persönlich geworden bin, dann war es nur die richtige Antwort auf den wegwerfenden Ton, in dem Fürst Bismarck von Berufspolitikern sprach.

Präsident Graf **Ballestrem:** Die Position: Gehalt des Staatssekretärs, ist nicht angegriffen, also in zweiter Lesung angenommen. (Heiterkeit.)

* * *

Auf Antrag des Abg. v. Kardorff (Rp.) wird die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen (12 000 Mark-Affaire, Central-Auskunftsstelle, Vogelschutz) bis zur dritten Lesung verschoben.

Nachdem noch einige Titel debattelos genehmigt, wird die Weiterberatung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der Initiativanträge zur Wohnungsreform. Antrag Bargmann (frs. Vp.) auf Abschaffung der Theatercensur durch Abänderung der Gewerbe-Ordnung.

Schluß 5¾ Uhr.

---

## Partei-Nachrichten.

**An die Mitglieder der socialdemokratischen Landtagsfraktionen** in den Einzelstaaten richtet der Vorstand der socialdemokratischen Partei das dringende Ersuchen, ihre Privatadressen möglichst umgehend an das Partei-Bureau

J. Auer, Berlin SW.,
Kreuzbergstr. 30,

gelangen zu lassen.

**Eine Parteiversammlung in Leipzig** nahm den Bericht über die im Konflikt der „Leipziger Volkszeitung“ geführten Verhandlungen entgegen, die auf Grund des am 8. Januar gefaßten Beschlusses aufs neue eingeleitet worden sind. Eine Konferenz, die zu diesem Zwecke am 18. Januar in Berlin tagte und zu der außer dem Parteivorstande Vertreter des Verbands, der Gewerkschaft, der Leipziger Geschäftsleitung und Partei anwesend waren, beschloß einstimmig, daß die Vertreter der streitenden Parteien in Leipzig auf Grundlage des Vorschlags des Fraktionsvorstands vom 5. Dezember zu einer Verständigung zusammentreten mit der Maßgabe, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbands in der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung“ wieder Stellung finden, soweit die Beteiligten dieses wünschen. In der am 24. Januar in Leipzig stattgefundenen Verhandlung kam es zu Meinungsverschiedenheiten in der Hauptsache über das Wort „zunächst“. Die Buchdrucker forderten die Wiedereinstellung sämtlicher Ausständigen, worauf die Vertreter der Partei und Geschäftsleitung nicht eingehen konnten. Letztere glaubten noch insofern entgegen zu kommen, als sie erklärten, daß jetzt die 12 Verbandsmitglieder, die gegenwärtig noch konditionslos sind, eingestellt werden sollen, und im nächsten halben Jahre sollen bei Neueinstellungen weitere der Ausständigen eingestellt werden, wenn dieselben es wünschen. Da die Ausständigen auch hiermit nicht einverstanden waren, so einigte man sich beiderseits dahin, eine nochmalige Konferenz einzuberufen und sämtliche Teilnehmer der Berliner Konferenz hierzu mit heranzuziehen. Die gestrige Parteiversammlung war in ihrer Mehrheit mit diesen Maßnahmen einverstanden und nahm folgende Resolution an: „Nur in Rücksicht auf die Gesamtpartei geben die Leipziger Parteigenossen ihre Zustimmung zu dem auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommenen Einigungsvorschlag, wonach von den 31 Ausständigen der „Leipziger Volkszeitung“ 10—12 Mann innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden sollen. Auch wird die Geschäftsleitung ermächtigt, bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre weitere Ausständige zu berücksichtigen, soweit dieselben dies wünschen. Sollten die Buchdrucker diesen Einigungsvorschlag ablehnen, so hat sich die Geschäfts- und Parteileitung jeder weiteren Verhandlung zu enthalten.“

**Von der Kommunalen Praxis,** der vom Genossen Südekum in Dresden herausgegebenen Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesocialismus (Verlag von Kaden u. Comp., Dresden, Zwingerstr. 22) ist jetzt die erste Nummer erschienen.

In einem einleitenden Artikel wird der Zweck des neuen Unternehmens erörtert. „Die Kommunale Praxis soll zunächst eine Sammlung des Materials zu den Fragen der Gemeindeverwaltung sein; besonders unsre in den Vertretungen kleinerer Gemeinden sitzenden Parteigenossen haben oft mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, um sich die notwendigen Unterlagen zur Begründung von Anträgen und Vorschlägen, zur Ausarbeitung von Regulativen und Statuten zu beschaffen. Litterarische Hilfsmittel stehen ihnen selten zur Verfügung und sie sind nur ausnahmsweise in der Lage, sich das Allernotwendigste von befreundeten Kollegen aus andren Orten zu besorgen. Dem kann abgeholfen werden, wenn das Material möglichst vollständig in einem Centralorgan veröffentlicht wird.“ Neben diesen praktischen Aufgaben soll auch die Theorie des Gemeindesocialismus gepflegt werden.

In einem größeren Artikel erörtert dann Martin Segitz unter dem Titel „Schwierigkeiten der Socialdemokratie in der Gemeinde-„vertretung“ die Frage der indirekten Gemeinde-Abgaben in Anlehnung an die Vorgänge in Fürth, die auf dem letzten bayrischen Parteitag zur Sprache kamen. Ein andrer Artikel schildert die Stärke der socialdemokratischen Vertretung in den sächsischen Gemeinden. Weiter wird die Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg besprochen. Es folgen eine Reihe Notizen unter den Rubriken: Kommunalprogramme, Kommunales Wahlrecht, Arbeiterverhältnisse, Wohnungswesen, Schulwesen, Gesundheitspflege, Verkehrswesen 2c.

Das Blatt erscheint achtseitig im Format der „Socialen Praxis“ am 1. und 15. jedes Monats zum Preise von 1 M. pro Quartal.

Wir glauben, daß ein solches Blatt einem wirklichen Bedürfnisse entspricht und wünschen ihm besten Erfolg.

**Die Socialdemokratie in den sächsischen Gemeindevertretungen.** Während im Jahre 1898 nur in 90 Orten socialdemokratische Erfolge festgestellt werden konnten, waren bei den letzten Wahlen, wie die „Kommunale Praxis“ berichtet, 145 solcher Orte zu verzeichnen; die neu gewählten socialdemokratischen Vertreter aber (ohne die Ersatzmänner) beziffern sich auf 279. Verglichen mit dem Ergebnis vom Jahre 1898 ergiebt sich eine Verdoppelung der erwählten socialdemokratischen Vertreter, denn in diesem Jahre wurden nur etwa 130 Socialdemokraten gewählt. Der Fortschritt macht sich sowohl bei den Unansässigen wie bei den Ansässigen bemerkbar, denn die Zahl der socialdemokratischen ansässigen Vertreter hat sich von 18 im Jahre 1898 auf 52 bei den letzten Wahlen vermehrt.

Soweit Vergleiche mit den Ergebnissen von 1898 möglich sind, ergiebt sich fast überall eine beträchtliche Vermehrung der Stimmenzahl. Ein sicheres Gesamtergebnis läßt sich leider nicht aufstellen, da überhaupt nur von 119 Orten Zahlen über das Stimmenverhältnis vorliegen, und besonders die Gemeinden, wo wir keine Erfolge hatten, fast ganz fehlen.

Die ungefähre Gesamtzahl der socialdemokratischen Vertreter, die Sachsen jetzt hat, erhält man aus einer Zusammenstellung der 3 letzten Wahlergebnisse. Wie wir bereits gesehen haben, hatten wir 1896 140, 1898 130 und 1900 279 Vertreter, das ergiebt 549 socialdemokratische Gemeindevertreter in Sachsen.

Das sächsische Centralkomitee wird jetzt eine möglichst genaue Feststellung über die Zahl der Vertreter versuchen.

**Totenliste der Partei.** In Stettin starb der Parteigenosse Albert Bergner, Steinträger von Beruf, an den Folgen eines Nervenleidens. Der Verstorbene wurde 1887 unter der Herrschaft des Belagerungszustands ausgewiesen. Nach Aufhebung des Belagerungszustands kehrte er wieder nach Stettin zurück und war so eifrig wie je für die Partei thätig. Er gehörte auch dem Vorstande des socialdemokratischen Vereins an. Die Partei verliert in ihm eines seiner thätigsten Mitglieder am Orte.

**Lissagarays Leichenbegängnis** hat am Montagmorgen in Paris unter zahlreicher Beteiligung seiner Freunde und Parteigenossen stattgefunden; trotz des miserablen Wetters folgten über 2000 Personen dem Trauerzuge. In der Krematoriumshalle — die Leiche Lissagarays ist verbrannt worden — hielten Géraulf Richard, Chefredacteur der „Petite Republik“, und Vaillant kurze Ansprachen. Géraulf Richard erinnerte an den Kampf, den der Tote allezeit gegen die Reaktion geführt. Kaum war er aus der Verbannung zurückgekehrt, gründete er die „Bataille“, welches Blatt zu der schneidigsten Waffe gegen den Boulangismus wurde. Vaillant feierte den Geschichtsschreiber der Kommune; außer Vaillant selbst hatten sich noch viele ehemalige Kommunarden eingefunden, um dem Toten die letzten Ehren zu erweisen. Nachdem die Flamme ihr Werk gethan, wurde die Urne mit der Asche im Kolumbarium beigesetzt. Mit einem Besuch der Föderiertenmauer erreichte die Feierlichkeit ihren Abschluß.

---

## Verband der Tapezierer.

Am Sonntag, den 27. Januar tagte im Saal 6 des Gewerkschafts-Hauses in Berlin die Gaukonferenz für den 6. Gau. Anwesend waren die Vertreter von Berlin, Breslau, Görlitz, Stettin, Brandenburg, Potsdam, Bromberg, Wittenberge und Charlottenburg.

Nach der Eröffnung durch den Kollegen Leo Schmidt erstatteten die Delegierten die **Situationsberichte,** aus welchen zu ersehen war, daß trotz der eifrigsten Arbeit der Erfolg der Organisation in den Provinzstädten nicht der gewünschte ist. Es wurde deshalb auch freudig anerkannt, daß durch Schaffung der Gaueinteilung und durch die Wahl eines Gauvorstands die Möglichkeit gegeben ist, die Provinzstädte in ihrer Thätigkeit zu unterstützen und die Agitation für die unorganisierten Städte intensiver und nachhaltender zu gestalten.

Erfreulich war der Bericht des Kollegen Mann-Breslau, welcher mitteilen konnte, daß die dortige Filiale nach einjährigem Bestehen einen Mitgliederbestand von 240 Kollegen hat, daß auch schon einige kleinere Verbesserungen bezüglich der Löhne durchgeführt sind und daß in diesem Frühjahr die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden gestellt werden soll.

Pönicke-Berlin giebt einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit und Aufgaben der Berliner Filiale und weist darauf hin, daß wir selbst in der sogenannten stillen Zeit in ununterbrochenem Kampf mit den Unternehmern stehen. Er bittet, so weit es irgend möglich ist, im kommenden Frühjahr den Zuzug nach Berlin fern zu halten, da wir noch eine erhebliche Anzahl Werkstellen haben, in denen wir für die Vertagsbedingungen einzutreten haben und wo es zum Konflikt kommen wird. Dazu kommt noch die augenblickliche kritische Situation der gesamten Berliner Kollegenschaft, veranlaßt durch die Absicht der Innung, die Achtzehner-Kommission aufzulösen.

Die Delegierten aus Bromberg (Stößel) und Potsdam (Wenkel) gaben bei ihrem Situationsbericht ebenfalls bekannt, daß in diesen Städten im Frühjahr Lohnbewegungen stattfinden werden.

Beim zweiten Punkt, **Agitation und Organisation,** wird nach einer ausführlichen Diskussion, an welcher sich alle Delegierten und eine Anzahl Gäste beteiligen, beschlossen, den Städten Berlin, Breslau, Stettin und Bromberg die Vorarbeiten in bestimmten Bezirken zu übertragen. Der Gauvorstand hat dann nach dem zusammengestellten Material seine Maßnahmen zu einer umfassenden Agitation zu treffen. Die Kosten sollen in der Weise aufgebracht werden, daß pro Mitglied und Quartal 10 Pf. an den Gauvorstand abgeliefert werden.

Als Sitz des Gauvorstands wird Berlin bestimmt und werden zum Vorsitzenden Leo Schmidt und zum Kassierer Otto Pönicke gewählt. Die Wahl des Schriftführers bleibt der Filiale Berlin überlassen.

Die nächste, zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindende Konferenz tagt laut Beschluß in Bromberg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Mittwoch, den 30. Januar.

**Opernhaus.** Der Bärenhäuter. Anfang 7½ Uhr.
**Schauspielhaus.** Der Compagnon. Anfang 7½ Uhr.
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Geschlossen.
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
**Lessing.** Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
**Residenz.** Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
**Neues.** Liebesprobe. Hierauf: Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
**Westen.** Carmen. Anfang 7½ Uhr.
**Central.** Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
**Secessionsbühne.** Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 7½ Uhr.
**Schiller.** Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr.
**Thalia.** Amor von heute. Anfang 7½ Uhr.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Damenschneider. Anfang 7½ Uhr.
**Carl Weiß.** Zwei Waisen. Anfang 8 Uhr.
**Luisen.** Die Brautschau des Kronprinzen. Anfang 8 Uhr.
**Belle-Alliance.** Die kölnische Heimat. Vorher: Glückliche Flitterwochen. Anfang 8 Uhr.
**Metropol.** Specialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
**Apollo.** Specialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
**Palast.** Specialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7½ Uhr.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
**Passage-Panoptikum.** Specialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fakire. Anfang nachmittags 3 Uhr.
**Urania. Taubenstr. 48/49.** (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde". Im Hörsaal: „Lagerbau der Römer und die deutschen Barbaren." Von Reg. und Baurat Hasak.
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

---

# Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr: **Der Herr Senator.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan und Gustav Kadelburg.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Freiwild.**
Freitagabend 8 Uhr: **Ephraims Breite.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Der Herr Senator.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Die Welt, in der man sich langweilt.**

---

# Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.

**Zwei Waisen.** Schauspiel in 4 Akten von Scherenberg. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise: **Tausend und eine Nacht.**

---

# Central-Theater.
Zum 557. Male:

**Die Geisha.** Operette in 3 Akten von S. Jones. **Mimosa: Mia Werber.**
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

---

# Apollo-Theater.
Phänomenaler Erfolg:

**Valentine Petit**

**Les Minstrels parisiens**
Helene Gerard • Rob. Steidl
und die **10 ausgezeichneten Specialitäten.**
Um 8½ Uhr:
**Des Löwen Erwachen.** Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt.
Kassenöffn. 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Mittwoch-, Sonnabend- und Sonntagnachmittag: **Grosse Zauber-Soiree von Ben-Ali-Bey.**

---

# Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.

**Nur noch wenige Tage: Das Riesen-Jannar-Programm**
8½ Uhr Sensations-Erfolg! 8½ Uhr
**Eine tolle Nacht!**
Posse mit Gesang in 2 Akten von Anno. Blech, Posaunist: Dir. Rich. Winkler.
Donnerstag, den 31. Januar: **Benefiz** für den Kapellmeister **A. Sommerfeld.**
Neu! **Bummelfritze.** Neu! Gr. Posse mit Gesang in drei Akten.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.

---

# URANIA
**Taubenstr. 48/49.**
Im Theater Mittwochabend 8 Uhr:
**Aus dem Tagebuch der Erde.**
Im Hörsaal:
Reg.- u. Baurat **Hasak:** „Lagerbau der Römer und die deutschen Barbaren."
Nachm. 4 Uhr zu ermäss. Preisen: **Mittelmeerfahrten.**

**Invalidenstr. 57/62.**
**Tägl. Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

---

# Passage-Panoptikum
und Theater.
**Neu! Die Neu!**
**12 unverbrennbaren Fakire**
Die Sensation der Pariser Welt-Ausstellung.
Eintritt einschliesslich Theater 50 Pf.

---

CASTANS
# PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Nur noch kurze Zeit:
**Die wilden Weiber aus Dahomey.**

Der sensationelle „Germanen-Saal" mit plastisch. Gruppen urgermanischer und altdeutscher Trinker.

Zur Zweihundertjahr-Feier: Die preussischen Könige im Fürstensaal.
Die Herrscher Europas, Generäle, Minister etc. etc.

---

# Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
**Täglich ½9 Uhr:**
# Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungsposse.
**Die Americain-Zuaven**
und das **Jannar-Specialitäten-Programm.**
Anfang ½8 Uhr, der „Tollen Nacht" ½9 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
**Sonnabend, den 2. Februar:**
**Dritter grosser Metropol-Theater-Ball**
Alles Nähere besagen die Affichen.

---

# Reichshallen
**Stettiner Sänger.**

Heute zum Schluß: **Eine Soiree bei Lehmanns.** Burleske von Meysel. Anfang 8 Uhr.

---

# Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
**Hoffmanns Nordd. Sänger.**
Nach jeder Soiree: **Tanzkränzchen.**
**Lustige Vagabonden.**

---

# W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
**Der Rattenfänger von Hameln**
Phantastisches Volksstück in 8 Bildern mit Gesang von G. Braun.
Musik von Hübner-Tranis.
Donnerstag: **Die Grille.**

---

# Deutsche Konzerthallen
**Spandauer Brücke.**
**Täglich**
**4 ausländische Kapellen 4**
**Gr. Theater-Vorstellung.**

---

# Thalia-Theater
**Dresdenerstr. 72.**
Heute und folgende Tage:
**Amor von Heute.**
Gr. Ausstattungsposse m. Ges. u. Tanz.
Anfang 7½ Uhr.

---

# Passage-Theater
**Unter den Linden 22.**
**D-Vorstellung**
**Anfang:** Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Neu! **Familie** Neu!
# Tscherpanoff.
Russische Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
**Cirnocs. — Ravizetta d'Aragon** und
**17 erstklassige Specialitäten 17**
Eintritt einschliesslich Panoptikum **50 Pf.**

---

# Cirkus Busch
**Mittwoch, den 30. Januar,** abends 7½ Uhr:
**Gr. Sports-Abend.**
Zum 63. Male:
**Die eiserne Maske.**
Gr. historisches Manege-Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
**Original-Pantomime des Cirkus Busch.** — Besonders hervorzuheben: **Die Eroberung Strassburgs** mit dem **illuminiert. Münster.**
Außerdem: Europäische Kavallerien, gr. Quadrille auf 16 Schulpferden. Herr **Burkhard-Footit,** Schulreiter. Vorzüglichste Programm-Nummern.
Sonntag, 3. Februar, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien",** wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7½ Uhr: **Die eiserne Maske.**

---

# Cirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 30. Januar, abends präc. 7½ Uhr: **XII. grosses internationales Rennen.** Zweites Konkurrenzfahren des **Meisterschaftsfahrers der Welt, Jacquelin** aus Paris, Sieger des gr. Preises von Deutschland, mit den berühmtesten Rennfahrern Europas. U. a. **Willy Arend** (Hannover), **Robl** (München), **Münduer** (Berlin), **Huber** (München) und dem österreich. Rennfahrer **Heller** (Wien) ꝛc. Heute starten: 1. **Heller** (Wien) gegen **Heinz** (Berlin), 2. **Krüger** (Lübeck) gegen **Grandpierre** (Frankfurt a. M.), 3. **Huber** (München) gegen **Peter** (Berlin). 4. **Jacquelin gegen Robl.**
I. Preis: 1500 Mark. II. Preis: 1000 Mark. III. Preis: 500 Mark. Vorher exquisites Programm und **China.** Sämtliche Einlagen. 600 Mitwirkende.

---

# Metropol-Theater.
Von Montag, den 4. bis Donnerstag, den 14. Februar:
**Zehnmaliges Gastspiel der**
**Mdme. Yvette Guilbert.**
Preise der Plätze: Ballon-Logen und Terrassen 7 M., Orchester-Fauteuil 5 M., Parkett-Fauteuil 4 M., Parkett-Tisch 3 M., Rang-Loge 5 M., Rang-Fauteuil 3,50 M., Sperrsitz 2,50 M., Balkon-Promenoir 3 M., Promenoir 1,50 M. — Vorverkauf für alle zehn Tage schon jetzt an der Kasse des Metropol-Theaters.
NB. Mdme. Yvette Guilbert tritt in der Zeit zwischen ¾10 und ½11 Uhr auf.

---

**Wo amüsiert man sich grossartig?**
Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen.** Inh.: Max Schindler. — Telephon: Amt IVa Nr. 8002. — **Heute: Grosser Ball,** als **Specialität: Cigarren- und echten Weichselspitzen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

---

# Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonnabend, den 2. Februar 1901,
in **Kellers Festsälen,** Koppenstraße 29:
# Gr. Wiener Maskenball.
Vor der Demaskierung:
**Großes Tournier zu Katzenellenbogen.**
(Ritter, Edeldamen, Pagen, kämpfende Ritter zu Pferde und zu Fuß.)
Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: O. Jänicke, Rixdorf, Reuterstr. 24, H. 4 Tr.; G. Bohne, Brunnenstr. 141, H. 2 Tr.; P. Kuhlrte, Prenzlauer Allee 204, H. 4 Tr.; Frau Kohlhardt, Alexandrinenstraße 21, v. 4 Tr.; B. Schröder, Passauerstr. 3 im Laden; Kowalzick, Bernauerstr. 79, v. 3 Tr.; H. Kottlow, Schliemannstr. 29, Querg. part.; F. Braun, Bartelstr. 13, v. 2 Tr.; P. Haldauer, Kraustr. 36, H. 3 Tr.; C. Christens, Mühlenstr. 49, v. 3 Tr.; W. Mohs, Am Oberbaum Nr. 2, 1 Tr., und außerdem bei W. Rubenow, Brunnenstr. 134; W. Börner, Ritterstraße 15; H. Bohlsen, Kommandantenstr. 62; Chr. Schulz, Blumenstr. 14; F. Wolf, Pintschstr. 23; Fr. Tuzauer, Brunnenstr. 152; M. Wendt, Gollnowstraße 44, Querg. 2 Tr.; H. Peege, Rüdersdorferstr. 48, Querg. 2 Tr.; Kieburg, Urbanstr. 68 im Laden; Th. Metzner, Skalitzerstr. 59 im Laden; A. Mohnhaupt, Triftstr. 1 im Laden; E. Schmidt, Treskowstr. 22 im Laden, und in unsren Versammlungen. — Kostüme zum Tournierzug zu bedeutend ermäßigten Preisen bei B. Schröder, Passauerstr. 3. [2206b
Anfang 8½ Uhr. Billets a 50 Pf. **Das Komitee.**

---

**Sonnabend, den 2. Februar cr.**
**Dritter grosser**
# Metropol-Theater-Ball.
Alles Nähere besagen die Affischen.
[713L*

---

# Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
**Karlstrasse.**
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

---

**Künstl. Zähne** von 3 M. an, vorzüglich. Plombieren schmerzlos. Zähnreinigen. Schmerzloses Zahnziehen. Zahnschmerz schmerzlos beseitigt, Reparaturen sofort. **Goldstein,** Oranienstr. 123. *

---

**Zähne 1,50 Mk.** Plomben 1 Mk., schmerzl. Zahnziehen 1 Mk., 10 Jahre Garantie nur Prinzenstraße 97 II, nahe Moritzplatz. [6629*

---

# Stenographie.
Neue Unterrichtskurse des Arbeit.-Stenogr.-Vereins „Stolze" in der „Vereinfachten deutschen Stenographie" beginnen:
**Donnerstag,** 31. Januar, abends 8½ Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8.
**Freitag,** den 1. Februar, abends 8½ Uhr, bei Grupe, Annenstr. 16.
**Dienstag,** den 5. Februar, abends 8½ Uhr, bei Gleinert, Schulstr. 29.
Unterrichtsgeld 4 Mk.
Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

**Sonntags-Algebra-Kursus der „Elektra".**
Eröffnung d. 3. Februar, 10 Uhr. Pro Stunde 25 Pf.
**Neuer Abend-Kursus für Elektrotechnik.**
Beginn 8. Februar 8 Uhr abends. Anmeldung Prinzenstr. 55.
**Prospekte frei.**

---

**Zähne** von 2 Mk. an Teilzahlung. Reparatur in 2 Stunden. Zahnziehen schmerzlos! Plombieren. Sprechz. 8-8.
**R. Lange,** Blumenstraße 25, Ecke Markusstraße.

---

# „Chic"
**Gr. Frankfurterstr. 39.**
Grosser Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Während des Ausverkaufs erhält jeder Käufer **von 3 Mk. an eine eleg. seidene Krawatte umsonst.**
Specialität: **Hüte, Krawatten, Wäsche, wollene Unterwäsche, Schirme, Stöcke, Handschuhe** spottbillig.
**„Chic"** [659L*
**Gr. Frankfurterstr. 39.**

---

**Masken-Garderobe.**
Größte Auswahl. Billigste Preise. [*
Bereine Preisermäßigung.
**Fr. Panknin,**
Oranienstraße Nr. 178
II. Adalbertstraße 91.
Ecke Oranienstraße.

---

**Verband der Möbelpolierer.**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
**Paul Wolff**
im Alter von 40 Jahren am 27. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
**Der Vorstand.**

---

# Centralverband d. Töpfer
(Filiale Berlin).
Am Sonntag, den 27. Januar, verstarb unser Mitglied 195/3
# Gustav Kugeler.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Charité aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
**Der Vorstand.**

---

**Statt besonderer Anzeige!**
Am 28. Januar verschied nach längerem schweren Leiden im Sanatorium zu Pankow unser lieber Bruder, Schwager und Onkel
**Wilhelm Lüdersdorf**
im 57. Lebensjahre. Mit der Bitte um stilles Beileid
23596] **Die Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet am 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Pankower Kirchhofs, Kommunikationsweg, aus statt.

---

**Danksagung.**
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes
**Otto Zorn,**
für die reichen Kranzspenden, für die Teilnahme des Musikcorps und insbesondere dem Personal der Firma Weichbrodt u. Friedrich für die reiche Spende sage ich namens der Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank.
23535] **Witwe P. Zorn.**

---

**Danksagung.**
Allen Freunden und Bekannten unsren innigsten Dank für die rege Beteiligung und reiche Kranzspendung bei dem Leichenbegängnisse des Restaurateurs **Gustav Schwarzkopf.**
Skalitzerstr. 11. 7203
**Die Hinterbliebenen.**
Im Auftrage: Anna Hecken, Restaurant „Zum Teufel", Skalitzerstr. 11.

---

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband
**Verwaltungsstelle Berlin.**
**Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.**
Mittwoch, den 30. Januar 1901, abends 6 Uhr,
**in Dolinskis Etablissement „Wilhelminenhof":**
**Versammlung**
**für Ober-Schöneweide und Umgegend.**
Tages-Ordnung:
1. Warum muß jeder Metallarbeiter Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbands sein? 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Bildung einer Bezirksleitung für Ober-Schöneweide und Umgegend?
Die wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiches und pünktliches Erscheinen. [111/6] **Die Ortsverwaltung.**

---

# Konsum-Verein Berlin-Nord.
Donnerstag, den 31. Januar, abends 9 Uhr, [98/9
**im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42:**
**Mitglieder-Versammlung.**
Die geehrten Mitglieder und deren Frauen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. **Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.**

---

# München. Brauhaus Act.-G.
**Der Ausstoß unsres diesjährigen**
# Bockbiers
**hat am 29. d. M. begonnen.**
**Münchener Brauhaus**
**Actien-Gesellschaft.**

---

**Der Ausstoss unsres diesjährigen vorzüglich geratenen**
# Bockbiers
**hat begonnen.**
Gefällige Bestellungen werden prompt expediert.
**Brauerei Königstadt**
**Act.-Ges.**
**Schönhauser Allee 10/11.**

# II. Wahlkreis.

Mittwoch, den 30. Januar 1901, abends 8 Uhr,
**Friedrichstr. 236 früher Mertens:**

## Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **H. Molkenbuhr** über: „Die Handelsvorlage und die Arbeiterinteressen". 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersuchen
210/2 **Die Vertrauensleute.**

---

# Centralverband der Maurer etc.

**Zahlstellen Berlin II und III.**

**Freitag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**

## Mitglieder-Versammlung.

**Tagesordnung:** 1. Stellungnahme zum Verbandstag. 2. Wahl der Delegierten zu demselben. 3. Verschiedenes.
**Mitgliedsbuch legitimiert. – Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.** [136/7
Guten Besuch erwartet **Die Verbandsleitung.**

---

# Maskengarderobe

von **Adolf Runge,**
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Karneval-Aufzügen.

---

**Socialistische Bücher**
und Zeitschriften, sowie andre Litteratur kauft **Buchhandlung Streisand,**
6939*] Bachstr. 10, Bhf. Tiergarten.

---

# Tischler-Verein zu Berlin.

**Sonnabend, den 2. Februar, im neuen Saal des Herrn Kliem, Hasenheide Nr. 13:**

## Wiener Masken-Ball.

Anfang 9 Uhr. Um 12 Uhr humoristischer Aufzug, hierauf Demaskierung. Während der Kaffeepause: **Vorträge.**

Billets sind noch zu haben bei O. Hache, Sorauerstr. 25, vorn 1 Tr.; A. Pahlke, Kottbuser Damm 11, vorn 3 Tr.; B. Knaak, Rostizstr. 16, vorn 4 Tr.; C. König, Gitschinerstr. 53, vorn 4 Tr. 198/3
Rege Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

---

**Achtung!** # Lederarbeiter! **Achtung!**

**(Weißgerber, Lohgerber und Lederfärber.)**
Freitag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr, in Hensels Lokal, Invalidenstraße 1:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow: „Die Handelspolitik, der gewerkschaftliche Kampf und die Arbeiterklasse."** 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmanns und der Revisoren. 4. Unterstützungsanträge. 5. Verschiedenes.

Kollegen, agitiert für den Besuch der Versammlung.
103/2] **Der Vertrauensmann.**

---

# Volkstümlicher Klassiker-Abend.

(Dichter und Komponisten: Klopstock, Lessing, Wieland, Herder, Schiller, Goethe, Beethoven, Schubert, Schumann u. a.)
**Mittwoch, den 6. Februar 1901, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse 20:**
Preis 30 Pf. Beginn: Punkt ½9 Uhr. Garderobe **frei.**
Programm mit Liedertext 5 Pf.
Billets sind zu haben in der Buchhandlung von Th. Mayhofer, Weinbergsweg 15b und in Challiers Musikhandlung, Beuthstr. 10. Abendkasse findet nicht statt. [2345b

---

**Zähne 2 M.,** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. **Teilzahl. wöchentlich** 1 M. **Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9–7. Reparat. sofort. [*

---

# Achtung, Albumarbeiter u. Arbeiterinnen!

**Morgen Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:**

## Gr. öffentliche Versammlung

aller in

**Album- u. Mappenfabriken besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: **„Dichtkunst und Arbeiter"** mit **Recitation neuerer Dichtungen** von **Theob. Völker** und **Maria Ranthun.**
2. Werkstubenangelegenheiten und Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ersucht
23/10 **Der Vertrauensmann.**

---

# Gewerkschaftshaus,

**Engel-Ufer 15, Saal I.**
Mittwoch, 30. d. M., abds. 8½ Uhr:

## Oeffentl. Vortrag

**nur für Herren!**
Thema: Medizinische Irrtümer, die Quecksilber-Behandlung im Lichte der Volksgesundheit. Referent: **H. Müller,** prakt. Naturheilkundiger am Kurbad Magazinstr. 17. **Eintritt frei!**

---

# Lichtbilder-Männervortrag

morg. Donnerstagabend 9 Uhr, **Naunyn-Straße Nr. 27.**
Freitag, 1. Februar, abends 9 Uhr, **Andreasstraße 21.** Gäste 20 Pf.

## über Syphilis, Geschlechtsleiden.

Naturheilk. Grundmann. **Köpnickerstr. 72.** Spr. 11-2, 6-8. Sonntag 11-12

---

# Paletot

38 Mark mit abgesteppten Atlas nach Maß liefert gegen bar Kasse
**Tomporowski,** Neanderstr. 16,
543L*] II. Etage.
Anzüge allerbilligste Preise, eignes Stofflager. Bei teueren Garderoben Teilzahlung monatlich 10 Mk. gestattet.

---

# Brauerei Germania, Aktien-Gesellschaft

Tel. VII 2645. **Berlin O. 34, Frankfurter Allee 53.** Tel. VII 2645.

In ca. 70 eignen Geschäften [681L*

## Bockbier vom Fass 4/10 Liter 10 Pf.

1 ca. 4/10 Ltr.-Flasche 10 Pf. 1/8 To. M. 3,50.
**15 4/10 Ltr.-Flaschen M. 1,50 frei Haus.**

---

# Einheitspreis für Brennspiritus

## 30 Pfg. pro Liter.

Detaillisten, die sich auf Einhaltung des vorstehenden Preises bei literweisem Verkaufe von Brennspiritus verpflichten, erhalten bei Entnahme von wenigstens 30 Liter Volumen von den nachstehend genannten Firmen 87 Volumenprozent starken

**BRENNSPIRITUS zu den VORZUGSPREISEN**
**der Centrale für Spiritus-Verwerthung,**
in Leihgebinden des Verkäufers frei vor's Haus gerollt. Bei Entnahme grösserer Quantitäten treten Ermässigungen ein.

**Bank für Sprit- und Productenhandel.** | **C. A. F. Kahlbaum.**
**R. Eisenmann.** | **Carl Radicke.**
**Brennspiritus-Actiengesellschaft.** **Carl Kühne.** **Martin Manasse.**
**Herm. Meyer & Co.** **Louis Pritzkow.** **R. Robert.**
**I. Stargardt.** **Gustav Wolff Nachf.**

---

# Es ist nicht Jedermanns Geschmack,

als Kaffee einen Aufguß von gebrannter Gerste oder geröstetem Malz zu trinken. Das und nichts andres sind aber die offen ausgewogenen sogenannten Malzkaffees. Ein wirklicher Malzkaffee, der infolge seiner patentierten Herstellungsweise mit den Vorzügen des Malzes auch das feine Aroma und den beliebten Geschmack des Bohnenkaffees verbindet, ist nur Kathreiners Malzkaffee. Dieses Fabrikat kommt aber niemals lose, sondern ausschließlich in plombierten Paketen mit dem Bilde des Prälaten Kneipp zum Verkauf.

---

*Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.*

# Kleine Anzeigen.

*Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.*

## Verkäufe.

**Restauration,** gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Lier, Alte Jakobstraße 119. [466R*

**Klempnerei.** Gas- und Wasseranlagen preiswert zu verkaufen. Näheres Zimmerstraße 72. 2307b

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2346b

**Vorjährige** elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Betten,** Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

**Teppiche,** Remontoiruhren, Regulateure, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 49/13

**Nähmaschinen:** Adler, Afrana, Ringschiff, Bobbin, Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118. 465R*

**Nähmaschinen** aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*

**Nähmaschinen,** Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung Krieg, Skalitzerstraße 136. 2233b

**Nähmaschinen,** am besten direkt im Geschäft, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,–, fünfjährige Garantie, Singerringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Schnellste Lieferung auch durch Postkarte. Fritze, Turmstraße 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49. [2338b*

**Elegante** vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

**Kanarienroller** ff. Urbanstr. 70, Restaurant. 2147b

**Wirtschaft.** Nußbaum, spottbillig, auch einzeln Gartenstraße 148, I. links.

**Teppiche** mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2346b

**Gaskocher!** Sparsysteme! 1,50, Zweilochkocher 6,–, Dreilochkocher 10,–. Gasplätteisen, Schneiderbügel-Apparate billig! Gasbratöfen 12,–. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

**Kanarienhähne,** Zuchtweibchen 1 Mark, laufsingende Rollehähnchen 1,50, Heckkäfige. Vogelhandlung, Oranienstraße 87. 1921b*

**Steppdecken am billigsten Fabrik** Große Frankfurterstraße 9, parterre.

**Nähmaschinen,** neue, Umstände halber billig. Kommandantenstraße 46, I rechts. [2351b

**Teppiche,** auch einzeln, in allen Größen, bedeutend unter Preis. Seltener Gelegenheitskauf. Teppichhaus A. Rosenberg, Landsbergerstraße 82. [477R*

**Papageien,** Kanarienhähne, Zuchtweibchen, Waldvögel, Vogelbauer, Heckutensilien, Vogelfutter, Fischfutter (Daphinen). Dähn, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. [†92*

**Fahrräder,** verfallene, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. [90/7

## Vermischte Anzeigen.

**Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitestr. 19.**

**Elektrotechnik.** Abendkurse, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 2127b

**Patentanwalt** Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

**Augustabad,** Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 471R*

**Rechtsbureau,** Rechtshilfe, Andreasstraße 63. 2335b*

**Vivisektion!** Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbunds gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Vivisektion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. [925b

**Photographie.** 6 Visit und 1 Kabinett 2 M. 50 Pf., 6 Postkarten mit Photographie 1 M., Schönhauser Allee 146. Hering. †56*

**Masken - Garderobe,** Herren, Damen, große Auswahl. Komische Anzüge billig. Räder, Rheinsbergerstraße 62. [†72*

**Anfertigung** eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *

**Kunststopferei** von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48.

**Buchbinder-Arbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

**Platin,** Gold, Silber, Tressen, Kehrgold kauft zu höchsten Preisen Goldschmelze, Zimmerstraße 32. [*

**Mittagstisch.** Hausmannskost, mit Bier 50 Pfennige Annenstraße 16 (Lokalliste). 458R*

**Saal** und Vereinzimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [296R*

**Vereinszimmer** frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 283R*

**Vereinszimmer.** Vollmer, Manteuffelstraße 25. 1940b

**Vereinszimmer,** dreifenstrig, zu vergeben. Georg Schulze, Gerichtstraße 80. [†64*

**Vereinszimmer,** großes, Reichenbergerstraße 24. 2225b

**Vereinszimmer** zu vergeben, 50–100 Personen, bei Jankowski Markusstraße 18. †39*

**Tischler.** Polierer, Drechsler als Theilhaber einer Genossenschaft wollen sich morgen (Donnerstag) abend nach 7 Uhr zu einer Besprechung einfinden bei Batt, Dragonerstraße 15.

**Frische Wurst** jeden Mittwochabend und Donnerstag früh Restaurant Gotthardt Mohs, Manteuffelstraße 77.

## Vermietungen.

### Zimmer.

**Freundlich** möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witwe Rosenthal.

**Leere** Stube, anständige Person, Lausitzerstraße 37, IV links. [2361b

### Schlafstellen.

**Bessere** Schlafstelle ein oder zwei Herren Reichenbergerstraße 61a, 1 Tr. rechts. [†17

**Freundliche** Schlafstelle, separat, Oranienstraße 186, vorn 3 Treppen, Petigk. [†17

**Möblierte** Schlafstelle, Herrn, Schönleinstraße 16, vorn III, Branig.

**Schlafstelle,** freundlich möbliert, separat, Reichenbergerstraße 84, III links. 2357b

**Saubere** Schlafstelle, separater Eingang, Herren Kottbuserstr. 2, vorn III, Pawlak. [51/5

**Möblierte** Schlafstelle Dresdenerstraße 99, Hof parterre links. [2350b

**Schlafstelle,** Herrn, bei Fuchs, Manteuffelstraße 71, vorn III. [†17*

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Blinder** Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Muskauerstraße 27.

### Stellenangebote.

**Tüchtige** Farbigmacher verlangt Max Leonhard, Goldleistenfabrik, Schlesischestraße 31. 2340b

**Farbigmacher** verlangt Stallschreiberstraße 58. 2358b

**Farbigmacher** verlangt Waff, Dieffenbachstraße 33. 2353b

**Goldleisten.** Tüchtige Versilberer werden verlangt Köpenickerstr. 109a.

**Intelligenter** Sohn anständiger Eltern für Nachmittag (eventuell zum Frühjahr als Lehrling) verlangt Rau, Dresdenerstraße 98. 2354b

**Barbierlehrling** verlangt Ramlerstraße 27. 2352b

**Reisende** für bessere Osterpostkarten und ander Ansichtspostkarten gesucht Rochstraße 5, 2. Etage rechts. [147/6

**Maschinennäherinnen** auf Waschblusen verlangt Grunemann, Treskowstraße 18, 1. Aufgang vorn IV. [2362b

**Mamsells** auf Jacketts verlangt Berndt, Kastanien-Allee 95/96, I. [†56

**Zeitungsfrau** verlangt Ohnesorge, Bergmannstraße 23. [†124*

**Schlosserlehrling** sofort gesucht. August Lewin, Friedenstraße 106. [*

**Mamsells,** bessere Paletots in außerm Hause Schulze, Cuvrystraße 23.

**Mamsells** auf Jacketts, Wauer, Skalitzerstraße 81 4 Treppen. [2331b

**Mamsells** auf schwarze Jacketts außerm Hause verlangt Krohner, Fruchtstraße 37. 2334b*

**Mamsells** auf Jacketts, außerm Hause (1,75–2,00 Mark), verlangt Fritz, Grenzstraße 11, II. [2247b*

---

# Achtung Theaterarbeiter!

Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit nach wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/10*
**Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.**

---

# Achtung! Stuccateure!

Bei den Firmen **Jäckel, Herrtwich, Hänska** haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.
173/4 **Die Lohnkommission.**

---

**Achtung! Achtung!**

# Tischler!

In der Möbelfabrik von **Klinke,** Warschauerstraße 78, haben sämtliche Tischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der Möbelfabrik von **Seelisch,** Rigaerstraße. Zuzug nach beiden Werkstätten ist streng fernzuhalten.
77/3 **Die Ortsverwaltung.**

---

# Achtung! Drechsler!

In der Möbeldrechslerei von **H. Schmidt,** Blumenstr. 30, haben sämtliche Drechsler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten. 77/5
**Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

## Dritter Allgemeiner preußischer Städtetag.

Gestern vormittag 11 Uhr trat der Allgemeine preußische Städtetag zu seiner dritten Tagung im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Rathauses zusammen. Anwesend waren etwa 200 Abgeordnete von Städten und Provinzialstädtetagen. Oberbürgermeister Kirschner-Berlin eröffnete die Sitzung. Sodann trat man in die Tagesordnung ein, deren erster Punkt das Kleinbahngesetz und die Gemeinden betraf. Einführend sprach zunächst Erster Bürgermeister Oehler-Halberstadt, sodann Stadtsyndikus Tiessen-Königsberg i. Pr. Beide Redner erörterten folgende Leitsätze:

Die Gemeinden waren vor Erlaß des Kleinbahngesetzes vom 22. August 1892 berufen, die vielseitigen öffentlichen Interessen an einer zweckmäßigen Ausgestaltung der Straßenbahnen, insbesondere an der Befriedigung gegenwärtiger und Sicherstellung künftiger Verkehrsbedürfnisse, an einer zweckmäßigen Gestaltung der Bahneinrichtungen, an der Auswahl der Betriebsart und der Festsetzung des Tarifs wahrzunehmen.

Die Gemeinden sind nach wie vor am ehesten in der Lage, diese Verkehrsinteressen in zutreffender Weise zu beurteilen und geltend zu machen.

Der Straßenherr ist auch unter der Herrschaft des Kleinbahngesetzes berechtigt, das Straßen-Benutzungsrecht des Unternehmers zeitlich zu begrenzen und sich das Heimfallsrecht an dem Unternehmen vorzubehalten.

Die auf Grund des Kleinbahngesetzes ertheilte staatliche Genehmigung zum Betriebe einer Straßenbahn hat im wesentlichen einen polizeilichen Charakter. Sie stellt weder eine Eisenbahn-Konzession noch sonst ein Privilegium dar. Sie gewährt nicht eine dem Enteignungsrechte ähnliche Befugnis zur Inanspruchnahme fremden Eigentums. Das Straßenbenutzungsrecht ist nicht ein Accessorium der staatlichen Genehmigung, sondern von letzterer unabhängig und selbständig.

Die staatliche Genehmigung darf nach § 6 des Kleinbahngesetzes nur für diejenige Zeit erteilt werden, für welche dem Unternehmer das Wegebenutzungsrecht zusteht. Sie wird mit dem Aufhören des letzteren wirkungslos, auch wenn ihr nicht ausdrücklich eine dementsprechende Zeitbestimmung hinzugefügt ist.

Ob der Bau und Betrieb der Straßenbahnen in eigner Regie der Gemeinden oder durch einen Unternehmer vorzuziehen ist, muß nach den örtlichen Verhältnissen geprüft werden. Die Gemeinden sind zur eignen Regie wohl befähigt, sind auch eher als jeder Privatunternehmer in der Lage, allen öffentlichen Verkehrsinteressen hierbei zu genügen.

Oberbürgermeister Bender stellte den Antrag,

„der Vorstand wird beauftragt, die rechtlichen Entscheidungen und gemachten Erfahrungen auf dem Gebiete des Kleinbahnwesens und der Straßenbahnen zu sammeln und zur Kenntnis des Städtetags zu bringen."

Der Antrag Bender gelangt nebst den Leitsätzen zur Annahme. Der vierte Leitsatz wird mit einer von Adickes beantragten Abänderung angenommen, so daß er nunmehr lautet:

„Die zwischen dem Straßenherren und einem Privatunternehmer über das Straßen-Benutzungsrecht des letzteren geschlossenen Verträge unterliegen dem Privatrecht. Zur Entscheidung von Streitigkeiten, welche aus den Verträgen entstehen, ist der ordentliche Richter berufen, der Rechtsweg also nicht ausgeschlossen. Dies gilt sowohl für die Entscheidungen, die vor, als auch für diejenigen, die nach Erlaß des Kleinbahn-Gesetzes ergangen sind. Rechtliche Entscheidungen über das Kleinbahn-Gesetz können das bestehende Recht nicht beeinträchtigen."

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Zweiter Wahlkreis.** Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute abend 8 Uhr im „Friedrichstädtlichen Kasino" (früher Mertens), Friedrichstraße 236, eine Volksversammlung stattfindet. Reichstag-Abgeordneter Genosse H. Molkenbuhr hat das Referat über „Die neue Handelsvorlage und die Arbeiterinteressen" übernommen. Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

**Arbeiter-Bildungsschule,** Engel-Ufer 15, Seitenflügel 2 Tr. Wegen Verhinderung des Vortragenden in Nationalökonomie fällt der Unterricht am Donnerstag, den 31. d. M. aus. Die Bibliothek ist jedoch an diesem Abend von 8—9 Uhr geöffnet. Fortsetzung Donnerstag, den 7. Februar. Die ausfallenden Stunden werden später nachgeholt. — Die Mitglieder werden gebeten, mit den Billets vom Stiftungsfest umgehend abzurechnen.

Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Am Donnerstagabend 8½ Uhr findet in der Gambrinus-Brauerei, Wallstraße 94, eine Volksversammlung statt, in der Frl. Fanny Imle über die Verteuerung der Lebensmittel und die Konsumvereine sprechen wird. Es wird ersucht, rege unter den Arbeiterfrauen für diese Versammlung zu agitieren.

**Friedrichshagen.** Am Freitag, den 1. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Restaurant „Eiskeller" eine Volks-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtv. Heimann-Berlin über: „Mietssteigerungen, Wohnungsnot, deren Ursachen und die Mittel zur Abhilfe". 2. Diskussion. Die Versammlung wird Punkt 8½ Uhr eröffnet. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

## Lokales.

### Gerichtliche Bestrafungen von Gemeindeschulkindern.

Ueber die Verwahrlosung der Schulkinder war in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten immer mehr geklagt worden. Um eine sichere Unterlage für die Prüfung der Klagen zu gewinnen, hatte die Schuldeputation die Rektoren der Gemeindeschulen angewiesen, über alle Fälle gerichtlicher Bestrafung von Gemeindeschulkindern zu berichten. Das ist seit 1898 geschehen, und die Schuldeputation hat die Ergebnisse der angeordneten Ermittlungen veröffentlicht. Hatte schon das Jahr 1898 den Beweis erbracht, daß jene Klagen übertrieben waren, so gilt das noch mehr von den Ergebnissen aus 1899, die jetzt von der Schuldeputation bekannt gegeben werden. 1898 wurden 359 Gemeindeschulkinder, 1899 nur 335 gerichtlich bestraft. Zweifellos sind auch diese Zahlen noch bedauerlich hoch, aber sie zeigen doch, daß kein Grund zu der Annahme vorlag, die Berliner Gemeindeschule wimmele förmlich von Bestraften und sei geradezu eine Pflanzstätte für werdende Verbrecher. Die Schuldeputation vergleicht die Zahl der Bestraften mit der Zahl aller Gemeindeschulkinder (1898: 201 975, 1899: 206 419) und bekommt für 1898 1,8, für 1899 1,6 pro 1000 heraus. Diese rohe Art, statistische Zahlen zu verwerten, giebt nun allerdings wieder ein zu günstiges Bild. Die bestraften Kinder können, da sie ja sämtlich über 12 Jahre alt waren, nur mit der Zahl aller über 12 Jahre alten Kinder verglichen werden. Dabei ergiebt sich für 1899 folgendes: Von 12 099, 10 732, 2108 Knaben und 12 671, 11 381, 1941 Mädchen im Alter von 12—13, 13—14, über 14 Jahren wurden 35, 140, 123 Knaben und 4, 18, 15 Mädchen bestraft, also 2,9, 13,0, 58,8 bezw. 0,3, 1,6, 7,7 pro 1000. Beachtung verdient besonders der hohe Anteil bei den über 14 Jahre alten Knaben. Durchschnittlich jeder 17. dieser Knaben erlitt eine gerichtliche Bestrafung! Auch eine Gruppierung der Kinder nach Klassen ist lehrreich. Von 19 008, 19 566, 16 922, 14 424, 13 085 Knaben und 19 233, 19 392, 17 626, 14 880, 13 058 Mädchen der fünften, vierten, dritten, zweiten, ersten Klassen wurden 7, 41, 91, 104, 55 Knaben und 1, 5, 9, 13, 9 Mädchen bestraft, also 0,4, 2,1, 5,4, 7,2, 4,2, bezw. 01 (genauer: 0,05), 0,3, 0,5, 0,9, 0,7 pro 1000. Die Steigerung des Anteils der Bestraften nach den oberen Klassen hin erklärt sich daraus, daß es sich, wie gesagt, nur um über 12 Jahre alte Kinder handelt, die in den mittleren Klassen naturgemäß weniger zahlreich und in den unteren nur spärlich vertreten sind. Daß der Anteil in der obersten Klasse wieder zurückgeht, ist begreiflich; verwahrloste Kinder gelangen überhaupt seltener bis zur 1. Klasse als Kinder aus geordneten Verhältnissen. Was die Strafthat betrifft, so war sie meist Diebstahl, einfacher bei 159 Knaben und 26 Mädchen, schwerer bei 20 Knaben und 2 Mädchen, wiederholter bei 33 Knaben und 5 Mädchen, ferner Hehlerei bei 19 Knaben und 1 Mädchen, Unterschlagung bei 19 Knaben, Einbruch bei 1 Knaben, Betrug bei 2 Knaben, Bettelei bei 2 Knaben, weiter grober Unfug bei 14 Knaben, Sachbeschädigung bei 12 Knaben, Körperverletzung bei 7 Knaben, Mißhandlung bei 1 Knaben usw. Die Strafe bestand meist in bloßem Verweis, bei 193 Knaben und 25 Mädchen, ferner in Geldstrafe bei 1 Knaben, in Haft bei 5 Knaben, in Gefängnis bei 59 Knaben und 12 Mädchen. Die Haft betrug 1 bis 11 Tage, die Gefängnisstrafe 1 Tag bis 6 Monate, außerdem in 3 Fällen, wo schwerer Diebstahl im Wiederholungsfalle vorlag, 9 Monate bis 1 Jahr 3 Monate. Bei diesen Fällen muß man allerdings fragen, wie es möglich war, daß diese Kinder nicht vorher aus der Gemeindeschule ausgesondert und bei Zeiten besonderen Anstalten überwiesen wurden.

---

**Vom freisinnigen Männerstolz vor Königsthronen** wird der „Volks-Zeitung" eine Geschichte mitgeteilt, die keinen geringeren als den verstorbenen Oberbürgermeister Zelle angeht. „Es war im Sommer des Jahres 1896. Der damalige Oberbürgermeister Zelle weilte bei seiner Tochter und seinem Schwiegersohne, dem eben in den Reichstag für den Wahlkreis Ruppin-Templin gewählten Gutsbesitzer Lessing. Dort an dem alten Schloß des Prinzen Heinrich unter den Buchen, die den idyllisch schön gelegenen See umrahmen, trafen wir zusammen. Auf einem Spaziergange, den wir unternahmen, verloren wir uns allmählich von dem Gros der zahlreichen Gesellschaft. Zelle, ein rüstiger Fußgänger trotz seiner 67 Jahre, war unermüdlich im Steigen und im Sprechen. In der kurzen Spanne Zeit von etwa vierzig Minuten behandelte er eine ganze Reihe von Fragen. Auch auf das Projekt der weiteren Verschönerung des Schloßplatzes kamen wir zu sprechen. Zelle hatte die Pläne gesehen und er war entzückt von der prächtigen Fassade, die jetzt, aller Welt zugänglich, den Marstall ziert. Er sprach auch von Plänen, die bereits fertig seien und das Rote Schloß wie die Häuserreihe zwischen der Breitenstraße und der Brüderstraße umfaßten. Schön ist das alles, sehr schön sogar, bemerkte er dazu. Der Schloßplatz würde eine Art Juwel, wenn die Pläne zur Ausführung gelangten. Aber woher soll das erforderliche Geld kommen? Einstweilen bin ich ein Opfer dieser Pläne geworden, ich bin beim Kaiser in völlige Ungnade gefallen, weil ich erklärt habe, die Stadt sei nicht vermögend genug, um diese Pläne auszuführen. Der Kaiser war durch mein offnes Wort sehr verstimmt; er behandelt mich seitdem mit eisiger Kälte. Aber ich konnte nicht anders. Ich weiß genau, daß die Berliner Stadtverordneten die erforderlichen Millionen zu dem Zweck weder bewilligen werden, noch bewilligen können, und so blieb nichts andres übrig, als von vornherein jede noch dieser Richtung gefaßte Hoffnung als völlig aussichtslos zu bezeichnen. Das habe ich mit allem Freimut gethan.

Als Zelle am 7. Oktober 1892 zum Oberbürgermeister gewählt worden war, telegraphierte der Kaiser an ihn: „Ihre treuen Gesinnungen gegen mich und mein Haus wohl kennend, bin ich der Ueberzeugung, die Wahl konnte keinen Besseren und Geeigneteren treffen."

Nach dieser Darstellung soll sich der Kaiser mithin in Herrn Zelle getäuscht gefühlt haben, und der Schmerz hierüber hätte dann den Oberbürgermeister so heruntergebracht, daß er, seinen Pflichten gegen die Bürgerschaft vergessend, gar mutig zurückgewichen wäre. Mit dem Odium eines Märzgefallenen wäre Herr Zelle also ganz zu Unrecht beehrt worden. Würde Herr Zelle nun mit geziemender Fassung ausgeharrt haben, so hätte ihm schließlich der Gnaden Sonne wieder scheinen können, da die Stadtverordneten-Versammlung im vorigen Jahre bekanntlich mit der Schloßplatzverschönerung einen sehr generösen, zu den besten Erwartungen berechtigenden Anfang gemacht hat.

**Der Prozeß gegen den Arbeiter Neumann,** welcher beschuldigt ist, die Lehrerin Medenwald ermordet und beraubt zu haben, wird nicht, wie kürzlich berichtet wurde, am 11. Februar, sondern am 18. Februar und folgende Tage stattfinden. Den Vorsitz wird Landgerichts-Direktor Rösler führen. Die Verhandlung bildet insofern ein Seitenstück zu dem Prozeß gegen den der Ermordung der Prostituierten Singer beschuldigten Schneider Guthmann, als es auch im vorliegenden Falle darauf ankommen wird, dem Angeklagten die Thäterschaft durch eine umfangreiche Beweisaufnahme nachzuweisen. Es sind lauter Verdachtsmomente, auf die die Anklage sich stützt. Unter andrem wird hervorgehoben, daß die Nähmaschine der Ermordeten mit Stricken umwunden vorgefunden wurde, als sei sie eben zum Wegbringen fertig gemacht worden. Nun ist es erwiesen, daß Neumann, der bekanntlich viele Diebstähle bei alleinstehenden Lehrerinnen beging, sich als Vertreter einer Nähmaschinen-Fabrik ausgab, wenn wider sein Erwarten die Thür auf sein Klingeln geöffnet wurde. Es wird angenommen, daß Neumann sich in gleicher Weise bei dem Fräulein Medenwald einführte, die reparaturbedürftige Maschine zum Mitnehmen umschnürte und dann erst Gelegenheit fand, die Ahnungslose niederzuschlagen. Es sind Zeugen geladen, welche in dem Angeklagten einen Mann wiedererkennen wollen, der zu der fraglichen Zeit die Nachbarhäuser in seiner angeblichen gewerblichen Thätigkeit besuchte, und ferner will eine Zeugin einen Schmuckgegenstand, der bei dem Angeklagten gefunden wurde, früher im Besitz des Fräulein Medenwald gesehen haben. Als Neumann bei einem versuchten Diebstahl ergriffen wurde, steckte er auf der Wache schnell einen Zettel in den Mund und versuchte, denselben zu verschlucken. Die Schutzleute förderten den Zettel aber durch Anwendung von Gewalt wieder zu Tage. Er enthielt die Adressen von alleinwohnenden Damen, denen der Angeklagte voraussichtlich noch seine willkommenen Besuche zugedacht hatte. Die Verteidigung, die von den Rechtsanwälten Dr. Schwindt und Dr. Landau übernommen worden ist, dürfte diesen belastenden Umständen gegenüber einen schweren Stand haben.

**Die Adalbertbrücke,** deren Mitteljoch sich kürzlich gesenkt hat, erhält einen neuen Oberbau. Dem Antrage mehrerer Stadtverordneten gemäß hat der Magistrat die Brücke sofort untersuchen lassen und bestimmt, daß vorläufig die alten, vollständig zerfahrenen Bohlen, welche die Riegel der Zugbrücke kaum noch zu halten vermögen, entfernt und durch neue ersetzt werden. Mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden.

**Drei Einbrecher,** ein „Meister" und zwei „Lehrlinge", wurden in der Nacht zum Dienstag in der Werftstraße auf frischer That ertappt. Der „Meister" ist ein alter Verbrecher Gustav Schmidt, ein Mann von 50 Jahren, der erst vor vier Wochen das Zuchthaus verlassen hatte. — Da ihm wegen Atemnot die Praxis des Einbrechens schon etwas schwer wurde, so verlegte er sich auf die Theorie und „lernte" junge Verbrecher oder Burschen, die es werden wollten, „an". Die ersten, die er in seiner Kunst bildete, war ein 19jähriger Karl Gedanke, der trotz seiner Jugend schon mehr als einmal im Gefängnis gesessen hat, und ein noch unbestrafter Willy Voigt. Schmidt gab seinen „Lehrlingen" Anweisungen, baldowerte Gelegenheiten aus, schaffte Diebeswerkzeuge heran und zeigte nach einem gelungenen Zuge auch Wege zum Absatz der Beute. Dafür erhielt er dann jedesmal eine gewisse Summe als Lehrgeld. Die Nacht zum Dienstag sollte einem Raubzuge in der Werftstraße dienen, in der Gedanke bei seiner Mutter wohnte. Zunächst hatte man es auf das Haus Nr. 1 abgesehen. Obwohl aber der alte Meister diesmal selbst mitwirkte, so wollte es doch nicht gelingen, die Hausthür zu öffnen. Da die Thür vom Nachbarhause Nr. 2 leicht nachgab, so drang man in dieses ein und machte eine „Flatterfahrt". Schon war man dabei, auf dem Boden in aller Gemütsruhe nach Wäsche Umschau zu halten, als der noch ungeschickte Voigt durch ein Geräusch den Hausverwalter weckte. Dieser holte die Revierpolizei. Gedanke und Voigt gaben sich gleich gefangen, Schmidt dagegen versuchte zu entschlüpfen. Schnell erbrach er einen andren Bodenverschlag und verriegelte von innen die Thür mit einem Stemmeisen. Die ertappten Burschen verrieten ihn auch nicht. Die Polizei vermutete aber doch, daß sie nicht allein die Thäter seien. Während uniformierte Beamte das Haus bewachten, suchten Kriminalbeamte den Boden ab. Nach einer Stunde ermittelten sie dann auch den alten Sünder, erbrachen seinen Verschlag und nahmen auch ihn fest. Gestern wurden alle drei nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht. In der Wohnung des Gedanke fand man auch noch allerhand Sachen von andren Einbrüchen, u. a. bei einem Restaurateur Mündner in der Bergstraße.

**Die vortrefflichen Einrichtungen des Berliner Gewerkschaftshauses** erregen neuerdings auch in Kreisen, die der Arbeiterschaft allgemein fernstehen, die gebührende Aufmerksamkeit. So hat gestern vormittag der zweite Vicepräsident des preußischen Herrenhauses, Oberbürgermeister Becker aus Köln, dem Gewerkschaftshause einen längeren Besuch abgestattet, wobei er eine Anzahl Bureaus von Gewerkschaften und Krankenkassen sowie die Einrichtungen der Herberge in Augenschein nahm.

**Wir erhalten** zu der am Sonntag gebrachten Meldung über die Verhaftung des Kaufmanns Pape vom Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig folgende Zuschrift: Soweit es sich in dieser Notiz um unsern Verband deutscher Handlungsgehilfen und um einen Vertreter unsres Verbands handelt, ist die Mitteilung irrig, da wir in unsrem Verbande weder einen Gau Brandenburg, noch ein Mitglied Friedrich Pape besitzen.

**Vermißt** wird seit etwa fünf Wochen der Hauptmann a. D. Eduard Kemper aus der Pestalozzistr. 1 in Charlottenburg, der als früherer langjähriger Inhaber und Vorsteher eines Militärpädagogiums in Westend auch weiteren Kreisen bekannt sein dürfte. Kemper, der in letzter Zeit für eine Berliner Fabrik von Glasglühlichtstrümpfen thätig war, teilte einige Tage vor Neujahr mehreren Bekannten mit, daß er zur Teilnahme an einer Hochzeit zu verreisen und nach acht bis zehn Tagen zurückzukehren beabsichtige. Von dieser Reise ist er dem „Berl. Tgbl." zufolge aber noch nicht wieder hier angelangt.

**Die Witwe Marie Pfaff,** die in der Straußbergerstraße 85 ihre beiden kleinen Kinder mit Leuchtgas und Morphium vergiftete und sich selbst damit zu töten versuchte, wie gestern berichtet wurde, ist noch vorgestern abend im Krankenhaus im Friedrichshain gestorben.

**Kriminalkommissar v. Kracht,** dessen Rückkehr aus Konitz wir in der vergangenen Woche meldeten, hat sich gestern auf Anordnung des Ministers des Innern in Begleitung eines Kriminalschutzmanns abermals von hier nach Konitz begeben.

**Wegen der zahllosen Einbrüche,** die das Hamannsche Ehepaar aus Fichtenau bei Rahnsdorf verübt hat, sind in der letzten Zeit noch sechs andre Personen festgenommen, darunter auch mehrere Schankwirte. Diese Verhafteten sind in die sensationelle Angelegenheit teils wegen Diebstahls, teils wegen Hehlerei verwickelt. Einer der Festgenommenen, der Gastwirt Fournier aus der Andreasstraße, ist selbst wiederum von einem andren Spitzbuben heimgesucht worden. Ein Einbrecher Robert Sprengler, der u. a. einen Mann auf offener Straße angesprochen und später gefleddert, außerdem aber noch verschiedene Einbrüche und Unterschlagungen auf dem Kerbholz hat, wurde von der Kriminalpolizei dingfest gemacht. Einen Einbruch bei dem Schankwirt Fournier gab er zu. Die näheren Ermittelungen aber ergaben, daß man Fournier wegen Hehlerei in der Hamannschen Sache mittlerweile ebenfalls eingesperrt hatte. Zu den Helfershelfern des Hamannschen Ehepaars gehört außerdem ein Geschirr- und Fahrraddieb Knispel, der noch einem Diebstahl in der Fahrradhandlung von Dessin in der Rosenthalerstraße festgenommen worden ist.

**Unglückliche Liebe eines Schutzmanns.** Wegen unglücklicher Liebe sind der 30 Jahre alte Schutzmann Wilhelm Raucke vom Weidenweg und das 21 Jahre alte Dienstmädchen Emma Scholz aus der Frankfurter Allee verschwunden, um sich das Leben zu nehmen. Obwohl er verheiratet und Vater eines fünfjährigen Töchterchens ist, verliebte sich Raucke in das Mädchen, das bei den Schwiegereltern seines Reviervorstehers seit zwei Jahren in Stellung war. Das Verhältnis blieb geheim, bis eine Festlichkeit am Donnerstag voriger Woche es an den Tag brachte. Die Kameraden Rauckes sowohl wie die Verwandten seiner Geliebten boten alles auf, eine Trennung herbeizuführen, da an eine eheliche Verbindung doch nicht zu denken war. Das Mädchen konnte jedoch diesen Gedanken nicht fassen und hat wohl den Geliebten beredet, mit ihm in den Tod zu gehen. Raucke kam abends um 10 Uhr nach Hause, zog bürgerliche Kleidung an, verabschiedete sich von Frau und Kind und kehrte nicht wieder zurück. Gestern erhielten die Herrschaft seiner Geliebten von ihm und der junge Scholz von seiner Schwester Briefe, in denen sie um Verzeihung bitten und ankündigen, daß sie gemeinsam Gift nehmen wollen. Das Mädchen gratulierte dem Bruder auch noch zum Geburtstag. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Die beiden sollen sich in Stettin durch Cyankali getötet haben.

**Das Polizeipräsidium** teilt mit: In dem Müllkasten eines Hauses in der Prinzenstraße sind am 4. d. M. eine Anzahl Schlüssel, von denen anzunehmen ist, daß sie aus Diebstählen herrühren, gefunden worden. Es sind dies 1 Schlüsselring mit 1 Korridorschlüssel, 2 Spind- und 3 Kofferschlüsseln, 1 Schlüsselring mit einem Geldschrank- und 4 Stück Schubhohlschlüsseln, 1 Schlüsselring mit 4 Spindhohlschlüsseln, sowie 2 lose Spindhohlschlüssel. Rekognoscenten wollen sich in den Vormittagsstunden zwischen 9 bis 1 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 249, melden.

**Durch Rauch erstickt** ist bei einem Brand in der vergangenen Nacht ein ½ Jahr altes Kind des Zimmermann Hoffschen Ehepaars aus der Swinemünderstr. 72.

**Yvette Guilbert** bringt für ihr diesmaliges Auftreten im Metropoltheater ein künstlerisch hoch bedeutsames Repertoire mit, welches nicht nur ihrer Eigenart entspricht, sondern auch einen interessanten Einblick in die neuere Poesie Frankreichs gewährt. Da ist beispielsweise „Morphinée" von Jan. Lorrain, das von den Leiden und der endlichen Erlösung einer in ihrer Liebe Betrogenen erzählt, die durch Morphium ihren Schmerz betäubte. Aristide Bruant kommt mit seinem „Rosa la Rouge" zu Wort, in welchem der fast

chnische Verismus in der Schilderung des verbrecherischen Treibens gewisser Elemente von Montrouge bis zur Spitze getrieben ist. Eine feine Studie in der Wiedergabe gewisser französischer Beamtentypen ist das Gedicht Le pendu (der Selbstmörder), von köstlichem Humor das J'suis dans l'Bottin (Ich stehe im Adreßbuch), und einen Zug von Mysticismus, welcher die ganze moderne Kunst Frankreichs durchweht, bringt La Légende de St. Nicolas in den Vortragsschluß. — Es kosten: Balkonlogen und Terrassen 7 M., Orchesterfauteuil 5 M., Parkettfauteuil 4 M., Parketttisch 3 M., Rangloge 5 M., Rangfauteuil 3,50 M., Sperrsitz 2,50 M., Balkon-Promenoir 3 M., Promenoir 1,50 M. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

**Der dritte Vortragsabend des Vereins „Berliner Presse"** findet am Donnerstag, den 7. Februar, statt und wird drei jüngeren Autoren Gelegenheit geben, dem Publikum persönlich aus ihren Werken vorzulesen: Erich Schlaikjer, Dr. Rudolf Presler und dem als Rechtsanwalt in Harzburg lebenden Verfasser von „Mehr Goethe", Rudolf Huch. Da sich für den interessanten Abend eine rege Teilnahme kundgiebt, ist der Verkauf der Eintrittskarten schon jetzt eröffnet worden. Karten sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126; Breslauer u. Meyer, Leipzigerstr. 136; Lazarus, Friedrichstr. 66; Speyer und Peters, Unter den Linden 43; Trautwein, Kurfürstenstr. 88; Boyte, Potsdamerstr. 13 und im Berliner Pressekub, Charlottenstr. 37 (Fahrstuhl.)

**Orgelkonzert.** Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 30. Januar, mittags 12 Uhr, ist ein Bach-Konzert, das von Herrn Musikdirektor Otto Dienel, Frl. Marie Lindow, Frl. Hedwig Schieler, Herrn Richard Tlusteck, Herrn Konzertmeister Leopold Hartmann, Violinist, Herrn Rob. Schwiesselmann und Herrn W. Kipp ausgeführt wird. Der Eintritt ist frei.

## Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** In der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. Januar wurde zunächst die Durchberatung der zu erlassenden Straßenpolizei-Ordnung fortgesetzt und beendet. Leider fiel ihr auch eine bisher noch im Gebrauch befindliche ländliche Eigenart zum Opfer: das Spielen von Drehorgeln auf den Schöneberger Straßen. Trotzdem der Referent des Ausschusses erklärte, daß man einstimmig beschlossen habe, den Stadtverordneten das Beibehalten dieser Volksmusik zu empfehlen, zeigten sich die Stadtväter als vollwertige Großstädter, indem sie beschlossen, den „unwürdigen Zustand" aufzuheben. — In eine Gesundheits-Kommission sollen drei Magistratsmitglieder und sechs Stadtverordnete deputiert werden. — Eine längere Diskussion rief die Petition der Schöneberger Gast- und Schankwirte auf Aufhebung des Zuschlags (100 Proz.) zur Betriebssteuer hervor. Der Petitions-Ausschuß empfahl die Ueberweisung dieser Petition an den Magistrat als „Material". Sämtliche Redner waren sich einig darin, daß diese Erhebung eine große Härte bedeute. Berücksichtige man die Art der Erhebung, welche binnen zwei Wochen nach Eröffnung des Geschäfts mit einem Male für das ganze Jahr erfolgt und betrachte man andrerseits die fortwährenden Scherereien mit den Aufsichtsbehörden, so erscheine es als eine Pflicht der Stadt, den Gastwirtsstand finanziell zu entlasten. Bürgermeister Dr. Gerhardt betonte die Richtigkeit der Aeußerungen, verwies jedoch auf die bestehenden Gesetzesparagraphen, die eine solche Einziehung vorschreiben. Auf Antrag Richters wurde die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

**Ein schweres Unglück** hat sich gestern auf der Wannseebahn ereignet. Am Dienstag, vormittags gegen 6¾ Uhr, sprang die geisteskranke ca. 20jährige unverheiratete Anna Federoff, welche durch die 43 Jahre alte Wärterin Josephine Beyer, geboren zu Bregenz am Bodensee und in Wörishofen wohnhaft, in das Heimathaus des evangel. Diakonievereins nach Zehlendorf eingeliefert werden sollte, aus dem in voller Fahrt befindlichen Wannseebahnzuge, als dieser soeben den Bahnhof Steglitz verlassen hatte. Die pflichtgetreue Wärterin sprang ihrem Schützling sofort nach, geriet unter den Eisenbahnzug und es wurden der Aermsten sowohl der linke Arm als auch die rechte Hand vollständig vom Körper abgetrennt. Außerdem erlitt sie erhebliche Verletzungen am Kopf und Oberkörper. Dagegen war die Geisteskranke selbst ohne jede Verletzung davongekommen. Der Wärterin wurden durch den Sanitätsrat Herrn Dr. Alberts-Steglitz Notverbände angelegt, worauf sie schleunigst in das Kreiskrankenhaus Groß-Lichterfelde geschafft wurde. Das geisteskranke Mädchen wurde zunächst in der Steglitzer Polizeiwache untergebracht und später einem Wärter des Heimathauses des evangelischen Diakonievereins zu Zehlendorf abgeliefert.

**Den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer** 1901 hat der Magistrat von Charlottenburg auf 97 vom Hundert der Stadtverordneten-Versammlung zur Festsetzung zu empfehlen beschlossen. Schon seit vier Jahren hält die Stadtgemeinde Charlottenburg an diesem Satze fest.

## Gerichts-Zeitung.

**Eine Erinnerung an den Straßenbahner-Streik** vom Mai vorigen Jahres bot eine Verhandlung, die gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Zuschneider Paul Dille stattfand. Der Angeklagte war nebst 17 andren wegen Auflaufs und Beamtenbeleidigung verurteilt worden; die ihn betreffende Strafe belief sich auf 5 Monate Gefängnis. Am Abend des 20. Mai v. J. fanden am Rosenthaler Thor Menschenaufläufe statt, die sich trotz aller Zerstreuungen durch Schutzleute immer wieder von neuem bildeten. In der früheren Verhandlung war angenommen worden, daß der Angeklagte sich an einer dieser Zusammenrottungen beteiligt und sich erst nach wiederholter Aufforderung entfernt hätte. Im Begriff, einen Hausflur zu betreten, hatte der Angeklagte sich umgedreht und den Schutzleuten zugerufen: Ihr verfl. schlesischen Hunde!" Nun war seine Verhaftung erfolgt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Liebknecht, legte mit Erfolg Revision ein, das Reichsgericht hielt zwar die Verurteilung wegen Beleidigung aufrecht, beanstandete dagegen die Feststellungen des Vorderrichters in betreff der Zusammenrottung. Im gestrigen erneuten Termin ergab die Verhandlung, daß die Schutzleute nicht bestimmt wußten, ob sie zwei- oder dreimal zum Auseinandergehen aufgefordert hatten. Jedenfalls hatte der Angeklagte sich sofort entfernt, als er die Aufforderung gehört hatte. Der Gerichtshof hob daher die frühere Verurteilung in betreff der Zusammenrottung auf und erkannte nur wegen der Beleidigung auf 14 Tage Gefängnis.

**In dem Helios-Gründungsprozeß** nahm Landgerichtsdirektor Tackmann die Verhandlungen wieder auf. Die Aussagen einer ganzen Reihe von Zeugen, die über Vorgänge bei der Gründung, ihrem Erwerb von Aktien 2c. vernommen wurden, waren ohne allgemeines Interesse. Der als Zeuge vernommene Oberstabsarzt a. D. Dr. Mittenzweig gehört zu dem gegen Heinicke geltend gemachten Betrugsfall. Dr. M. hatte dem Angeklagten im Interesse der Anstellung seines (des Zeugen) Sohn bei der „Stoßfangschienen-Gesellschaft" 20 000 M. Darlehn gegeben und zur Sicherheit dafür 21 000 M. Helios-Aktien in Pfand erhalten. Heinicke soll dabei diese Aktien als durchaus genügende Sicherheit bezeichnet haben, obgleich er schon damals von deren Unwert habe überzeugt sein müssen. Zinsen und Kapital sind dem Zeugen gezahlt worden, freilich immer erst im Wege der Klage und Exekution. Der Zeuge erklärt auf Befragen, daß er auf die Sicherheit nicht so viel Wert gelegt habe, als auf das ihm gegebene Wort eines inzwischen verstorbenen Siegmund Eppenstein, das ihn vollständig beruhigte. Er habe auch gar nicht daran gedacht, Strafanzeige gegen Heinicke wegen Betrugs zu stellen. Ob Heinicke ihm die Helios-Aktien als durchaus sicher geschildert, weiß der Zeuge nicht mehr. — Der Sohn des Vorzeugen, Hauptmann a. D. M., ist der Ansicht, daß es bei seiner Anstellung bei der „Stoßfangschienen-Gesellschaft" gar nicht auf seine Anstellung angekommen sei, sondern darauf, sein Geld zu erhalten. Thatsächlich habe er Tage lang das Tintenfaß nicht aufzumachen und gar keine Thätigkeit für das Unternehmen entfalten brauchen. Das Unternehmen besteht heute noch, hat aber noch keinen Gewinn abgeworfen. — Nach Vernehmung des Hauptmanns a. D. Kirst über die Verhältnisse der Stoßfangschienen-Gesellschaft und die Vermögensverhältnisse des Heinicke wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

**Ein Aufsehen erregender Prozeß** gegen den verkrachten Bankier Müller und dessen Sohn endete Montag nach viertägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Görlitz mit Verurteilung beider Angeklagten zu je 7 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer. Von der Untersuchungshaft wurde ihnen je ein halbes Jahr angerechnet. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen das Konkursgesetz und Depotunterschlagung in vielen Fällen. Als Geschädigte wurden 79 Personen genannt, davon meistens Bewohner aus Görlitz und Umgebung, zum Teil Persönlichkeiten vornehmen Standes. Der Angeklagte sagte aus, daß der Konkurs über sein Vermögen am 18. Dezember 1899 auf seinen Antrag eröffnet wurde. Er ist schon früher in Zahlungsschwierigkeiten gewesen und giebt als Ursache den südafrikanischen Krieg an. Er gab die Unterschlagung von Wertpapieren zu und räumte auch ein, um die Unterbilanz zu verschleiern, falsche Zahlen eingestellt zu haben. Die Geschworenen berieten vier und eine halbe Stunde und bejahten fast sämtliche Schuldfragen bei den beiden Angeklagten sowohl hinsichtlich der Depotunterschlagungen als auch hinsichtlich der Verstöße gegen das Konkursgesetz. Die Fragen nach mildernden Umständen wurden meistens verneint. Von dem riesigen Umfange der Spekulationsgeschäfte Müllers geben folgende Ziffern eine Vorstellung: In den Jahren 1898—1899 betrug sein Gesamtumsatz in Zeitspekulationsgeschäften 205 Millionen Mark. Müller hat 1898 durchweg an Spekulationsgeschäften einen Gesamtgewinn von 472 000 M., einen Gesamtverlust von 468 000 M. erzielt; ferner im ersten Semester 1899 einen Gewinn von 852 000 M., einen Verlust von 446 000 M.; im zweiten Semester 1899 einen Gewinn von 213 000 M. und einen Verlust von 1 200 000 M. In beiden Jahren 1898 und 1899 hat Müller insgesamt 483 000 M. direkte Spekulationsverluste erlitten, ohne Spesen. Hinzu kommen die Spesen, welche sich auf die verschiedenen Plätze Berlin, Wien, Brüssel, Paris und London verteilen und zusammen 698 000 M. ergaben. Die Umsatzsumme von 205 Millionen Mark verteilt sich auf Berlin mit etwa 130 Millionen, Wien etwa 8 Millionen, Brüssel 9 Millionen, Paris 7 Millionen, London etwa 55 Millionen. Die riesigen Differenzen wurden durch Unterschlagungen gedeckt, bis die Katastrophe eintrat.

## Vermischtes.

**Das Unwetter der letzten Tage.** Aus Görlitz wird gemeldet: Im Quellgebiet der Neiße ist nach starken Regengüssen, die von Sturm begleitet waren, Hochwasser eingetreten. In Pethau bei Zittau riß der Eisgang eine Notbrücke fort, auf welcher drei Arbeiter sich befanden; einer ist ertrunken. Die Görlitzer Neiße steigt; der Orkan hat das Dach der Lutherkirche beschädigt. — Aus Bremen wird berichtet: Durch den ungewöhnlich schweren Sturm der letzten Nacht wurde das auf dem Borkumer Riff verankerte Borkumer Feuerschiff, mit Markoni-Apparaten an Bord, von seinem Platz weggetrieben und bisher nicht aufgefunden. — In Geestemünde sind die Schiffswerften von Seeberg und Tecklenburg, sowie die Fischauktionshalle überschwemmt. Der Wasserstand ist drei Meter höher als gewöhnlich. — Aus Papenburg meldet man: Die Ems ist meterhoch gestiegen, Straßen und Ländereien sind unter Wasser gesetzt. Ortschaften und Gehöfte sind durch Wasser völlig eingeschlossen. Die Dämme sind stark gefährdet. — Die Saale wächst stark; an verschiednen Stellen ist Ueberschwemmungs-Gefahr eingetreten. In Pforzheim warf der Sturm ein Stallgebäude um, unter dem 13 Stück Vieh begraben wurden. Gestern um Mitternacht gab es dort ein Gewitter. — Im ganzen Elsaß wütete ein ungewöhnlich heftiger Orkan, der an Gebäuden und in der Feldflur schweren Schaden anrichtete. Infolge des Unwetters sind die Flüsse an vielen Stellen über die Ufer getreten und der Verkehr ist vielfach gestört. — In London herrschte gestern den ganzen Tag heftiger, mit Regen verbundener Sturm. Nach einer Depesche aus Dover war auch im Kanal sehr stürmisches Wetter; der um 9 Uhr morgens in Dover fällige Ostender Dampfer war dort mittags noch nicht in Sicht. Vom Dampfer „Holland", dessen Strandung bei der Einfahrt in den Nieuwe Waterweg wir schon meldeten, sind 11 Mann der Besatzung und 4 Passagiere ertrunken. — Wie die „Frankf. Ztg." meldet, ist gestern bei San Sebastian ein Fischerboot im Sturm gesunken. Sämtliche 21 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Ueber die Sturmflut am Montag berichtet der „Hannoversche Courier" aus Leer folgende Einzelheiten: Durch die Flut wurde hauptsächlich der westliche Stadtteil betroffen. Viele Häuser haben durch Einsturz von Mauern und Unterspülung stark gelitten. Menschen sind im Stadtgebiet nicht umgekommen, doch hat eine große Zahl nur mit Mühe gerettet werden können, so mußten mehrere alte Leute, deren Bett bereits vom Wasser umspült wurde, nach höher gelegenen Räumen getragen, andre, denen das Wasser bis an den Hausboden ging, durch das Dach gerettet worden. Dagegen ist eine beträchtliche Menge von Haustieren aller Art umgekommen. Viele Hausdächer sind ganz oder teilweise abgedeckt. Die Straßen sind von großen Eisschollen bedeckt, Bäume in Mannshöhe vom Eise durchschnitten. Verschiedene große Schuppen sind vom Erdboden verschwunden. In Bingum ist ein Haus eingestürzt. Zahlreiche Ortschaften und Gehöfte des Emslands sind rings vom Wasser umgeben, Deiche vielfach stark beschädigt.

**Ein Leprafall in Sachsen.** Aus Merseburg, 29. Januar, wird gemeldet: In einer hiesigen Familie, deren Mutter aus Java stammt, wurde eine schwere Lepra-Erkrankung festgestellt. Die Aufregung in der Bevölkerung ist groß.

**Raub im Eisenbahn-Postwagen.** Gestern morgen sind in Gutebherberge auf der Strecke Dirschau—Danzig zwei verkleidete, geschwärzte Männer in den Postabteil des Packwagens eines gemischten Zugs eingestiegen, haben den Postschaffner überfallen, geknebelt und angeschossen, Geldsachen, deren Höhe noch unbekannt ist, geraubt und sind dann entflohen. Der Schaffner wurde schwer verletzt in das Danziger Stadtlazarett überführt.

**Eisenbahn-Unglück.** Aus Duisburg meldet uns ein Privattelegramm: Auf der Station Worringen stießen in der verflossenen Nacht zwei Güterzüge zusammen. Ein Heizer wurde getötet, ein Bremser schwer verletzt.

## Eingegangene Druckschriften.

Die **„Socialistischen Monatshefte"** (Administration: Berlin W., Lützowstr. 85A) haben soeben das Februarheft ihres 7. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Karl Legien: Die Initiativanträge der socialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Hugo Poetzsch: Obligatorische Schiedsgerichte und Streikzwang. — Eduard Bernstein: Der südafrikanische Krieg und die Socialdemokratie. — Paul Kampffmeyer: Von der Sippe zum Staate. Zur Geschichte der Umwälzungen im Wesen des Staats. — Richard Dehmel: Vier Gedichte. — Ifegrim: Skizzen aus der socialpolitischen Litteratur und Bewegung. — VI. Karl Marx: Rittinghausen und Prince-Smith über die internationale Rolle des Freihandels. — Dr. Ludwig Woltmann: Die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Klassenkampfes. — Emile Pouvillon: Maikäfer, flieg' . . . — Rundschau: Politik, von Richard Calwer. — Wirtschaft, von Max Schippel. — Socialistische Bewegung, von Dr. Ladislaus Gumplowicz und Oskar Petersson. — Gewerkschaftsbewegung, von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung, von Dr. Eduard David. — Sociale Kommunalpolitik, von Dr. C. Hugo. — Psychologie, von Dr. Ernst Gystrow. — Bildende Kunst, Litteratur, Theater, von Oskar Bernhard. — Bücher und Zeitschriften. — Der Preis des elegant ausgestatteten Hefts beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6961), sowie direkt durch die Expedition der „Socialistischen Monatshefte", Berlin W. 35. (Zusendung in offenem oder geschlossenem Couvert.) Probehefte auf Verlangen gratis und franco.

### Marktpreise von Berlin am 28. Januar 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, gut | D.-Ctr. | 15,40 | 15,39 | Kartoffeln, neue, D.-Ctr. | | 6,— | 5,— |
| „ mittel | „ | 15,38 | 15,37 | Rindfleisch, Keule 1 kg | | 1,60 | 1,20 |
| „ gering | „ | 15,36 | 15,35 | do. Bauch | „ | 1,30 | 1,— |
| *) Roggen, gut | „ | 14,20 | 14,18 | Schweinefleisch | „ | 1,60 | 1,10 |
| „ mittel | „ | 14,16 | 14,14 | Kalbfleisch | „ | 1,80 | 1,— |
| „ gering | „ | 14,12 | 14,10 | Hammelfleisch | „ | 1,60 | 0,90 |
| †) Gerste, gut | „ | 15,40 | 14,70 | Butter | „ | 2,60 | 2,— |
| „ mittel | „ | 14,60 | 13,90 | Eier | 60 Stück | 5,50 | 3,20 |
| „ gering | „ | 13,80 | 13,10 | Karpfen | 1 kg | 2,20 | 1,20 |
| †) Hafer, gut | „ | 15,60 | 15,20 | Aale | „ | 2,80 | 1,40 |
| „ mittel | „ | 15,10 | 14,50 | Zander | „ | 2,50 | 1,20 |
| „ gering | „ | 14,40 | 13,80 | Hechte | „ | 2,— | 1,— |
| Richtstroh | „ | 7,16 | 6,50 | Barsche | „ | 1,80 | 0,80 |
| Heu | „ | 8,10 | 5,20 | Schleie | „ | 3,— | 1,20 |
| Erbsen | „ | 40,— | 25,— | Bleie | „ | 1,40 | 0,70 |
| Speisebohnen | „ | 45,— | 25,— | Krebse | per Schock | 12,— | 3,— |
| Linsen | „ | 70,— | 30,— | | | | |

*) ab Bahn.
†) frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 29. Januar.** Am heutigen Getreidemarkt war die Tendenz schwächer unter dem Einfluß niedrigerer auswärtiger Notierungen und auf größeres Warenangebot aus dem Inland. Die Umsätze waren belanglos. Weizenlieferungen wichen um 0,75 M., Roggenlieferungen um 0,25 M., Hafer blieb behauptet. Rüböl ging auf Paris um 0,80 M. zurück. — 70er Loco-Spiritus war mit 44,20 M. unverändert.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.**

**Jakob.** Fräulein Baader wohnt Großgörschenstr. 38, 2. Hof, rechts 3 Tr: — In der Redaktion des „Handlungsgehilfen-Blatts", Oranienstraße 73, III, werden Sie Auskunft erhalten.

**Reichstagsgebäude** kostete rund 25 Millionen Mark.

**H. H. 999.** Das Wöchnerinnenheim ist Urbanstr. 38. Bedürftige Wöchnerinnen werden dort unentgeltlich verpflegt, wenn sie vom Armenkommissionsvorsteher oder dem Armenarzt empfohlen worden sind. Meldungen sind entweder schriftlich oder mündlich von 3—4 Uhr anzubringen.

**O. 1901.** Das 17. Husarenregiment (Totenkopf) liegt in Braunschweig. In Posen garnisoniert das 2. Husarenregiment.

**„Vaterlandsloser Gesell".** Wenden Sie sich an Stangens Reisebureau, Friedrichstr. 72.

**Zwei Wettende, Swinemünderstraße.** Nein. Das 2. Bataillon des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments, das früher dort lag, liegt jetzt in Spandau.

**H. 22.** Die Buchstaben auf den Münzen lassen erkennen, an welchem Orte dieselben geprägt wurden. Es bedeutet A Berlin, B Hannover, C Frankfurt a. M., D München, E Dresden, F Stuttgart, G Karlsruhe, H Darmstadt und J Hamburg.

**W., Koburg.** Unser Straßburger Partei-Organ führt den Namen „Freie Presse" und ist unter Nr. 2629 in die Post-Zeitungsliste eingetragen.

**R. K. 54.** Wenden Sie sich einen Tag vor der Sitzung an das Bureau des Reichstags. Bei der Meldung erhalten Sie einen Bon, auf den Ihnen am Tage der Sitzung zwischen 9 Uhr vormittags und dem Beginn der Sitzung eine Karte verabreicht wird.

**L. St., zwei Wettende.** 1. Rund 50 000. 2. Den Berliner Gewerkschaften. (Verschieden.)

**Weiterburg.** Besten Dank, soll gelegentlich verwendet werden. Die französische Sprache kennt die Buchstaben K und W nur in Fremdwörtern.

**Goldfisch.** In Reklams Universalbibliothek ist ein Büchlein, „Arnold, Das Aquarium" (Nr. 3956), zum Preise von 20 Pf. erschienen, das entsprechende Ratschläge enthält.

**J. L. 28.** Wir können Ihnen die Kasse nicht empfehlen, sondern im Gegenteil dringend von dem Eintritt abraten.

**W. 8.** Der einfachste Weg ist, daß Sie eine entsprechende Bitte an das dortige Einwohner-Melde-Amt richten. Legen Sie eine Antwort-Postkarte mit Adresse bei und 50 Pf. in Briefmarken. Man wird Ihnen gewiß Auskunft geben.

**Z. 25.** Die Gesellschaft ist, wenn Ihre Police verloren gegangen ist, verpflichtet, eine neue Police Ihnen auszustellen oder anzuerkennen, daß Ihr Versicherungsvertrag fortdauert. — **B. 100.** Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **M. S. 2.** Die Klage wäre aussichtslos. Der Vater haftet nicht für die Schulden seines großjährigen Sohns. — **Verein Glückstern.** Zu einem Versicherungsverein ist polizeiliche Genehmigung erforderlich. Ihr Verein kann aber den Anspruch so formen, daß er ein nicht klagbarer wird: dann liegt kein Versicherungsverein vor und ist polizeiliche Genehmigung nicht erforderlich. — **M.** Ja.

**Arbeiterrecht 127.** Ja, nur Werkmeister usw. sind bei einem Gehalt über 2000 M. nicht liebepflichtig. — **Röthling.** Vgl. die ausführliche Antwort unter A. B. C. — **G. W. 3.** Zwei Mark. — **L. B.** Sie werden nicht aufgefordert, sondern müssen selbst den Antrag auf Eröffnung des Testaments unter Ueberreichung des Totenscheins und des Aufbewahrungsscheins stellen. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. — — **Plöchl.** 1. Wenn das Dienstmädchen Veranlassung zur Kündigung gegeben hat. Diese Frage ist ausführlich im Briefkasten des „Vorwärts" vom 29. Januar unter G. B. 20 beantwortet. 2. Ja. 3. Uns unbekannt. — **A. B. C.** Ein Testament kann auf dreifache Weise errichtet werden. Erster Weg: Der Erblasser erklärt seinen letzten Willen dem Richter oder dem Notar mündlich zu Protokoll. Zweiter Weg: Der Erblasser kann eine offene oder verschlossene Schrift mit der mündlichen Erklärung dem Richter oder Notar übergeben, daß diese Schrift seinen letzten Willen enthalte. Dritter Weg: Der Erlasser errichtet ein eigenhändiges Testament. Solches Testament müßte der Erblasser von Anfang bis zu Ende selbst schreiben und unterschreiben und mit der Angabe des Orts und Tags der Errichtung versehen. Die Unterschrift muß unter allem, also z. B. nicht neben dem Datum stehen. Dies Testament kann der Erblasser bei sich oder einem andren aufbewahren. In Ihrem Fall genügt etwa folgendes: „Berlin, den 31. Januar 1901. Hierdurch ernenne ich zu meiner alleinigen Erbin meine Ehefrau. Unterschrift." Leben noch die Eltern des Erblassers, so müßte das Wort „alleinigen" gestrichen und zugesetzt werden: „ferner meine Eltern, diese setze ich jedoch auf den Pflichtteil." — **Volta (E. S.)** Sie sind nicht zur Zahlung des ohne ihre Zustimmung von ihrem Sohn gekauften Paletots verpflichtet. — **H. W.** Der betreffende Eigentümer kann sich nur an den Schneider halten. — **J. G.** Das uneheliche Kind hat kein Erbrecht gegenüber seinem Erzeuger. Vor dem 1. Januar 1900 stand ihm in einigen Ländern, so im landrechtlichen Preußen ein Erbrecht zu. Erbberechtigt (zu einem Sechstel) war das Kind jedoch nur dann, wenn sein Erzeuger ohne Hinterlassung ehelicher Kinder und ohne Hinterlassung eines Testaments gestorben war. Seine Mutter beerbt das uneheliche Kind wie ein eheliches. — **Ernst P.** Schriftliche Antwort erteilen wir nicht. 1. Ja. 2. Nein. — **Genosse W.** Leider giebt es diesem Eheverbot gegenüber keine Hinterthüren. — **R. G. 1901.** Nein. — **W. Z. 100.** Tritt ein Verlobter ohne wichtigen Grund vom Verlöbnis zurück, wie dies in Ihrem Fall war, so muß er der Braut und deren Eltern oder dritten Personen, welche an Stelle der Eltern in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben oder Verbindlichkeiten eingegangen sind, den Schaden ersetzen. Außerdem kann die verlassene Braut, falls sie unbescholten war und ihrem Verlobten die Beiwohnung gestattet hatte, auch eine billige Entschädigung in Geld für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, verlangen. Bei jeder Aufhebung eines Verlöbnisses kann jeder Verlobte die Herausgabe der Verlöbniszeichen (Ringe, Photographien u. dgl.) und seiner Geschenke verlangen. — **R. 1000.** 1. Sowohl das im Dietzschen Verlage erschienene Arbeiterrecht wie den als erster Nachtrag zu demselben erschienenen Führer durch die Unfallversicherungs-Gesetze können Sie auch jetzt noch beziehen. 2. Das Arbeiterrecht nebst dem diesem angehängten Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch kostet in 22 Lieferungen a 20 Pf. 4 M. 40 Pf., in Glanzleinenband gebunden 5 M. 50 Pf., der Führer durch die Unfallversicherungs-Gesetze 75 Pf.

### Witterungsübersicht vom 29. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 740 | NW | 2 | bld. bed. | −2 | Haparanda | 735 | NO | 6 | Schnee | −4 |
| Hamburg | 741 | SW | 3 | bedeckt | −1 | Petersburg | 733 | SSW | 3 | Schnee | −1 |
| Berlin | 741 | WNW | 3 | bedeckt | 0 | Cork | 759 | NNW | 4 | heiter | 1 |
| Frankf./M. | — | — | — | — | — | Aberdeen | — | — | — | — | — |
| München | — | — | — | — | — | Paris | 752 | WNW | 3 | Regen | 2 |
| Wien | 746 | W | 6 | bedeckt | 2 | | | | | | |

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. Januar 1901.**
Ein wenig kälter, ziemlich trübe mit Schneefällen und frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.